MÜHSAMER WEG: DIE NATO VERSUCHT SICH AN DER ZEITENWENDE
SEITE 4

DIE WELT

WAS DIE NUTZUNG VON HANDYS MIT KINDERAUGEN MACHT
SEITE 8

KUNDENSERVICE 0800/935 85 37 | DIENSTAG, 24. JUNI 2025 | D **2,90 EURO** | NR. 119

KOMMENTAR

Schluss mit der deutschen Fencheltee-Diplomatie!

JAN PHILIPP BURGARD

Ein Weiser darf seine Meinung ändern“, hat der bedeutende römische Staatsmann Cicero gesagt. In diesem Sinne darf Donald Trump als weise bezeichnet werden. Im Wahlkampf hatte Trump versprochen, die USA in Zukunft aus allen Kriegen herauszuhalten. Der Druck auf den Präsidenten durch die Isolationisten in seiner Partei, dieses Versprechen einzuhalten, war enorm.

Der Mann im Oval Office bewies also Mut, Idealismus und strategische Weitsicht, als er den Befehl erteilte, die Nuklearanlagen im Iran von amerikanischen B2-Tarnkappenflugzeugen mit ihren bunkerbrechenden Bomben angreifen zu lassen. Noch ist nicht bekannt, wie groß der Schaden für das iranische Atomprogramm wirklich ist, den der US-Militärschlag verursachte. Aber unabhängig davon gilt: Trumps Entscheidung wird in die Geschichtsbücher eingehen. Denn der US-Präsident hat erkannt, dass die USA keine vom Rest der Welt isolierte Nation sein können, sondern weiterhin ihre Rolle als Weltpolizist ausfüllen müssen – auch im ganz eigenen Interesse. Eine iranische Atombombe würde die Existenz des US-Verbündeten Israel bedrohen.

Hätte Trump die Mullahs weiter gewähren lassen, hätten die USA ihre Abschreckung gegenüber den nach Expansion strebenden Staaten China und Russland verloren. Mit seinem beherzten Eingreifen im Iran korrigiert Trump die Fehler seiner Vorgänger Biden und Obama, die mit ihrer Politik der Schwäche in Afghanistan und Syrien einen erheblichen Glaubwürdigkeitsverlust der USA zu verantworten hatten. Angesichts des innenpolitischen Drucks, unter dem Trump steht, dürfte ihm seine Entscheidung schwergefallen sein. Doch am Ende hat sich beim US-Präsidenten wohl die Erkenntnis durchgesetzt, dass man mit dem staatsterroristischen Mullah-Regime nicht verhandeln kann, dass die Mullahs bestenfalls auf Zeit spielen.

Sein wahres Gesicht zeigte Teheran gleich am Tag nach dem US-Militärschlag. Der Iran werde sein Atomprogramm „unter keinen Umständen“ aufgeben, erklärte Präsident Peseschkian in einem Telefonat mit Frankreichs Staatsoberhaupt Emmanuel Macron. Die Fähigkeit zum Bombenbau scheint das neue Nationalheiligtum dieser Regierung zu sein, dem man notfalls sogar die Existenz des Landes opfert, so der Subtext. Der Empfänger dieser Botschaft, Frankreichs Präsident, hatte bezeichnenderweise zu jenen Spezialisten gehört, die gebetsmühlenartig die „Rückkehr an den Verhandlungstisch“ gefordert hatten – die vielen Tricks und Täuschungsmanöver der Mullahs in den vergangenen Jahren ignorierend. Angesichts seiner Naivität gegenüber dem Iran wurde Macron beim G7-Gipfel von Trump verspottet: „Ob absichtlich oder nicht, Emmanuel liegt immer falsch.“

Trump hingegen hat in Bezug auf den Iran eine beeindruckende Lernkurve gezeigt – von der viele deutsche Politiker leider noch weit entfernt sind. Aus dem bequemen Sonntagssessel heraus warnte der SPD-Außenpolitiker Ralf Stegner wenig überraschend vor dem „hohen Eskalationspotenzial“. Die stellvertretende Grünen-Vorsitzende Agnieszka Brugger wusste einzuwenden, dass „Militäreinsätze bezogen auf nukleare Anlagen besonders gefährlich und vom Völkerrecht nicht gedeckt“ seien. Wie – meine Damen und Herren am Frühstückstisch – wenn nicht mit einem Militärschlag, sollte man den erwiesenermaßen nicht kompromissbereiten Iran sonst davon abhalten, in den Besitz einer Atombombe zu gelangen und Israel auszulöschen? Vielleicht beim Stuhlkreis mit Fencheltee?

Bemerkenswert weltfremd hatte sich selbst der deutsche Außenminister präsentiert. Nur vier Tage vor dem US-Militärschlag hatte Johann Wadephul im Gespräch mit WELT erklärt, er „rechne nicht damit, dass sich die USA aktiv militärisch in den Krieg zwischen Israel und Iran einmischen“ würden. Und nur einen Tag vor der US-Intervention beschrieb Wadephul die Gespräche mit dem iranischen Außenminister und EU-Kollegen in Genf als „intensiv, ernsthaft, aber auch konstruktiv“. Sogar von einer „Annäherung“ sprach Wadephul: „Der Iran ist grundsätzlich bereit, mit uns zu sprechen.“ Eine Aussage, die spätestens seit der Ansage des iranischen Präsidenten gegenüber Macron widerlegt ist. Doch von Einsicht ist beim Bundesaußenminister keine Spur. Im ZDF-Interview räumte er am Sonntagabend zwar ein, das Vorgehen der USA falsch eingeschätzt zu haben: „Nicht jede Vorausschau ist richtig.“ Aber: „Mir ist es überhaupt nicht unangenehm, in einer derartigen Frage falsch gelegen zu haben. Denn ich gehe ungern davon aus, dass eine kriegerische Handlung der nächste Schritt ist.“

So kann man komplett falsche Analysen in existenziellen Fragen auch bemänteln. Doch für Wadephul irrte vor allem Trump: „Der Iran würde gerne mit Europa verhandeln, insofern lag der amerikanische Präsident falsch.“ Es stellt sich immer dringlicher die Frage, ob der weltfremde Wadephul die richtige Wahl für das Amt des Chefdiplomaten war. Bundeskanzler Merz hat immerhin früh erkennen lassen, dass er einen amerikanischen Militärschlag nicht nur für möglich, sondern unter Umständen auch für sinnvoll hält. Nun wäre es an der Zeit, Donald Trump dafür zu danken, dass er Israel bei der „Drecksarbeit“ unterstützt.

ZIPPERT ZAPPT

Olaf Scholz soll auf Kosten der Steuerzahler ein Büro mit acht Mitarbeitern bekommen. Das steht in einer Vorlage für den Hauptausschuss des Bundestages, die viel Kritik hervorruft. Ex-Regierungschefs brauchen keinen Hofstaat auf Lebenszeit, heißt es. Dabei ist es sehr rücksichtsvoll von Scholz, dass er sich mit acht Mitarbeitern begnügt. Schließlich wurde er von finsteren Mächten um ein Regierungsjahr betrogen, das muss er jetzt mit Statisten nachspielen, sonst bleibt da ein ewiges Trauma. Allein drei Mitarbeiter sollen als Gedächtnisstützen tätig sein, der Ex-Kanzler ist bekanntlich sehr vergesslich. Zwei weitere Personen sind Scholz beim Zögern behilflich. Vormittags schreiben alle Bestellungen, die am nächsten Tag vorgelesen werden: „Herr Scholz, da hat schon wieder jemand Führung bestellt, kriegt er die?“ Dann überlegt Scholz ganz kurz und sagt: „Wer bei mir Führung bestellt, der bekommt sie auch.“ Und täglich von 15 bis 18.30 Uhr wird das vierte Regierungsjahr simuliert, möglicherweise mit dem echten Judas Lindner, der hat ja jetzt Zeit und bestimmt Lust auf den Job.



MAHMOUD ILLEAN/AP

Vereint im Kampf

Die Flaggen Israels und der USA einträchtig nebeneinander an eine Mauer der Altstadt von Jerusalem projiziert: Dass die Amerikaner mit Angriffen die israelische Luftoffensive gegen das iranische Atomprogramm unterstützt haben, kommt bei vielen Israelis gut an. Israels Streitkräfte haben am Montag bei einer weiteren Angriffswelle unter anderem „Regimeziele und staatliche Unterdrückungsorgane im Herzen Teherans“ angegriffen. Ein Ziel war das berüchtigte Ewin-Gefängnis.

Wie beschädigt sind die iranischen Atomanlagen?

Zwar hat der US-Angriff laut ersten Auswertungen erheblichen Schaden angerichtet. Aber bereits jetzt zeichnet sich ab, dass Teheran an entscheidenden Stellen weiter handlungsfähig ist

VON CLEMENS WERGIN

Zwei Tage nach den amerikanischen Militärschlägen gegen die iranischen Nuklearanlagen in Natanz und Fordo ist weiter unklar, wie viel Schaden die Amerikaner tatsächlich anrichten konnten. Und ob die umfangreiche, tief in den Berg eingegrabene Anreicherungsanlage in Fordo tatsächlich zerstört werden konnte. Der amerikanische Generalstabschef Dan Caine sagte am Sonntag, dass es zusätzlicher Überprüfungen bedürfe, bevor das Pentagon ausschließen könne, dass einige der iranischen Atomanlagen die Angriffe überstanden hätten.

Rafael Grossi, Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), geht von erheblicher Zerstörung in Fordo aus. „Wenn man die Größe der benutzten Sprengladungen in Betracht zieht und die extreme Empfindlichkeit der Zentrifugen gegen Erschütterungen, dann ist zu erwarten, dass sehr erheblicher Schaden entstanden ist“, sagte Grossi am Montag in Wien.

David Albright ist Leiter des Institute for Science and International Security (ISIS) und einer der führenden Kenner des iranischen Atomprogramms. Er schreibt auf X, dass die Form der unterirdischen Anlage von Fordo bekannt sei, weil die Israelis in dem 2018 aus Teheran entführten Archiv des Atomprogramms Pläne der Anlage gefunden hätten. Nach der Auswertung aktueller Satellitenaufnahmen geht Albright davon aus, dass die amerikanischen Bomben über einen Luftschacht in die Anlage eingedrungen sind, über den die Haupthalle der Anlage mit tausenden von Anreicherungszentrifugen belüftet wurde.

Das legt nahe, dass die Amerikaner tatsächlich erheblichen Schaden anrichten konnten. Allerdings zeigten Satellitenbilder aus den Tagen vor den Angriffen auch, dass die Iraner die Schächte offenbar vorher mit Material gefüllt hatten, um die kinetische Energie eventueller Angriffe zu dämpfen. „Am Tag vor dem Angriff tauchten Lastwagen in der Anlage von Fordo auf, möglicherweise, um sensibles Gerät wegzuschaffen und sicherlich, um die Eingänge mit Dreck zu verschließen“, schreibt Jeffrey Lewis, Proliferationsexperte und Professor am Middlebury Institute im kalifornischen Monterey, auf X.

Das Institute for the Study of War (ISW) stellt nach Auswertung von Satellitenbildern fest, dass „mehrere Löcher/Krater mit großem Umfang auf dem Grat über dem Untergrundkomplex zu sehen sind. Eine Schicht von grau-blauer, durch die Luftangriffe ausgelöster Asche ist über einem großen Bereich der Anlage zu sehen.“ Zusätzlich seien mehrere Tunneleingänge zur unterirdischen Anlage verschüttet worden. Die „New York Times“ berichtete am Sonntag unter Berufung auf zwei israelische Offizielle, dass die Amerikaner laut ersten israelischen Einschätzungen die Anlage von Fordo zwar deutlich beschädigt, aber nicht gänzlich zerstört hätten. Israel setzte am Montag seine Angriffe auf Atomanlagen fort.

Am zweiten Ziel der amerikanischen Angriffe, der Anlage in Natanz, hatten die Israelis im Vorfeld schon viele oberirdische Gebäude und unter anderem die Stromversorgung für die Anreicherungsanlage zerstört. Die Stromunterbrechung dürfte laut Einschätzung der IAEA vermutlich schon erheblichen Schaden an den Zentrifugen ausgelöst haben, auch wenn die Israelis die Zentrifugenhalle selbst noch nicht bombardiert hatten.

Das haben dann aber offenbar die Amerikaner getan, die zwei ihrer größten bunkerbrechenden Bomben auf Natanz abwarfen. „In Natanz ist ein Loch/Krater von einem Durchmesser von etwa fünfeinhalb Meter in der Erde zu sehen, der sich direkt über dem unterirdischen Militärkomplex befindet“, erklärt das ISW. Das dritte Ziel, die Atomanlagen von Isfahan, wurden von amerikanischen Tomahawk-Marschflugkörpern angegriffen, nicht mit den berüchtigten Bunker Bustern. Laut Auswertung des ISIS wurde „die Hauptanlage für die Urankonvertierung schwer beschädigt, wo natürliches Uran in Uranhexafluorid umgewandelt wird.“ Uranhexafluorid ist das Gas, das dann in Zentrifugen auf einen höheren Anreicherungsgrad gebracht wird, wie er für Atomsprengköpfe benötigt wird. Es seien auch Beschädigungen an den Tunneleingängen zu sehen, die zum Untergrundkomplex im Norden Isfahans führten.

Mindestens drei der vier Tunnel seien eingestürzt, der Status des vierten sei unklar. „Es ist möglich, dass erheblicher Schaden im Untergrundkomplex entstanden ist“, so das ISIS. Auch hier bezeugten Satellitenbilder von vor den Angriffen, dass die Iraner die Tunnel aufgefüllt hätten, um die erwarteten Explosionen zu dämpfen oder das Austreten gefährlicher Stoffe zu verhindern. Wie viel Schaden genau die amerikanischen Angriffe ausgelöst haben – und wie weit das iranische Atomprogramm damit zurückgeworfen wurde, wird wahrscheinlich noch lange unklar bleiben. Experten sagen jedoch, dass Irans Atomprogramm bisher keineswegs komplett zerstört wurde.

„Am Ende gibt es wirklich wichtige Dinge, die noch nicht getroffen wurden“, sagte Proliferationsexperte Lewis der US-Nachrichtenseite „NPR“. „Wenn das hier endet, dann ist der Angriff unvollendet.“ So habe es bisher keine Anstrengungen gegeben, „den enormen Untergrundkomplex neben Natanz anzugreifen, wo Iran mehr Zentrifugen produzieren und andere Dinge tun kann“, schreibt Lewis auf X. Der Iran habe im Jahr 2022 eine Anreicherungsanlage dorthin, „ins Herz des Berges“, gebracht. Es handele sich um einen Komplex von geschätzt 10.000 Quadratmetern Größe oder mehr. Zudem wisse niemand, was sich sonst noch darin befinde.

Lewis weist auch darauf hin, dass der Iran vor Kurzem angekündigt habe, über „eine neue Anreicherungsanlage an einem sicheren Ort“ zu verfügen. Das Land habe der IAEA angekündigt, dass es bereit sei, dort mit der Installation von Zentrifugen zu beginnen. Vor den Angriffen der Israelis und Amerikaner habe die IAEA sich darauf vorbereitet, diese neue Anlage in der Nähe von Isfahan zu inspizieren. Lewis zufolge ist sie bisher aber nicht bombardiert worden. Die Experten Lewis und Albright weisen auch darauf hin, dass der Verbleib von 400 Kilogramm auf 60 Prozent angereichertem Uran – genug für etwa zehn Bomben – unklar ist. Israels Premierminister Benjamin Netanjahu sagte auf einer Pressekonferenz nur, er habe „interessante Geheimdienstinformationen“ über den Verbleib der Bestände – ohne das weiter auszuführen.

„Ich glaube man muss annehmen, dass signifikante Mengen dieses angereicherten Urans noch existieren, das ist also überhaupt noch nicht vorbei“, sagt Albright „NPR“. Er geht wie Lewis davon aus, dass der Iran angereichertes Uran vor den Angriffen auf die Atomanlagen an einen anderen Ort gebracht hat. Auf Satellitenbildern seien Lastwagen zu sehen gewesen, sowohl in Isfahan als auch in Fordo. „Man muss annehmen, dass die Lagerbestände an angereichertem Uran anderswohin gebracht wurden“, so Albright. Angereichertes Uran befindet sich in kleinen Behältern, die sogar mit normalen Autos einfach an andere Orte gebracht werden könnten. Würden diese Bestände zu einer geheimen Anreicherungsanlage gebracht, könnten sie in relativ kurzer Zeit von 60 Prozent auf waffenfähige 90 Prozent angereichert werden. Es sei jedenfalls möglich, dass der Iran noch über Tausende von Zentrifugen verfüge, die bisher noch nirgends installiert worden seien. „Das Programm wurde ernsthaft zurückgeworfen“, konstatiert Albright, „aber es gibt noch viele offene Themen.“ **Seiten 2-4, 7**

TÜVNORD TÜV NORD CERT GmbH
Klimaneutrales Produkt
Zertifizierung gem. TN-Standard TN-CC 020
tuev-nord.de

Mehr Informationen unter welt.de/verantwortung

DIE WELT, Axel-Springer-Straße 65, 10888 Berlin, Redaktion: Brieffach 2410
Täglich weltweit in über 130 Ländern verbreitet. Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen.
Telefon: 030/2 59 10 **E-Mail:** kontakt@welt.de **Anzeigen:** 030/58 58 90 E-Mail: anzeigen@welt.de
Kundenservice DIE WELT, Brieffach 2440, 10867 Berlin **Telefon:** 0800 / 9 35 85 37 (Mo–Sa: 7 bis 19 Uhr) **E-Mail:** kundenservice@welt.de

ISSN 0173-8437 **186-39 ZKZ** **7109**

A 3,90 € • B 4,30 € • CH 5,00 CHF • DK 33,50 DKK • E/I.C. 4,50 € • GR 4,50 € • I 4,50 € • L 3,90 € • PL 19 PLN

4 190710 902902 20026

MEINE WELT, MEINE MEINUNG



ALAN POSENER

Das beste Abitur der Republik

Im Zug von Trondheim nach Oslo treffe ich einen deutschen Studenten. Er ist mit „DiscoverEU“ unterwegs. Das von Erasmus geförderte Programm gibt Reisezuschüsse für junge Leute, die Europa mit der Bahn entdecken wollen. Der Student hat sein Abitur im März gemacht, sich an der Uni eingeschrieben und eine kurze Vorlesungspause genutzt, um Skandinavien zu beschnuppern.

Abi im März? Wo gibt es so etwas? In ganz Deutschland finden die schriftlichen Abiturprüfungen Ende April und Anfang Mai statt, mündliche Prüfungen dauern bis in die erste Juniwoche hinein. In ganz Deutschland? Nein. Ein kleines Bundesland hat im Kampf zwischen „G8“ und „G9“ – Abitur nach zwölf oder dreizehn Schuljahren – den Mittelweg gewählt. Seit Einführung der „Mainzer Studienstufe“ in den 1970er-Jahren bekommen Abiturienten in Rheinland-Pfalz ihr Zeugnis am 31. März ausgehändigt. Und können schon am nächsten Tag mit dem Studium loslegen – das Sommersemester beginnt bundeseinheitlich am 1. April.

Von der Schule gleich auf die Uni gehen, klingt stressig. Aber die Vorlesungen beginnen erst nach 14 Tagen, und schon Mitte Juli beginnt die vorlesungsfreie Zeit. Erst im Oktober fängt das Wintersemester an. So haben junge Menschen aus Rheinland-Pfalz die Möglichkeit, die Hochschule kennenzulernen und sind schon alte Hasen, wenn sich die anderen im Herbst erst noch zurechtfinden müssen. Der Student aus dem Zug hatte überdies das Angebot der Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität Kaiserslautern (RPTU) wahrgenommen, im „Orientierungsstudium RPTUZero“ das Uni-Leben und die Anforderungen des Studiums – er studiert Physik – kennenzulernen.

Nun mag man einwenden: Wenn die Oberstufe Raum lässt für ein Orientierungsstudium, scheint sie nicht sehr arbeitsintensiv zu sein. Und wenn ein Teenager diese freie Zeit nicht – wie unsereiner früher – ausnutzt, um ausgiebig Sex, Drugs & Rock’n’Roll zu genießen, scheinen ihm eine gehörige Portion Hormone und Neugierde zu fehlen. Zweifellos handelte es sich um einen ernsthaften jungen Mann, der sich lange mit mir über KI unterhielt, jedenfalls so lange, wie ich mithalten konnte. Jemand, der sich für intersektionale postkoloniale Genderstudien und Medientheorie eingeschrieben hätte, wäre vielleicht anders drauf.

Trotzdem. Wäre unser Bildungsföderalismus ein Wettbewerbsföderalismus, bei dem die einzelnen Länder das jeweils Beste voneinander übernehmen, gäbe es am 31. März bundesweit bestimmt mehr Abiturienten. Dass Universitäten Schüler umwerben und besonders – wie die RPTU – für die MINT-Fächer, also Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften, zu begeistern versuchen, ist eine gute Nachricht. Und: bei allem Gejammere über junge Leute, die angeblich zuerst auf die Work-Life-Balance schauen, statt zuzusehen, wie sie das Bruttosozialprodukt und damit auch die Renten der Alten steigern können, ist so ein junger Mann ein Gegenbeispiel, von denen es vermutlich gar nicht so wenige gibt, bloß dass nicht über sie geschrieben wird. Wer will schon etwas Positives lesen?

IMPRESSUM **Verleger:** AXEL SPRINGER (1985†)

Herausgeber: Dr. Ulf Poschardt
Chefredakteur: Dr. Jan Philipp Burgard
Stellvertreter des Chefredakteurs: Oliver Michalsky
Chefredakteure in der Welt-Gruppe: Dr. Jacques Schuster, Jennifer Wilton
Stv. Chefredakteur: Robin Alexander
Geschäftsführender Redakteur: Thomas Exner
Redaktionsleiter Digital: Stefan Frommann
Leitung Editionsteam: Christian Gaertner
Creative Director: Cornelius Tittel
Politik: Gordon Repinski, Claudia Kade
Meinungsfreiheit: Andreas Rosenfelder (Ltg. und Chefkommentator) **Investigation/Reportage:** Tim Röhn **Außenpolitik:** Caroline Turzer **Wirtschaft und Geld:** Moritz Seyffarth, Nando Sommerfeld, Olaf Gersemann, Thomas Exner (Senior Editor)
Feuilleton: Dr. Mara Delius **Stil/Reise/Leben:** Heiko Zwirner **Sport:** Matthias Brügelmann
Wissen: Clara Ott, Rouven Chlebna
Nachrichten/Gesellschaft: Leonhard Landes, Robert-Christian Tannenberg
Social: Julian Strobel **CvD/Produktion:** Patricia Plate **Foto:** Stefan A. Runne
Infografik: Karin Sturm
Chefökonomin: Dr. Dorothea Siems
Auslandskorrespondenten:
Brüssel: Dr. Christoph Schiltz **Istanbul:** Carolina Drüten **Kapstadt:** Christian Putsch
London: Mandoline Rutkowski **Marrakesch:** Alfred Hackensberger **Moskau:** Pavel Lokshin
New York: Hannes Stein **Paris:** Martina Meister **Warschau:** Philipp Fritz
Washington: Stefanie Bolzen
Autoren: Henryk M. Broder, Alan Posener, Hans Zippert
WELT kooperiert mit „El País“ (Spanien), „Gazeta Wyborcza“ (Polen), „La Repubblica“ (Italien), „Le Figaro“ (Frankreich), „Le Soir“ (Belgien), „Tages- Anzeiger“ und „Tribune de Genève“ (beide Schweiz)
Verlag: Axel Springer Deutschland GmbH:
Geschäftsführung: Carolin Hulshoff Pol, Claudius Senst, Peter Würtenberger
Stv. Verlagsleiter Print WELT: Heiko Rudat
Anzeigen: Judith Umlauf

Vertriebsleitung: Ludger Seggewies
WELT Editorial Studio: Matthias Leonhard
Druck: Axel Springer SE, Berlin. Axel Springer Druckhaus Spandau GmbH & Co. KG, Brunsbütteler Damm 156-172, 13581 Berlin; Axel Springer Offsetdruckerei Kettwig GmbH & Co. KG, Im Teelbruch 100, 45219 Essen/Kettwig; Süddeutscher Verlag GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München
Vertrieb: Sales Impact GmbH; alle 10888 Berlin, Axel-Springer-Str. 65. Tel.: 030 / 25910. DIE WELT wird als Zeitung und digital vertrieben. Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.welt.de/datenschutz. Sie können diese auch schriftlich unter Axel Springer Deutschland GmbH, Datenschutz, Axel- Springer-Straße 65, 10969 Berlin anfordern. Alle Rechte vorbehalten (einschließlich Text und Data Mining gem. §44bUrhG). Die Rechte für die Nutzung von Artikeln für elektr. Pressespiegel erhalten Sie über PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG, www.pressemonitor.de. E-Mail: info@pressemonitor.de. Für SyndicationRechte wenden Sie sich an nachdrucke@welt.de.
© 2023 Axel Springer Deutschland GmbH
Abonnementpreis: www.welt.de/produktinfo. Abo-Bestellmöglichkeit auf www.lesershop24.de/die-welt oder unter Kundenservice Tel. 0800 9 358537 (Mo- Sa: 7-19 Uhr, kostenfrei), E-Mail: kundenservice@welt.de. ISSN 0173-8437. DIE WELT, USPS No. 0603-590. Es gilt die WELT-Preisliste Nr. 103, gültig ab 1.1.2025, sowie die Preisliste Märkte, Ergänzung zur WELT-Preisliste Nr. 103, gültig ab 1.1.2025. E-Mail: anzeigen@welt.de. Tel: 030 / 58 58 90. Amtliches Publikationsorgan aller deutschen Wertpapierbörsen. Keine Gewähr für unveröffentlichte Kursnotierungen. Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Sie erreichen die Redaktion unter: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin Tel. 030/25 910 **E-Mail** kontakt@welt.de

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes für diese Ausgabe: Falk Schneider Axel Springer Deutschland GmbH, Axel- Springer-Straße 65, 10888 Berlin.
Anzeigen: Judith Umlauf, Media Impact GmbH & Co. KG, 10888 Berlin



Qualitätstest für Druckereien

THEMA DES TAGES

So funktionierte der spektakuläre US-Angriff

Zivilfunk, Pizzabestellungen am Pentagon und Tankerbewegungen verrieten die Attacke der Amerikaner mit B-2-Tarnkappenbombern auf iranische Atomanlagen zuerst. Wie die weltumspannende Operation der US-Luftwaffe ablief– und was die Bunkerbrecher-Bombe so besonders macht



Die ersten Zeichen für den bevorstehenden Bomber-Angriff auf den Iran fanden Funk-Amateure bereits am 21. Juni: Vor der US-Ostküste ließen sich mehrere B-2-Stealth-Bomber der US-Luftwaffe von der zivilen Luftraumüberwachung die Freigabe für ein Treffen mit ihren Tankflugzeugen geben. Der Funkverkehr mit den zivilen Stellen ist nicht verschlüsselt, zudem hatten die Luftwaffenflieger noch ihre ADS-B-Funktransponder eingeschaltet, um Kollisionen im vielbeflogenen Luftraum der USA zu vermeiden.

VON BENEDIKT FUEST

Später über dem Atlantik schalteten die Bomber ihre Transponder ab und verschwanden in Richtung Iran. Die Bomber sind der wichtigste Teil einer weltumspannenden Operation der US-Luftwaffe, die eine neue Art von bunkerbrechender Bombe direkt aus den Munitionsbunkern der Whiteman Airforce-Basis in Missouri bis zu den iranischen Nuklearanlagen bringt. Unter dem Namen „MIDNIGHT HAMMER“ flogen insgesamt sieben B2-Bomber sowie Jägerbegleitung und unterstützende Flugzeuge vom mittleren Westen der USA bis in den Nahen Osten und zurück – für die Crews eine 30-Stunden-Mission. Um zwei Uhr morgens Ortszeit am Samstag warfen sie ihre Waffen über den Nuklearanlagen des Iran ab. Das Weiße Haus legte eine entsprechende Infografik am Sonntag vor.

Dass im Pentagon seit Mitte Juni diese komplexe Operation geplant wurde, erkannten Insider schon einige Tage zuvor, als die beiden Pizzerien in Laufreichweite des US-Verteidigungsministeriums auf Google Maps volle Auslastung zeigten. An diesen „Pentagon Pizza Index“ ließ sich auch in der Vergangenheit zuverlässig ablesen, dass im Pentagon Nachtschichten geschoben wurden, auch diesmal lagen die Pizza-Auguren richtig. Denn damit die B-2-Bomber über dem Iran ihre Bombenlast abwerfen können, benötigen sie die Unterstützung einer ganzen Reihe zusätzlicher Flugzeuge.

Als Erstes flogen in der vergangenen Woche Tankflugzeuge vom Typ KC-35 und KC-46 in Richtung Europa und von dort aus weiter zur US-Luftwaffenbasis auf der Insel Diego Garcia im Indischen Ozean. Flugzeuge wie die KC-35 und KC-46 basieren auf zivilen Boeing-Airlinern wie etwa der Boeing 767, die für den militärischen Einsatz zu fliegenden Tankstellen umgebaut wurden. Ihre Verlegung in eine Krisenregion ist ein sicheres Zeichen dafür, dass die Luftwaffe den Einsatz von sprithungrigen Bombern und Kampfflugzeugen plant.

Ein weiteres Stück des Puzzles sind AWACS-Luftraumüberwachungsflugzeuge vom Typ E-3 Sentry. Auch die fliegenden Radarstationen waren in der vergangenen Nacht vom Luftwaffenstützpunkt Konya in der Türkei gestartet und flogen entlang der iranischen Nordgrenze Aufklärungs-Schleifen. Sie liefern den Bombern auf ihrem Weg durch den iranischen Luftraum zusätzliche Missionsdaten, warnen vor eventuell startenden gegnerischen Abfangjägern und können Luftraum-Überwachungsradare am Boden kartieren. Das wichtigste Puzzleteil der Mission bleiben die B-2-Stealth-Bomber selber. Eigentlich ein Relikt des Kalten Krieges, wurden nur 21 der Nurflügler zwischen 1988 und 1997 produziert. Die Flugzeuge fliegen unterschallschnell, nicht viel schneller als ein ziviler Airliner. Sie setzen zu ihrer Verteidigung allein darauf, dass sie vom gegnerischen Radar nicht erkannt werden.

Bis heute sind sie die wichtigste Waffe der US-Luftwaffe für den Angriff auf Länder, die über eine eigene gut ausgebaute Luftverteidigung verfügen. Dank ihrer Rumpfform, dem Komposit-Material ihrer Flügel und deren radarabsorbierender Beschichtung sind sie selbst für moderne Digital-Radare nur schwer erfassbar. Da die israelische Luftwaffe bereits in den vergangenen Tagen Flugabwehrstellungen und insbesondere Radare im Iran angegriffen hatte, war die Luftverteidigung der Iraner bereits geschwächt, die Gefahr eines Abschusses einer B-2 gering.

Letztes Puzzlestück eines erfolgreichen Angriffs auf die iranischen Nuklearanlagen sind die Bomben selbst. Denn die israelische Luftwaffe verfügt bislang weder über Bomben, die die tief unter der Erde eingegrabenen Anlagen erreichen könnten, noch über Flugzeuge, die diese tragen könnten. Die US-Luftwaffe hatte bereits im Irak-Krieg 2003 erkannt, dass die bislang eingesetzten bunkerbrechenden Bomben vom Typ GBU-28 die unterirdischen Bunker des Iran nicht zuverlässig zerstören konnten. Bunkerbrechende konventionelle Bomben haben eine massive Stahlhülle, die beim Aufschlag durch die Kombination von hohem Gewicht und hoher Geschwindigkeit mehrere Meter tief ins Erdreich oder in Beton eindringt, ohne dabei zu zerschellen.

Gezündet werden diese Bomben mit einem Zeitverzögerungs-Zünder, der den Aufschlag registriert und millisekundengenau die unterirdische Explosion auslöst. Doch die GBU-28 war zu leicht und trug zu wenig Sprengstoff. Also entwickelte Boeing zusammen mit Northrop Grumman im Auftrag des Pentagons eine neue, deutlich größere bunkerbrechende Waffe. Die „GBU-57“ wiegt über 13 Tonnen, davon

Scharfe Kritik der EU an Israels Vorgehen in Gaza

Mit Blick auf die Kriegsführung kommt der Europäische Auswärtige Dienst zu einem harten Schluss: Tel Aviv verstößt gegen Respekt für Menschenrechte. Damit wird auch ein Abkommen zwischen beiden Seiten infrage gestellt

Ungewöhnlich deutlich hat Brüssel das Vorgehen Israels in Gaza, dem Westjordanland und Ostjerusalem kritisiert. Es verstoße gegen festgelegte Grundsätze für eine enge Zusammenarbeit mit der EU, heißt es in einem Prüfbericht des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), der am Montag bei einem Treffen der 27 EU-Außenminister in Luxemburg vorgelegt wurde.

VON CHRISTOPH B. SCHILTZ

Im Mai hatten 19 Staaten EU-Chefdiplomatin Kaja Kallas – gegen den Willen Deutschlands, Italiens und Ungarns – aufgefordert zu untersuchen, ob sich Israel an die Verpflichtungen aus dem sogenannten Assoziationsabkommen mit der EU hält. Das Abkommen ist seit dem Jahr 2000 in Kraft und regelt die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Israel und der EU. Laut Prüfbericht verstößt die Politik Israels insbesondere im Gaza-Streifen gegen Artikel 2 des Abkommens, der regelt, dass die Politik beider Seiten auf dem „Respekt für Menschenrechte und demokratische Prinzipien“ basieren muss.

Hintergrund ist vor allem, dass Israel seit Monaten kaum noch Lieferungen von Nahrung und Medikamenten in den Gaza-Streifen zulässt, in dem rund zwei Millionen Palästinenser leben. Israel begründet sein Vorgehen damit, dass die islamistische Terrororganisation Hamas von den Lieferungen der Hilfsgüter profitiere.

Inzwischen hat eine offiziell private Stiftung die Auslieferung von humanitären Gütern übernommen. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass „es Hinweise gibt, dass Israel die humanitären Verpflichtungen brechen würde“. Israels Blockade des Gaza-Streifens für Hilfsgüter bedeute, dass „eine halbe Million Menschen Hunger leide“. Die Analyse des EAD, der die Zustimmung von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen haben dürfte, kritisierte auch die „willkürlichen Attacken“ durch „schwere Waffen, einschließlich Bombardements aus der Luft, auf Orte, wo Zivilisten Schutz suchen“.

Zudem bemängelt der Bericht den Tod von Journalisten, „die in großer Zahl getö-



AP/JEHAD ALSHRAFI

Menschen im Gaza-Streifen mit Hilfslieferungen. Israel wird eine Blockade vorgeworfen



SGT. DYLAN NUCKOLLS/509TH BOMB WING/U.S. AIR FORCE

Zwei B-2 Spirits der U.S. Air Force in Begleitung zweier F-35A Kampfjets, hier auf einem Archivbild

etwa 2,5 Tonnen besonders schockresistenten Polymer-Sprengstoff, der nicht bereits durch die Wucht des Aufpralls auf Beton explodiert. Den größten Anteil am Gewicht der Bombe hat die aus eigens entwickeltem, besonders zähen Eglin-Stahl gedrehte Bombenhülle. Sie ermöglicht es, dass die GBU-57 bis zu 60 Meter tief in Erde und Stein und bis etwa 20 Meter tief in stahlverstärkten Beton eindringen kann, bevor sie explodiert.

Die USA haben nach eigenen Angaben bei ihren Angriffen auf die iranischen Atomanlagen 14 dieser massiven bunkerbrechenden Bomben des Typs GBU-57 eingesetzt. Diese seien auf zwei Atomanlagen abgeworfen worden, teilte Generalstabschef Dan Caine auf einer Pressekonferenz am Sonntag mit. Die Bombe ist so groß und so schwer, dass sie bislang nur durch den B-2-Bomber ins Ziel getragen werden kann. Die B-2 wurde noch im vergangenen Jahr so modifiziert, dass sie jeweils zwei der Bomben tragen kann, ohne dabei ihre Stealth-Fähigkeiten einzubüßen. Kleinere Stealth-Flieger wie etwa die F-35 wären mit dieser Last völlig überfordert. Künftig soll auch der in Entwicklung befindliche B-21 Stealth-Bomber die Waffe tragen können.

Laut ersten Meldungen des Weißen Hauses war der Angriff der B-2-Bomber auf die iranischen Nuklearanlagen bei Natanz und bei Fordo erfolgreich. Insbesondere die tief im Gebirge bei Fordo vergrabene Uranananreicherungsanlage, die essenziell für die iranischen Bemühungen um eine eigene Atombombe war, sei durch den Abwurf von insgesamt sechs GBU-57 zerstört worden.

---

tet wurden, möglicherweise weil sie direkt angegriffen wurden“. Das sei wahrscheinlich der „bewusste Versuch seitens Israel den Informationsfluss nach und von Gaza zu begrenzen und Berichte über die Folgen der Angriffe zu verhindern“. Über die Angriffe von Israelis auf Palästinenser im Westjordanland und in Ostjerusalem sowie die Siedlungspolitik Israels spricht der EU-Report in Anlehnung an den Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag von „rassistischer Segregation und Apartheid“. Der Bericht stützt sich bei seinen Bewertungen maßgeblich auf Erkenntnisse des ICJ und des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte.

Die EU-Staats- und Regierungschefs wollen bei ihrem Gipfeltreffen am Donnerstag und Freitag dieser Woche erstmalig über den brisanten Bericht beraten. Welche Folgen die Analyse aus Brüssel hat, ist völlig offen. Die EU ist mit Blick auf Israel und das Vorgehen des Landes gegenüber den Palästinensern tief gespalten. Zahlreiche EU-Regierungen hoffen, dass der Bericht allein schon ausreicht, um Druck auf Israel auszuüben und Hilfsgütertransporte bald wieder in großen Stil zugelassen werden. Sollte dies nicht der Fall sein, dürfte sich eine Entscheidung über die Folgen des Prüfberichts noch Monate hinziehen. Ein ganzer Strauß an Maßnahmen wäre denkbar. Gegen bestimmte israelische Minister wären Sanktionen wie Einreisesperren in die EU möglich.

Es könnten aber auch Teile des Abkommens, wie Zollerleichterungen für israelische Güter oder Forschungsförderprogramme, vorübergehend ausgesetzt werden. Dazu wäre lediglich eine qualifizierte Mehrheit der EU-Länder nötig. Letztlich wäre aber auch möglich, das gesamte Assoziationsabkommen auszusetzen – dazu wäre allerdings Einstimmigkeit erforderlich, was unrealistisch ist, weil einige Staaten wie Ungarn oder Tschechien Israel vorbehaltlos unterstützen. Unterdessen hat die EU-Kommission am Montag weitere 202 Millionen Euro für das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNWRA) bereitgestellt. Insgesamt sollen bis zum Jahr 2027 rund 1,6 Milliarden Euro an Finanzhilfen für palästinensische Flüchtlinge im Gaza-Streifen, Westjordanland, Libanon, Syrien und Jordanien fließen.

Bei ihrem Treffen in Luxemburg haben die EU-Außenminister einen Tag nach den US-Angriffen auf die wichtigsten Atomanlagen im Iran Teheran zu direkten Gesprächen mit Washington aufgerufen. „Wir brauchen eine Verhandlungslösung, sie ist dringender als je zuvor“, sagte Außenminister Johann Wadephul (CDU) am Montag bei einem Treffen mit seinen Kollegen in Brüssel. Auch die EU-Außenbeauftragte Kallas mahnte eine diplomatische Lösung an. Sie rief dazu auf, die Gesprächskanäle mit dem Iran offenzuhalten. „Wir müssen das am Laufen halten, denn für eine langfristige Perspektive brauchen wir am Ende eine diplomatische Lösung“, sagte die EU-Chefdiplomatin.

Angesichts der US-Intervention wächst die Sorge vor einer weiteren Eskalation. „Die Bedenken, dass sich dieser Krieg ausweitet, sind enorm“, sagte Kallas. Sie warnte den Iran insbesondere vor einer Sperrung der für den Handel wichtigen Seestraße von Hormus. Ein solcher Schritt wäre „extrem gefährlich und für niemanden gut“, mahnte die Außenbeauftragte. Die Straße von Hormus verbindet den Persischen Golf mit dem Golf von Oman, dem Arabischen Meer und dem Indischen Ozean. Rund ein Fünftel der weltweiten Ölproduktion wird täglich über diese Handelsroute transportiert. Die Sperrung gilt aber als unwahrscheinlich: Damit würden Territorialrechte des mit Iran verbündeten Sultanats Oman verletzt.

Außerdem würde der Iran einer seiner wichtigsten Unterstützer, China, gegen sich aufbringen, weil Peking ebenfalls von den Öltransporten durch die Meerenge profitiert. Hinzu kommt, dass Teheran mit einem solchen Schritt selbst wichtige Einnahmen aus dem Ölexport verloren gingen. Wahrscheinlicher ist deshalb, dass die jemenitischen Huthi-Rebellen, die von Teheran seit Jahren unterstützt werden, im Roten Meer ihre Angriffe auf westliche Schiffe wieder verstärken. Die Huthi-Rebellen, so heißt es in Diplomatenkreisen, könnten damit versuchen, sich in den Augen der arabischen Welt zu profilieren.

NACHRICHTEN

BÜRGERGELD

Zahl der Aufstocker steigt

Der Staat hat nach Regierungsangaben im vergangenen Jahr rund 826.000 Erwerbstätigen zusätzlich Bürgergeld gezahlt, weil ihr Einkommen nicht zum Leben reichte. Die Kosten lagen bei rund sieben Milliarden Euro. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des Linken-Abgeordneten Cem Ince hervor. Demnach ist die Zahl der sogenannten Aufstocker erstmals seit 2015 wieder gestiegen. Damals wurde in Deutschland der gesetzliche Mindestlohn eingeführt, zunächst mit 8,50 Euro die Stunde. Danach sank die Zahl der Aufstocker von gut 1,2 Millionen kontinuierlich auf rund 796.000 Euro im Jahr 2023. Für 2024 weist die Statistik nun erstmals wieder nach oben. Der Mindestlohn liegt inzwischen bei 12,82 Euro. Derzeit berät die Mindestlohnkommission über mögliche Erhöhungen.

AUSSETZUNG DES FAMILIENNACHZUGS

Caritas hat Bedenken

Der Deutsche Caritasverband wendet sich gegen die geplante Aussetzung des Familiennachzugs zu bestimmten Migranten. Der Schritt würde den Prozess von Ankommen und Integration erschweren, sagte der Caritas-Vorstand für Internationales, Migration und Katastrophenhilfe, Oliver Müller. Am Montag war im Innenausschuss des Bundestags eine Expertenanhörung zu dem Vorhaben der schwarz-roten Koalition geplant. Am Freitag wird der Bundestag voraussichtlich abschließend über einen entsprechenden Gesetzentwurf beraten. CDU, CSU und SPD wollen den Familiennachzug zu Menschen mit sogenanntem subsidiären Schutzstatus zunächst für zwei Jahre aussetzen. Subsidiärer Schutz greift, wenn Menschen in ihrem Herkunftsland ernsthafter Schaden droht, also etwa Folter oder die Todesstrafe. Häufig sind Betroffene auch Bürgerkriegsflüchtlinge. Der Familiennachzug ist in diesen Fällen seit Jahren bereits auf bis zu 1.000 im Monat beschränkt. „Integration beginnt mit dem Zusammenleben, in der Familie und der gesamten Gesellschaft“, so Caritas-Vorstand Müller weiter. Dafür brauche es entsprechende politische und faire gesetzliche Rahmenbedingungen.

EUROPÄISCHER ATOMSCHUTZSCHIRM

Mehrheit ist dafür

Fast zwei Drittel der Bundesbürger sind für den Aufbau eines eigenen europäischen nuklearen Schutzschildes. In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa für die Zeitschrift „Internationale Politik“ fanden es 64 Prozent der Befragten richtig, wenn die Europäer künftig unabhängig von den USA über einen nuklearen Schutzschirm zur Abschreckung verfügen würden. Weniger als ein Drittel – 29 Prozent – fänden das nicht richtig. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hatte schon vor Amtsantritt angekündigt, mit den Atommächten Frankreich und Großbritannien das Gespräch zu suchen und mit ihnen über eine eigene nukleare Abschreckung der Europäer zu beraten. Ziel einer solchen europäischen Abschreckung soll es sein, sich angesichts der unberechenbaren Politik von US-Präsident Donald Trump unabhängiger vom Atom-Schutzschirm der Amerikaner zu machen. Die Umfragedaten wurden am 12. und 13. Juni erhoben – und damit vor der aktuellen Eskalation im Krieg zwischen Israel und Iran mit dem Eingreifen des US-Militärs auf der Seite Israels.

SYRIEN

Selbstmordanschlag auf Kirche

Bei einem Selbstmordanschlag in einer christlichen Kirche in der syrischen Hauptstadt Damaskus sind mindestens 13 Gläubige ums Leben gekommen. Weitere 53 Menschen erlitten bei der Explosion in der Mar-Elias-Kirche Verletzungen, teilte das syrische Gesundheitsministerium mit. Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte mit Sitz in London gab die Zahl der Toten mit 19 an. Nach Darstellung des syrischen Innenministeriums drang der Attentäter unter Abgabe von Schüssen in die Kirche im Christenviertel Al-Duwaila ein. Dann habe er sich während der Sonntagsmesse selbst in die Luft gesprengt. Das Ministerium rechnete ihn der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) zu. Vor dem Bürgerkrieg, der 2015 begann, betrug der Anteil der Christen an der syrischen Bevölkerung acht bis zehn Prozent. Heute leben noch 300.000 bis 700.000 Christen in dem mehrheitlich muslimischen Land.

WOLODYMYR SELENSKYJ

Warnung an Europa

Der ukrainische Präsident Wlodymyr Selenskyj hat Europa vor neuen, nicht näher beschriebenen militärischen Schachzügen Russlands gewarnt. „Wir stellen einen weiteren geistigen Rückschritt der russischen Führung fest und haben Beweise dafür, dass sie neue Militäroperationen in Europa vorbereitet“, schrieb Selenskyj auf der Plattform Telegram. Zuvor habe ihm der Leiter des militärischen Geheimdienstes HUR, Kyrylo Budanow, Bericht über die aktuelle Lage erstattet, so der Staatschef weiter. Selenskyj wollte die Details zu den angesprochenen russischen Militäroperationen mit den Partnern Kiews erörtern.

GRIECHENLAND

Waldbrände auf Chios

Waldbrände haben auf der griechischen Ägäis-Insel Chios zur Evakuierung mehrerer Dörfer geführt. Die Behörden meldeten am Montag, dass Dutzende Feuerwehrleute bereits den zweiten Tag in Folge gegen die von starken Winden angefachten Flammen kämpften. Rund 190 Einsatzkräfte versuchten mit sechs Flugzeugen, die Brände einzudämmen und konzentrierten sich besonders auf den Schutz von Wohngebieten sowie Regionen, die für ihre Mastix-Produktion bekannt sind. Mastix ist ein natürliches Harz aus Mastixbäumen.

HAMBURGER STADTPARK

Jugendliche umzingeln Polizisten

Ende einer Sommerparty im Hamburger Stadtpark: Bei einem Streit unter Jugendlichen verschiedener Nationalitäten ist am Samstagabend ein junger Mann lebensbedrohlich verletzt worden. Der 17-Jährige wurde mit einem Messer angegriffen und in ein Krankenhaus gebracht. Die Polizei konnte kurz nach der Tat einen 19-Jährigen festnehmen. Bei der Aufklärung wird es auch darum gehen, was den Polizisten widerfuhr. So waren zunächst nur drei Beamte im Einsatz, die schnell von der Gruppe umringt worden seien. Dabei habe es neben Beschimpfungen auch eine Rangelei gegeben, bei der wenigstens einer der Beamten zu Boden ging, auf ihn schlug dann einer der jungen Männer mit einer Art Zeltstange ein. Erst als Verstärkung eintraf, beruhigte sich die Situation. Eine Hundertschaft der Bereitschaftspolizei räumte mit der Bundespolizei schließlich die Stadtpark-Wiese. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD, Dirk Wiese, kritisierte die Angriffe auf Polizisten scharf. „Das, was da passiert, ist absolut inakzeptabel“, sagte Wiese im Nachrichtensender WELT TV.

WOHNHAUSBRAND

Kind gestorben

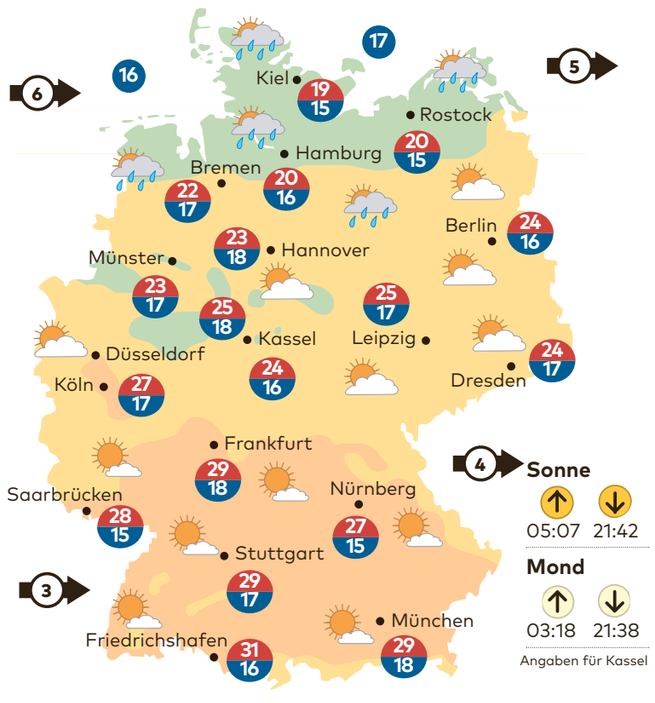
Ein Kind ist bei einem Brand eines Wohn- und Geschäftshauses in Wilhelmshaven gestorben. Drei weitere Kinder sind schwer- und lebensgefährlich verletzt, wie die Polizei mitteilte. Im Erdgeschoss des Hauses befindet sich demnach ein leerstehender Spielwarenladen – in dessen Vorraum hatte sich nach ersten Erkenntnissen Unrat entzündet. 19 Bewohner aus drei Etagen über dem ehemaligen Spielwarengeschäft wurden evakuiert. Die Familie aus dem Dachgeschoss - drei Erwachsene und vier Kinder - wurde über eine Drehleiter aus dem Haus geholt. Eines der Kinder starb auf dem Weg ins Krankenhaus.

WETTER

Im Norden Regen, im Süden viel Sonne

Heute: Im Süden scheint bei geringer Bewölkung die Sonne, und es bleibt weitgehend trocken. In der Mitte wechseln sich Sonne und zum Teil dichte Wolken ab, und vor allem im Norden fällt zeitweise Regen. Hier werden 18 bis 24 Grad erreicht, sonst steigen die Temperaturen auf 25 bis 31 Grad. Der Wind weht mäßig, in Böen stark.

Biowetter: Anfangs fühlt man sich wohl, im Tagesverlauf nimmt die Belastung für den Organismus zu. Dann stellen sich bei Wetterfühligen Kopfschmerzen ein. Auch Rheuma- und Arthritispatienten müssen mit einer Zunahme der Beschwerden rechnen.



Zeitenwende mit Buchungstricks

Die Zahl hätte noch vor wenigen Monaten als völlig absurd gegolten: Auf ihrem Gipfel will die Nato beschließen, dass die Mitglieder fünf Prozent ihres BIP für Verteidigung ausgeben. Das dürfte viele Mitglieder überfordern

Die magische Marke für die Nato-Staaten lag ein Jahrzehnt lang bei zwei Prozent. So hoch sollte der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt(BIP) sein. Aber die meisten Staaten nahmen das Ziel nicht ernst. Dann überfiel Putin die gesamte Ukraine und drei Jahre später kehrte Donald Trump zurück – und die Angst vor Amerikas Abschied aus der Nato.

VON PHILIPP FRITZ, THORSTEN JUNGHOLT UND LARA JÄKEL

Plötzlich steht auf dem Nato-Gipfel in Den Haag eine noch vor Kurzem kaum vorstellbare Zahl im Raum: fünf Prozent der Wirtschaftsleistung für Verteidigung auszugeben könnte bald die Vorgabe für die Mitgliedsländer sein – 3,5 Prozent für Militär, 1,5 Prozent für relevante Infrastruktur. Eine für den bevorstehenden Gipfel vorgesehene Erklärung sehe ein Ziel für die Verteidigungs- und Sicherheitsausgaben bis 2035 von fünf Prozent des BIP vor, sagten Diplomaten der Nachrichtenagentur Reuters. Dies hätten alle 32 Nato-Staaten gebilligt. Die Erklärung soll von den Staats- und Regierungschefs am Mittwoch in Den Haag verabschiedet werden.

Doch wie soll dieses Prozentwunder gelingen? WELT und ihre Partnerpublikation „Politico“ haben in einer Analyse einen Blick auf die Zahlen der Nato-Länder geworfen Darunter sind Musterschüler, die die Fünf-Prozent-Marke schon fast erreicht haben. Andere wollen nach jahrelangem Nichtstun massiv aufrüsten, Deutschland etwa. Andere Länder sind noch nicht einmal bei zwei Prozent angelangt – und haben noch einen sehr weiten Weg vor sich. „Der Großteil der Nato-Länder hat erkannt, dass sie besser werden müssen“, sagt ein US-Verteidigungsbeamter, der anonym bleiben möchte. „Wir betrachten solche Treffen als sehr öffentliche Gelegenheiten unter den Augen des US-Präsidenten, zu zeigen, dass sie mehr tun werden.“

Der Vertreter eines Nato-Mitgliedslands, der ebenfalls anonym bleiben wollte, sagt, die Nato-Staaten würden tun, „whatever it takes“ („was auch immer nötig sein wird“), um die Zahl nach oben zu treiben. Was er damit auch meint: Schon jetzt greifen viele Länder zu Buchungstricks, um die Prozentzahl aufzuhübschen. Das könnte künftig noch öfter das Mittel der Wahl sein.

DIE MUSTERSCHÜLER

Nato-Rekordhalter ist **Polen**, das 2024 mehr als vier Prozent seiner Wirtschaftsleistung in Verteidigung investierte. Im laufenden Jahr wird sogar mit 4,7 Prozent gerechnet, ab 2026 will Warschau dauerhaft über fünf Prozent liegen. Auch die Truppenstärke will Polen erhöhen – und dann nach den USA und der Türkei die drittgrößte Armee in der Nato stellen. Zugleich ist die Haushaltspolitik Polens wenig transparent. Die polnische Öffentlichkeit erfährt bruchstückhaft aus den Medien von Schattenhaushalten und Auslandskrediten. Es ist schwer zu sagen, wie stark bestimmte Anschaffungen den polnischen Haushalt belasten.

Hinzu kommt, dass große Waffenkäufe, etwa in Südkorea und den USA, über viele Jahre verteilt getätigt werden und nicht einmalig in einem Kalenderjahr den Haushalt belasten.

Ähnliche Entwicklungen sind in den baltischen Staaten zu beobachten. Auch 2024 lagen ihre Verteidigungsausgaben deutlich über dem Nato-Ziel: **Estland** investierte beispielsweise laut Nato-Schätzungen 3,4 Prozent, will im Jahr 2026 auf 5,4 Prozent erhöhen und diesen Wert bis 2030 beibehalten, möglicherweise sogar darüber hinaus. Die beiden anderen baltischen Länder, **Litauen** und **Lettland**, haben ähnliche Ambitionen. Ab 2026 werden die drei Staaten wohl Polen von der Spitze verdrängen. Die baltischen Staaten wollen damit auch ihren Bündnispartnern im Westen zeigen, dass sie bereit sind, einen erheblichen Teil ihrer Sicherheit selbst zu gewährleisten, damit die größeren Nato-Staaten direkter in die Verteidigung der baltischen Staaten investieren. Vertreter der drei Länder haben angedeutet, dass sie die „Stachelschwein“-Strategie Taiwans zur Abwehr einer chinesischen Invasion nachahmen wollen. Das bedeutet, dass sie viel Geld für Luftabwehr, Drohnen, Präzisionswaffen und Schiffsabwehrraketen ausgeben, die sie von der Küste aus auf russische Schiffe der Ostseeflotte abfeuern können, die sie bedrohen könnten.

Zu den Ländern mit einem hohen Anteil der Verteidigungsausgaben am Haushalt gehört traditionell auch **Griechenland** – das anders als andere Mittelmeerländer bereits über drei Prozent des BIP ausgibt. Zuletzt kündigte Athen, das die verfeindete Türkei abschrecken will, eine zwölfjährige Verteidigungsstrategie an, für die 28 Milliarden US-Dollar ausgegeben werden sollen, mit Schwerpunkt auf Drohnen, Satelliten und dem Luftabwehrsystem „Achilles‘ Shield“. Zu den Musterschülern gehören natürlich auch die **USA**, die rund 3,4 Prozent ihres riesigen BIP für Verteidigung ausgeben, womit sie allein für rund zwei Drittel der gesamten Ausgaben aller Nato-Staaten stehen. Noch hat das Pentagon keine öffentlichen Pläne zur Erreichung des Fünf-Prozent-Ziels bekannt gegeben. In Den Haag dürfte es trotzdem nicht viele Beschwerden über das Fehlen eines amerikanischen Plans geben.

DIE AUFSTEIGER

Den wohl deutlichsten Kurswechsel vollzieht **Deutschland**. Zumindest auf dem Papier. Das Zwei-Prozent-Ziel wurde 2024 erstmals erfüllt, allerdings zwei Jahre später, als vom damaligen Kanzler Olaf Scholz im Zuge der „Zeitenwende“ versprochen. Für das vergangene Jahre meldete Berlin nun Ausgaben in Höhe von 90,6 Milliarden Euro, das entspricht 2,1 Prozent des BIP. Aber die Zahl ist mit Vorsicht zu betrachten. Um die Zwei-Prozent-Marke zu erreichen, griff man zu einigen Buchhaltungstricks. So beläuft sich der reguläre Verteidigungshaushalt für 2024 auf nur 52 Milliarden Euro. Hinzu kommen 19,8 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen, dem vorübergehenden Schuldenposten außerhalb des Haushalts in Höhe von 100 Milliarden Euro. Weitere 7,5 Milliarden fließen direkt in die Unterstützung der Ukraine. Damit verbleibt ein Betrag von 11,4 Milliarden Euro, dessen Zusammensetzung die Regierung als Verschlusssache eingestuft hat und vage als Maßnahmen in anderen Teilen des Bundeshaushalts bezeichnet, „die ebenfalls zur Verteidigungsfähigkeit beitragen“.

Vertrauliche Unterlagen des Bundesfinanzministeriums zeigen, was alles in diesen elf Milliarden Euro enthalten ist. Darunter fallen die Kosten für die Flugbereitschaft der Bundesregierung, die die Kanzlerin und die Minister für ihre Reisen nutzen, Pensionszahlungen für ehemalige Angehörige der Nationalen Volksarmee der DDR oder Mittel für den Wiederaufbau in Kriegsgebieten aus dem Entwicklungsministerium. Das Budget für den Bundesnachrichtendienst, den deutschen Auslandsgeheimdienst, wird ebenso berücksichtigt wie die Mitgliedsbeiträge Deutschlands an die Vereinten Nationen.

Es bleibt abzuwarten, wie die neue Bundesregierung mit den Verteidigungsausgaben und dem künftigen Nato-Ziel von fünf Prozent umgehen wird. Die Haushalte für das laufende Jahr 2025 und für 2026 werden erst im Sommer vorgelegt und im Herbst vom Bundestag verabschiedet. Auch das neue Nato-Mitglied **Schweden** stockt seine Verteidigungsausgaben massiv auf. Das Land hat wie Deutschland seine Schuldenregeln gelockert, um mehr Spielraum zu haben. Die Veränderung erlaubt Stockholm bis 2035 umgerechnet rund 27 Milliarden Euro an zusätzlichen Ausgaben. Anschließend soll das Geld aus dem regulären Haushalt kommen.

Die Verteidigungsausgaben stiegen von 1,5 Prozent des BIP im Jahr 2023 auf 2,1 Prozent im Jahr 2024. Auch bei Schweden lohnt ein genauer Blick auf die Zusammensetzung. Das Parlament beschloss 2024 ein auf drei Jahre angelegtes Ukraine-Hilfspaket von mehr als zwei Milliarden Euro. Diese Unterstützung machen aktuell einen wichtigen Teil der höheren Ausgaben aus. Ab diesem Jahr sollen die Ukraine-Hilfen dann separat ausgewiesen werden. Neben Flugabwehr investiert Schweden das zusätzliche Geld vor allem in die Marine, wo das Land in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle in der Nato spielen soll. Stockholm hat außerdem Taurus-Marschflugkörper und Leopard-Panzer in Deutschland bestellt.

Auch **Großbritannien** und Frankreich liegen über zwei Prozent, mussten dafür aber nicht so deutlich aufholen wie viele andere Länder. Auf dem Weg in Richtung fünf Prozent werden die beiden einzigen europäischen Atommächte allerdings vor großen Herausforderungen stehen. Das britische Verteidigungsbudget stieg von 2,2 Prozent des BIP im Jahr 2023 auf 2,3 Prozent im Jahr 2024, wobei neben Ausgaben für Forschung und Entwicklung auch die Kosten für größere Operationen aufgrund der Unterstützung für die Ukraine stark anstiegen.

Premierminister Keir Starmer hat versprochen, die Ausgaben bis 2026 auf 2,6 Prozent zu erhöhen – unter anderem durch die Einbeziehung der Geheimdienste in die Berechnung. Allerdings hat er noch keinen Weg aufgezeigt, wie er die Marke von drei Prozent erreichen will – geschweige denn die von fünf Prozent, die vor dem Nato-Gipfel im Raum stehen. **Frankreich** hat seit dem Amtsantritt von Emmanuel Macron im Jahr 2017 seine Verteidigungsausgaben stetig erhöht und schaffte im vergangenen Jahr das Zwei-Prozent-Ziel. Allerdings ist Frankreich eines der am höchsten verschuldeten EU-Länder und die öffentlichen Finanzen sind in einem desolaten Zustand. Es ist aktuell unklar, wie die französische Regierung zusätzliche Mittel für das Militär aufbringen will, um das Fünf-Prozent-Ziel zu erreichen, zumal Macron Steuererhöhungen ausgeschlossen hat.

DIE NACHZÜGLER

Mehrere strategisch wichtige Länder haben noch nicht einmal das Zwei-Prozent-Ziel erreicht – insbesondere Kanada, Spanien und Italien. Alle drei haben kürzlich zugesagt, aufzuholen, aber politische Rücksichten, Buchhaltungstricks und historische Gewohnheiten bremsen die Staaten. Der Weg von zwei Prozent zum Fünf-Prozent-Ziel ist weit. **Kanada** gibt derzeit nur 1,4 Prozent seines BIP für Verteidigung aus und weist erhebliche Ausrüstungslücken in allen Bereichen seiner Streitkräfte auf. Der neue Premierminister Mark Carney versprach jüngst, „in diesem Haushaltsjahr“ zwei Prozent erreichen zu wollen. Zuvor war dieses Ziel noch auf das Jahr 2029 verschoben worden.

Kanada vertraute lange Zeit auf die Verteidigungsgarantien der USA und priorisierte Ausgaben für Soziales und Klimaschutz. Carney stellt nun die Aufrüstung als Frage der Souveränität dar, angesichts der Drohungen Donald Trumps, Kanada annektieren zu wollen. Aber die Umsetzung nach jahrzehntelangem Zögern erfordert ähnlich wie in Deutschland eine rasche Aufstockung der Beschaffungs- und Industriekapazitäten. **Spanien** bleibt mit nur 1,3 Prozent des BIP im Jahr 2024 der Nato-Mitgliedstaat mit den niedrigsten Verteidigungsausgaben (abgesehen von Island, das keine Armee hat). Premierminister Pedro Sánchez hat zwar einen elf Milliarden Euro schweren Plan zur Modernisierung des Militärs vorgelegt, mit dem in diesem Jahr zwei Prozent erreicht werden sollen. Es ist die ehrgeizigste Verteidigungsstrategie des Landes seit Jahrzehnten.

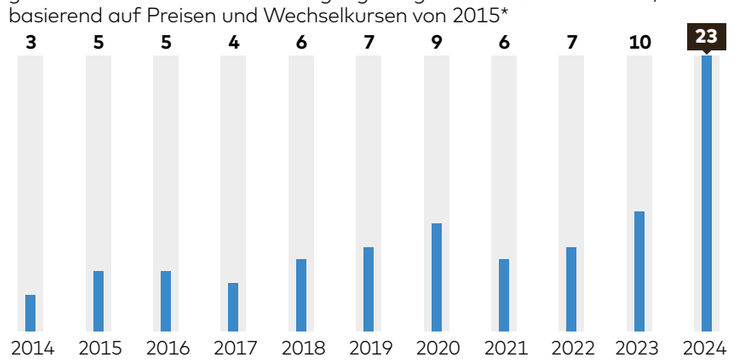
Der Premier ist jedoch durch seine Regierungskoalition eingeschränkt. Die linken Verbündeten lehnen eine Aufstockung des Militärbudgets ab. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten des aktuell boomenden Landes sind zwar vorhanden, aber es fehlt der politische Wille. In den Tagen vor dem Gipfel schrieb Sánchez sogar einen Brief an Nato-Generalsekretär Mark Rutte, in dem er ein mögliches Fünf-Prozent-Ziel ausdrücklich ablehnte. **Italien** lag im vergangenen Jahr bei 1,5 Prozent des BIP und auch Ministerpräsidentin Giorgia Meloni gab das Ziel aus, dass die Regierung das Zwei-Prozent-Ziel in diesem Jahr erreichen wolle. Aber es mehren sich die Anzeichen, dass dies eher durch kreative Buchführung als durch echte Ausgabenerhöhungen erreicht werden könnte.

Rom versucht deshalb auch zu bremsen, wenn es um das Fünf-Prozent-Ziel geht und fordert, dass die Nato-Staaten ein Jahrzehnt Zeit bekommen, um es zu erreichen. Außerdem möchte Rom, dass zivile Infrastrukturprojekte – wie etwa die geplante Brücke nach Sizilien – bei der Berechnung der Ausgaben für verteidigungsrelevante Infrastruktur anerkannt werden. Angesichts einer hohen Verschuldung und des starken Drucks im Land, bei Renten und Sozialleistungen nicht zu kürzen, bleibt Verteidigung ein politisch sensibles Thema.

Mitarbeit: Jacopo Barigazzi, Laura Kayali, Jack Detsch

Nato-Bündnispartner, die das Zwei-Prozent-Ziel erreichen

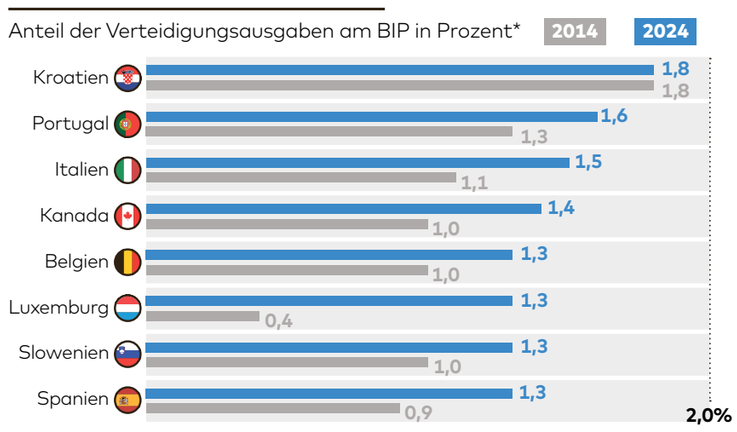
gemessen am Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP in Prozent, basierend auf Preisen und Wechselkursen von 2015*



*Stand: 12. Juni 2024. Die Zahlen für 2023 und 2024 sind Schätzungen. Die Nato umfasst ab 2017 Montenegro, ab 2020 Nordmazedonien, ab 2023 Finnland und ab 2024 Schweden.
Quelle: Nato

WELT

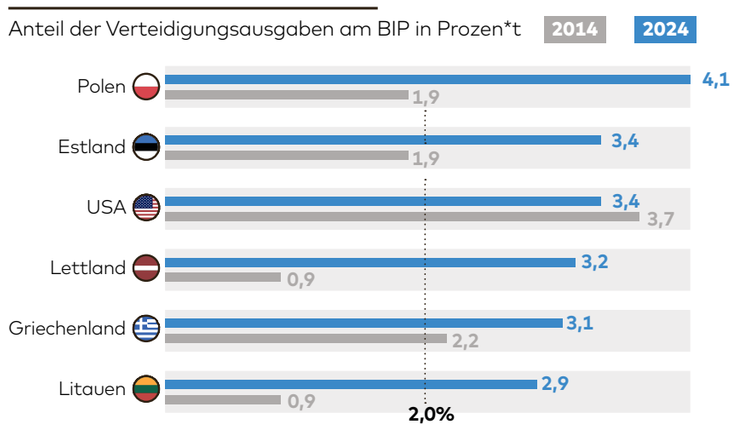
Nato-Länder unter 2,0 Prozent



*basierend auf Preisen und Wechselkursen von 2015; Quelle: Nato

WELT

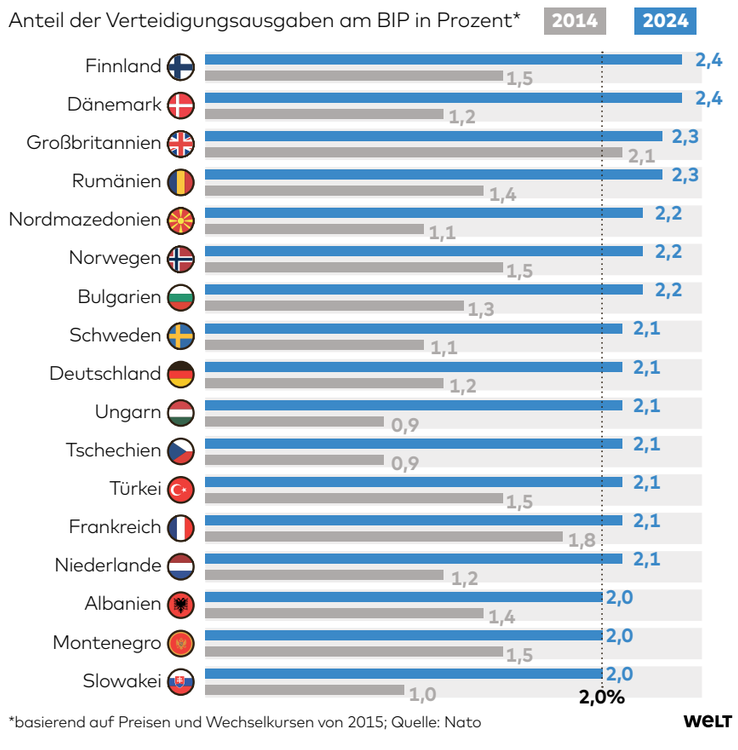
Nato-Länder über 2,5 Prozent



*basierend auf Preisen und Wechselkursen von 2015; Quelle: Nato

WELT

Nato-Länder zwischen 2,0 und 2,5 Prozent



*basierend auf Preisen und Wechselkursen von 2015; Quelle: Nato

WELT

Wie die US-Regierung einen umstrittenen Krieg erklärt

Nach den Angriffen auf das iranische Atomprogramm sendet Verteidigungsminister Pete Hegseth gleich mehrere Botschaften aus

Es war die erste Pressekonferenz, die Pete Hegseth seit seinem Antritt Ende Januar im eigenen Dienstgebäude abhielt, und sie wird zweifellos in die Geschichte der Vereinigten Staaten eingehen. Um kurz nach acht Uhr Ortszeit am Sonntag trat der ehemalige „Fox“-Moderator im Pentagon ans Rednerpult. Neben ihm General Dan Caine, Generalstabschef der Streitkräfte und erst seit Ende April im Amt.

VON STEFANIE BOLZEN

Hegseth, Major und Veteran der US-Einsätze in Irak sowie Afghanistan, gab Details zu den Angriffen bekannt. Die Zahl der abgeworfenen schweren Bomben (14), die Zahl der eingesetzten Flugzeuge (125), die Zeitspanne des Angriffs (25 Minuten). Was der Trump-Getreue und Liebling der „Make America Great Again“-Bewegung zugleich tat, war psychologische Kriegsführung.

Zum einen gegen den Iran. Wie schon am Samstagabend der US-Präsident, wiederholte sein Vereidigungsminister am Sonntagmorgen Ostküstenzeit unmissverständliche Drohungen. „Unsere Angriffe waren begrenzt, aber unsere militärischen Fähigkeiten sind es nicht.“ Iran solle besser Trumps „Weg zum Frieden“ folgen.

Aus Sicht des Trump-Teams von ähnlich hoher Bedeutung sind die Signale, die Hegseth ans eigene Lager zu senden suchte. „Die Operation des Präsidenten war mutig, sie war brillant und zeigt der Welt, dass Amerikas Abschreckung wieder da ist“, so Hegseth. Die von Trump angeordneten Angriffe hätten „mit großer Sicherheit kein offenes Ende“. Erster Kern dieser Aussagen: Es geht nicht um den Beginn eines Krieges, sondern um Abschreckung. Die ganz klare

> DIE ABLEHNUNG ZIEHT SICH DURCH BEIDE LAGER

Mehrheit der Amerikaner will Umfragen zufolge nicht, dass sich ihre Regierung an Israels Attacken gegen den Iran beteiligt. Die Ablehnung zieht sich durch beide Lager – Demokraten wie Republikaner.

Und sie zieht sich durch die MAGA-Bewegung, in der es teilweise heftige Kritik von Führungsfiguren wie dem Moderator Tucker Carlson oder dem einstigen Trump-Berater Steve Bannon gibt. Keiner der beiden hatte sich bis Sonntagmorgen Ostküstenzeit zu den Angriffen öffentlich geäußert.

Der zweite Kern ist ein Signal an die Streitkräfte selbst. Der für das US-Militär traumatische Abzug aus Afghanistan im Sommer 2021 war eines der Hauptargumente, mit denen Trump im Wahlkampf 2024 für sich warb. Dass ihr Land mit der Operation „Mitternachtshammer“ die vermutlich weitgehende Zerstörung von Irans Atomprogramm umsetzte, wird bei den Streitkräften, aber auch bei Millionen Amerikanern durch alle politischen Lager als Beweis für die Stärke Amerikas begrüßt werden. Hegseth hatte noch eine dritte Botschaft. Dass Trump erneut „durchregiert“. Der Kongress sei „unterrichtet worden, nachdem die Flugzeuge (das Angriffsgebiet, d. Red.) sicher verlassen hatten. Wir haben damit unsere Verpflichtungen nach dem Kriegsermächtigungsgesetz (War Powers Act) erfüllt.“ Dieses Bundesgesetz besagt allerdings auch, dass der Kongress „in jedem möglichen Fall“ zu konsultieren ist, bevor ein Präsident US-Streitkräfte in Feindseligkeiten oder in Situationen entsendet, in denen eine unmittelbare Beteiligung an Feindseligkeiten klar erkennbar ist.

Letzteres hat Trump nicht veranlasst. Während ihm Republikaner wie die mächtigen US-Senatoren Jim Risch und Lindsey Graham lobend beisprangen, brachte Trumps Vorgehen Parlamentssprecher Mike Johnson sichtlich unter Druck. Führende Vertreter im Kongress seien „in Kenntnis gesetzt worden ob der Dringlichkeit der Lage, und dass der Oberkommandierende die unmittelbare Gefahr als höher einschätzte als die Zeit, die der Kongress für ein Handeln gebraucht hätte“, so Johnson auf „X“. Der „begrenzte Angriff“ habe sich an anderen Fällen orientiert, in denen „Präsidenten beider Parteien solche Militäraktionen“ ohne die beiden Kammern autorisiert hätten.



Thüringer AfD-Chef Björn Höcke. Im Hintergrund: Mutmaßliche Mitglieder der „Sächsischen Separatisten“ werden im November 2024 zum Bundesgerichtshof gebracht

MARTIN SCHUTT/DPA/PICTURE ALLIANCE; RENE PRIEBE/DPA/PICTURE ALLIANCE; MONTAGE: INFOGRAFIK WELT/MKU

Höcke und die „anständige Familie“

Den „Sächsischen Separatisten“ wird die Bildung einer Terrorvereinigung vorgeworfen. Der Thüringer AfD-Chef trifft sich mit der Frau eines inhaftierten Beschuldigten

Am Samstag steht Björn Höcke auf einer Bühne im thüringischen Greiz. „Kurz nach der Landtagswahl in Sachsen gab es mal eine Annäherung zwischen CDU und AfD“, sagt der rechtsextreme AfD-Landeschef bei einer Veranstaltung in seinem Wahlkreis. „Da hat man die ‚Sächsischen Separatisten‘ aus dem Hut gezaubert. Heute habe ich mich mit der Frau eines der inhaftierten ‚Separatisten‘ getroffen und habe mir den Sachverhalt im Detail beschreiben lassen, wie dort ein SEK der Polizei dieses Privathaus gestürmt hat, wie ihr Mann den Schuss in den Kiefer bekommen hat.“

VON FREDERIK SCHINDLER

Dann spricht Höcke von einer „anständigen Familie“, von der er den Eindruck habe, dass ihr „übel mitgespielt“ worden sei. So ist es auf einem Videomitschnitt der Veranstaltung zu sehen. Höcke spricht über den Terrorverdächtigen Kurt Hättasch, der seit seiner Festnahme im November 2024 gemeinsam mit weiteren Beschuldigten in Untersuchungshaft sitzt. Der Generalbundesanwalt wirft ihnen die Mitgliedschaft in der Gruppierung „Sächsische Separatisten“ vor, die gebildet worden sei, um „mit Waffengewalt Gebiete in Sachsen und gegebenenfalls auch in anderen ostdeutschen Ländern zu erobern, um dort ein am Nationalsozialismus ausgerichtetes Staats- und Gesellschaftswesen zu errichten“.

In einer Mitteilung der Anklagebehörde heißt es: „Unerwünschte Menschengruppen sollen notfalls durch ethnische Säuberungen aus der Gegend entfernt werden.“ Der Vorwurf der Bundesanwaltschaft: Bei den „Sächsischen Separatisten“ handle es sich um eine „militante Gruppierung, deren Ideologie von rassistischen, antisemitischen und in Teilen apokalyptischen Vorstellungen geprägt ist“. Die Mitglieder verbinde eine tiefe Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Hättasch hatte bei der Festnahme ein geladenes Gewehr in der Hand und wurde von einem Polizisten angeschossen und schwer verletzt. Die Waffe hatte der damals 25-Jährige legal als Jäger besessen. Er selbst hatte zuvor einen Notruf abgesetzt und gibt an, er sei von einem Antifa-Überfall ausgegangen. Anfang März teilte die Leipziger Staatsanwaltschaft mit, ein Ermittlungsverfahren gegen den Polizisten sei eingestellt worden, da der Beamte aus Notwehr gehandelt habe. Hättasch hat Beschwerde gegen die Einstellung eingelegt. Bis zu seiner Festnahme war er Fraktionschef der AfD im Grimmaer Stadtrat, Vorstandsmitglied im AfD-Kreisverband sowie Landesvorstandsmitglied des AfD-Jugendverbands Junge Alternative in Sachsen. Die AfD Sachsen leitete ein Parteiausschlussverfahren ein.

Höcke insinuierte bei seiner Rede in Greiz, es handle sich bei der Festnahme um eine Inszenierung. Die AfD-Mitglieder seien erst „nachträglich in die Anklage eingefügt worden, nach den Landtagswahlen“, sagte er in seiner Rede. „Entschuldigung, das stinkt doch zum Himmel! Kann das vielleicht sein, dass man die Annäherung von CDU und AfD in Sachsen mit diesem ‚Putsch‘ verhindern wollte? Versteht mich nicht falsch, ich weiß es im Detail nicht, aber das hat ein Geschmäckle.“ Zuvor hatte Höcke in seiner Rede bereits in Bezug auf die wegen Terrorverdachts in Untersuchungshaft sitzende „Reichsbürger“-Gruppe um Heinrich XIII. Prinz Reuß, der die Vorbereitung eines bewaffneten Staatsstreichs vorgeworfen wird, von einem „Rollatorputsch“ und einer „Rentnergang“ gesprochen. „Mittlerweile sind wir so weit, dass hier Putsch-Aktionen, ich muss es so annehmen, inszeniert werden von interessierten Kreisen“, sagte der AfD-Funktionär.

Wie aus einer Recherche der „taz“ hervorgeht, nahm Kurt Hättasch im Juni 2024 gemeinsam mit seiner Ehefrau, die Höcke am Samstag getroffen hat, an einer völkischen Sonnenwendfeier in der Oberlausitz teil. Laut dem Medienbericht wurde dort eine Rede zu Ehren des SS-Standartenführers Max Wünsche und allen Trägern des von Adolf Hitler gestifteten Ritterkreuzes des Eisernen Kreuzes gehalten sowie auf die „deutsche Jugend“ geschworen. Geantwortet wurde laut Polizei jeweils mit „Heil Sonnenwende“. Max Wünsche war Kommandeur der von den Alliierten „Baby-Division“ genannten Waffen-SS-Division „Hitlerjugend“, deren Soldaten mit 17 Jahren aus der HJ angeworben worden waren.

Laut einer weiteren „taz“-Recherche war Hättasch als Teenager Teil einer Graffiti-Gruppe namens „Bund Deutscher Maler“ – angelehnt an den Namen der NS-Organisation Bund Deutscher Mädel (BDM). Aus einer Recherche von WELT AM SONNTAG geht hervor, dass Hättasch den mutmaßlichen Rädelsführer der „Sächsischen Separatisten“, Jörg Schimanek, im Jahr 2022 über eine Telegram-Gruppe namens „Völkischer Flohmarkt“ kennengelernt hatte. Demnach tauschten sich beide über NS-Literatur aus, die Schimanek vertrieb. Hättaschs Frau, mit der Höcke sich getroffen hat, ist die Tochter von Thomas Sattelberg, dem Gründer und Anführer der 2001 verbotenen Neonazi-Kameradschaft „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS). Sattelberg wurde 2003 wegen Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung sowie Landfriedensbruchs zu einer Bewährungsstrafe von zwei Jahren und 2006 zu einer Freiheitsstrafe von acht Monaten verurteilt, da er die Kameradschaft weitergeführt hatte. Die SSS galt als Nachfolgeorganisation der neonazistischen Wiking-Jugend, die 1994 verboten worden war und der Sattelberg zuvor ebenfalls angehört hatte.

Heute ist Sattelberg Mitglied im sächsischen Landesvorstand der Partei Die Heimat (vormals NPD). Gemeinsam mit seiner Tochter nahm er 2019 an einem Treffen in Kiew teil, um sich mit ukrainischen Rechtsextremisten zu vernetzen. Organisiert wurde das Treffen vom Pirnaer NPD-Szeneobjekt „Haus Montag“. Björn Höcke sagte WELT: „Da man den Medien in Deutschland nicht mehr vertrauen kann, bin ich dazu übergegangen, mir ein eigenes Bild zu machen. Das heißt: Ich spreche nicht über Menschen, sondern mit Menschen. Im Geiste des alten römischen Rechtsgrundsatzes: Audiatur et altera pars.“ Übersetzt bedeutet der Grundsatz „Man höre auch die andere Seite“. Die Fragen danach, ob er gewusst habe, dass Hättaschs Frau an einer völkischen Sonnwendfeier teilnahm, bei der der SS gehuldigt wurde, und wie er die Vorwürfe des Generalbundesanwalts gegen Hättasch bewertet, beantwortete er nicht.

Kurt Hättasch schreibt in der neurechten „Sezession“ von Höckes engem Vertrauten Götz Kubitschek ein Hafttagebuch. In einer Erklärung behauptete er im Dezember vergangenen Jahres, er stehe innerhalb der AfD „in der Mitte oder links der Mitte“. In der Erklärung hieß es weiter: „Gewalt halte ich nur zu Zwecken der Selbstverteidigung als angemessenes Mittel und lehne sie ansonsten klar ab. Rassismus und Antisemitismus halte ich für geistige Sackgassen.“ Für die Auseinandersetzung mit Dingen, bei denen er „mit der BRD unzufrieden“ sei, wähle er den „demokratischen Weg“.

„Die Linke hat jede Grenze überschritten“

Hanna Veiler ist kürzlich aus der Grünen Jugend ausgetreten. Im Interview spricht sie über die Gründe

Hanna Veiler, 27, ist Vize-Präsidentin der European Union of Jewish Students. Von 2023 bis 2025 war sie Präsidentin der Jüdischen Studierendenunion Deutschlands (JSUD). Veiler wurde in Belarus geboren.

VON KEVIN CULINA

WELT: Frau Veiler, Israel und Iran befinden sich im Krieg. Wie blicken Sie auf die Eskalation?
HANNA VEILER: Eine absolute Ausnahmesituation. Viele in Deutschland vergessen, dass Israel sich seit dem Hamas-Terror vom 7. Oktober 2023 im Krieg befindet. Raketenbeschuss aus dem Gaza-Streifen, aus dem Libanon, aus dem Jemen – und teils eben auch direkt aus dem Iran. Für viele junge Israelis ist die Situation mit ballistischen Raketen, Einschlägen und deutlich mehr Todesfällen eine neue Erfahrung. Die Sorge, dass Angehörige von Raketen getötet werden, ist riesig, auch in der iranischen Diaspora. Zentrale Frage ist, ob der Krieg nötig ist, um die Islamische Republik endlich zu Fall zu bringen – oder ob vor allem die Zivilbevölkerung in beiden Ländern leidet.

WELT: Was denken Sie?
VEILER: Wir sprechen nicht von zwei gleichen Seiten. Israel ist eine Demokratie mit funktionierendem Rechtsstaat – mit einer in Teilen rechtsextremen Regierung unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, die durchaus kritikwürdig ist und von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird. Aber Israel visiert nur militärisch relevante Ziele im Iran an. Im Iran jedoch regiert ein islamistisches Regime, das die eigene Bevölkerung unterdrückt, verfolgt, ins Gefängnis sperrt, ermordet und nun in diesem Krieg aktiv auf zivile Infrastruktur feuert. Dieses Regime steht hinter islamistischen Terroristen in der ganzen Region, von der Hamas in Gaza über die Hisbollah im Libanon bis zu den Huthis im Jemen. Ohne den Iran wäre der 7. Oktober nicht möglich gewesen. Man stelle sich mal vor, dieses Regime hätte Nuklearwaffen. Es ist im Interesse des ganzen Nahen Osten, dass die Islamische Republik fällt. Gleichzeitig sind Zivilisten eben auch Leidtragende des Konflikts. Ein Dilemma.

WELT: Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) sagte, Israel mache im Iran die „Drecksarbeit“ für „uns alle“. Vor der aktuellen Eskalation beklagte Außenminister Johann Wadephul (CDU) eine vermeintliche deutsche „Zwangssolidarität“ mit dem jüdischen Staat. Welche Signale sendet die Bundesregierung?
VEILER: Offenbar ringt sie noch um ihre Position. Merz hat mit Blick auf das Leid der Zivilisten in der Region die falschen Worte gewählt. Gleichzeitig ist es wichtig zu sagen: Israel verteidigt mit dem Angriff auf die Islamische Republik nicht nur seine eigene Sicherheit, sondern kämpft eben gegen den zentralen Terror-Finanzier. Gerade im Iran kämpften zuletzt viele Menschen auf den Straßen gegen das Regime, riskierten für ein Leben in Freiheit ihr eigenes Leben. Machen die auch unsere „Drecksarbeit“? Wir sollten auf unsere Sprache achten, und Deutschland sollte den Iran vor allem endlich konsequent sanktionieren, statt den mutigen Demonstrierenden im Iran weiterhin in den Rücken zu fallen.

WELT: Woher kommt das Bild der „Zwangssolidarität“?
VEILER: In Deutschland herrscht offenbar immer noch die Annahme vor, dass man wegen des Holocausts von Jüdinnen und Juden zu irgendetwas verpflichtet werde – und damit eine Form der Unterdrückung erlebe. Es erinnert mich an eine Demonstration 2023 vor dem Auswärtigen Amt, als linke Aktivisten „Free Palestine from German Guilt“ (*deutsch: Befreit Palästina von deutscher Schuld, d. Red.*) riefen. Das ist dasselbe Denkmuster und letztlich ein antisemitisches Denkmuster: Juden instrumentalisieren den Holocaust, um Politik zu lenken und Entscheidungen zu manipulieren. Unsere Solidarität mit Israel hat nichts mit Zwang, sondern mit historischer Verantwortung zu tun.

WELT: Die scheint zu schwinden. Nur 16 Prozent der Deutschen halten laut Deutschlandtrend Israel für einen vertrauenswürdigen Partner.
VEILER: Leider war die Solidarität mit Israel oder jüdischem Leben häufig eher performativ. Es gibt Zeremonien an Gedenktagen oder ritualisierte Wortmeldungen nach antisemitischen Attentaten. Im Privaten wird das aber nicht aufrichtig gelebt. Viele scheinen auf eine Gelegenheit gewartet zu haben, um zu sagen: Israel ist der eigentliche Massenmörder, die Solidarität ist vorbei. Klar ist auch, dass die Solidarität nicht der israelischen Regierung, sondern der Bevölkerung, die einfach in Frieden und Sicherheit leben möchte, gelten muss. Davon sehen wir aktuell so gut wie gar nichts mehr.

WELT: Ihre Präsidentschaft bei der Jüdischen Studierendenunion Deutschlands fiel in eine historische Eskalation des Judenhasses in Deutschland. Welche Eindrücke werden aus dieser Zeit bleiben?
VEILER: Der Zusammenhalt in der jüdischen Community ist gewachsen, während die Welt um uns unterging. Ich bin allerdings immer noch fassungslos und schockiert darüber, wie oft wir vor Ministern, Abgeordneten oder Universitätspräsidenten saßen und die einfachsten Grundlagen des Antisemitismus erklären mussten. Wenn Antisemitismus nicht in Form eines „Scheiß Jude“, sondern israelbezogen oder antizionistisch daherkam, wurde relativiert. Es wurde runtergespielt oder die Schuld für Übergriffe im Handeln der israelischen Regierung gesucht. Ich werde nie vergessen, wie wir der Leitung der Freien Universität Berlin erklären mussten, dass das Zusammenschlagen von Lahav Shapira durchaus etwas mit der israelfeindlichen Stimmung auf dem Campus zu tun hatte. Das war krass.

WELT: Sie sind kürzlich aus der Grünen Jugend ausgetreten. Wieso?
VEILER: Ich bin 2019 sehr idealistisch eingetreten, bin bis heute Mitglied der Grünen. In der Grünen Jugend gab es allerdings eine unglaubliche Ignoranz gegenüber jüdischem Leben und Antisemitismus. Das Video der Vorsitzenden Jette Nietzard, in dem sie den 7. Oktober als „militärische Operation“ bezeichnet, war für mich der letzte Tropfen. Ich werde keine Energie in eine Organisation stecken, in der die Vorsitzende sowas sagen kann, ohne dass es einen Aufschrei gibt. Es gehört in linken Kreisen leider mittlerweile zum guten Ton, antiisraelisch eingestellt zu sein. Viele junge Menschen haben den 7. Oktober bis heute nicht verstanden. Die Gefahr des Islamismus – die systematische Unterdrückung von Frauen, von sexuellen oder religiösen Minderheiten – wird ignoriert, wenn es die eigene Agenda stört. Ein Stich in den Rücken der vom Islamismus Betroffenen.

WELT: Im Bundestag protestierten Linke-Abgeordnete kürzlich mit Palästinensertuch oder „Palestine“-Pullover, manche arbeiten mit israelfeindlichen Gruppen zusammen. Israelsolidarische Stimmen hört man kaum. Wieso?
VEILER: Die Linke hat sich auf ihrem Bundesparteitag gegen die Antisemitismus-Definition der „International Holocaust Remembrance Alliance“ ausgesprochen. Was für die absolute Mehrheit von jüdischen Institutionen als klar antisemitisch benannt wird, ist es für die Linke nicht mehr. Problem gelöst: Antisemitismus einfach wegdefiniert. Diese Deutungshoheit würde Betroffenen von Rassismus von der Linken nie so weggenommen werden. Hinzu kommen viele weitere Beispiele: Die Parteivorsitzende Ines Schwerdtner solidarisierte sich mit der UN-Sonderberichterstatterin für Palästina, Francesca Albanese, obwohl sie immer wieder antisemitische Verschwörungserzählungen verbreitete. Fraktionschefin Heidi Reichinnek empfahl in einem Aufsatz von 2016 noch, im Arabischen Frühling auch mit Islamisten zusammenzuarbeiten. Die Linke hat jede Grenze überschritten.

WELT: Sie haben gesagt, dass sie Deutschland verlassen werden. Die Linke-Spitze zeigte sich darüber „bestürzt“ und sendete Solidarität.
VEILER: Ein perfektes Beispiel für Instrumentalisierung, wenn es in die Agenda passt. Ich habe gesagt, dass ich mich bei 20 Prozent Wählerstimmen für die AfD in Deutschland nicht mehr wohlfühle und meine Zukunft woanders sehe. Die Linke hatte nie Kontakt mit mir, aber hat mich nach dem Interview ruckzuck öffentlich benutzt. Es gibt eine absolute Blindheit für Antisemitismus in den eigenen Reihen bis hin zu einer Romantisierung von Islamisten.

WELT: Welchen Eindruck machte das AfD-Wahlergebnis?
VEILER: Meine Familie hat viel aufgegeben, um sich ein neues Leben in Deutschland aufzubauen, damit ihre Kinder ein besseres Leben haben. Jetzt erlebe ich, wie jeder fünfte Mensch, mit dem ich tagtäglich zu tun habe – im Supermarkt, als Nachbar – eine rechtsextreme Partei wählt. In so einem Land habe ich keine Zukunft. Ich bin nicht naiv und weiß, dass die Situation weltweit gerade schwierig ist. Aber ich brauche Abstand.

CDU-Spitze widerspricht Wadephul

Außenminister findet US-Angriff auf Iran bedauerlich und sieht Europa in einer zentralen Rolle. Generalsekretär Linnemann betont Unterstützung der Bundesregierung für das Vorgehen der Amerikaner

Die CDU-Führung hat einer Einschätzung von Bundesaußenminister Johann Wadephul (CDU) zum Angriff der USA auf Irans Atomanlagen widersprochen. Wadephul hatte den Angriff am Sonntagabend als „bedauerlich“ bezeichnet; darüber sei in den Sitzungen der CDU-Parteigremien am Montag gesprochen worden, sagte Generalsekretär Carsten Linnemann in Berlin – und betonte, dass die Bundesregierung und er selbst das Vorgehen der USA unterstützten.

Wadephul hatte im ZDF gesagt: „Bedauerlicherweise hat es jetzt diese militärische Aktion gegeben, die wohl notwendig war aus Sicht der USA.“ Linnemann machte nach den Sitzungen von Vorstand und Präsidium klar, dass die CDU-Führung dieses Bedauern nicht teile.

„Das widerspricht sich nicht: Auf der einen Seite sich für eine diplomatische Lösung einzusetzen und auf der anderen Seite diese Militärschläge der USA und Israels zu unterstützen - und nichts anderes macht diese Bundesregierung“, sagte Linnemann. „Deswegen halte ich das Vorgehen der Amerikaner in diesem Zusammenhang für richtig.“

Der CDU-Generalsekretär sagte: „Man muss einfach wissen, dass 40 Jahre lang das Mullah-Regime diese Welt mit Terror überzogen hat.“ Die Lage in der Region sei ein wichtiges Thema in den Gremiensitzungen am Montag gewesen, der Bundesaußenminister sowie Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hätten sich dazu geäußert.

In dem ZDF-Interview hatte Wadephul auch zugegeben, mit seiner Einschätzung falsch gelegen zu haben, dass die USA nicht in den Konflikt zwischen Israel und dem Iran eingreifen würden. „Mir ist das überhaupt nicht unangenehm, in einer derartigen Frage falsch gelegen zu haben“, sagte er. Zum Angriff der Vereinigten Staaten fügt er hinzu: „Das ist jetzt so. Ich muss in dieser Situation weiter handlungsfähig sein. Das bin ich auch.“

Der Außenminister sieht Europa in einer wichtigen Rolle im Konflikt zwischen Iran, Israel und den USA. „Ja, ich glaube, die Europäer haben einen starken Platz“, sagte der CDU-Politiker am Rande eines EU-Treffens in Brüssel. Man habe dem Iran am Freitag deutlich gemacht, dass er zu direkten Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten bereit sein müsse. „Das war leider nicht erfolgreich“, so Wadephul. Daher erneuere er die Aufforderung an Teheran, sich gesprächsbereit zu zeigen. Zugleich verwies Wadephul auf die enge Abstimmung mit Washington: „Wir sind allerdings auch von den USA in der letzten Woche und auch jetzt aufgefordert worden, im Kontakt zu bleiben, im Gespräch zu bleiben.“ Der Iran habe erklärt, nur mit Europa verhandeln zu wollen. „Das ist für uns ein gutes Zeichen“, sagte Wadephul. Dennoch müssten letztlich die USA einbezogen werden. „Wir brauchen eine Verhandlungslösung, sie ist dringender als je zuvor“, sagte Wadephul.

Am Freitag war Wadephul Teil der E3-Delegation, die in Genf mit dem iranischen Außenminister Abbas Araghtschi über eine Rückkehr an den Verhandlungstisch gesprochen hatte. Zwei Tage später flogen die Vereinigten Staaten Angriffe auf Atomanlagen des Irans. AFP/dpa/gae

Trotz Pflicht zur Ausreise weiter Sozialleistungen

Urteil: Landkreis Stade muss an einen Asylbewerber, der abgeschoben werden soll, vorläufig weiter zahlen

Asylbewerbern dürfen nach einem Beschluss des Niedersächsischen Landessozialgerichts nicht sämtliche Leistungen gestrichen werden. Das gelte auch, wenn diese nach dem Dublin-Verfahren abgelehnt worden seien, eine Ausreise aber zeitweise ohne Weiteres nicht möglich sei, wie das Gericht am Montag in Celle mitteilte. Dem Leistungsausschluss stünden verfassungs- und europarechtliche Vorgaben entgegen.

Mit dem Beschluss vom 13. Juni entschied das Gericht im Eilverfahren eines Afghanen. Dieser war im April 2024 mit einem polnischen Schengen-Visum nach Deutschland eingereist. Sein Asylantrag wurde abgelehnt, und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) ordnete eine Abschiebung nach Polen an. Zwei geplante Überstellungen scheiterten jedoch, weil der Mann nicht angetroffen wurde. Seit Dezember 2024 bekam er faktisch keine Leistungen mehr, wie das Gericht ausführte. Abgeschoben werden sollte der 1996 geborene Afghane auf Basis einer gesetzlichen Neuregelung vom Herbst 2024. Diese sah vor, dass ausreisepflichtige Migranten, die zuvor in einem anderen EU-Land registriert wurden, in bestimmten Fällen keine Sozialleistungen mehr erhalten.

Denn nach den europäischen Dublin-Regeln wären sie verpflichtet gewesen, in ihrem EU-Ankunftsland Asyl zu beantragen. Mit der Änderung wollte die damalige Bundesregierung den Druck auf ausreisepflichtige Migranten erhöhen.

Voraussetzung ist allerdings, dass die Ausreise nach Feststellung des Bamf rechtlich und tatsächlich möglich ist – das sah das Landessozialgericht hier nicht als gegeben an. Bis November 2024 erhielt der Mann deshalb Geld nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, danach nur noch eine Unterkunft und einzelne Sachleistungen. Dagegen wehrte er sich vor Gericht und argumentierte, eine freiwillige Ausreise sei ihm nicht möglich, weil das Dublin-Verfahren diese nicht vorsehe. Das Landessozialgericht betonte zwar, dass die asylrechtliche Entscheidung und Abschiebungsanordnung des Bundesamtes bindend sei. Es verwies jedoch darauf, dass das Dublin-Verfahren tatsächlich regelhaft lediglich Abschiebungen vorsehe.

Wegen der Vorgaben für eine menschenwürdige Mindestsicherung des Lebensunterhalts sieht das Gericht in dem Fall „ein erhebliches unionsrechtliches Klärungsbedürfnis“. Eine spätere Vorlage an den Europäischen Gerichtshof erscheine nicht ausgeschlossen, hieß es. Zuvor hatten bereits mehrere Sozialgerichte in anderen Fällen für die jeweiligen Asylbewerber entschieden. dpa/AFP/krott



OLIVER BERG/DPA

Josefine Paul (Grüne), Ministerin für Familie, Flucht und Integration in Nordrhein-Westfalen

Wie die grüne Fluchtministerin sich im Solingen-Komplex verheddert

Welche Verantwortung trägt NRW-Ministerin Paul für Versäumnisse im Komplex um den ausreisepflichtigen Messer-Attentäter von Solingen? Die Grüne schien nach der Bluttat abgetaucht. Sie verstrickt sich in Erklärungen, die in sich zusammenfallen

Die Opposition in Nordrhein-Westfalen will Josefine Paul als Zeugin vorladen, und zwar schon seit Monaten. SPD und FDP dringen in einem Untersuchungsausschuss des Landtags zum Messerattentat von Solingen darauf, die NRW-Fluchtministerin ausführlich zu befragen. Drei Menschen starben, zehn weitere wurden teilweise schwer verletzt, als der offenbar islamistisch motivierte Täter am Abend des 23. August 2024 auf einem Stadtfest mit einer Klinge Hälse und Nacken durchstach.

VON KRISTIAN FRIGELJ

Issa Al H., der in einem laufenden Strafprozess vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf ein umfassendes Geständnis abgelegt hat, ist ein abgelehnter Asylbewerber. Der 27-jährige Syrer sollte 2023 nach Bulgarien abgeschoben werden, wo er zuvor einen Asylantrag gestellt hatte – ein sogenannter Dublin-III-Fall. Als die Behörden ihn abholen wollten, war er nicht in seinem Zimmer in der Unterkunft in Paderborn. Einen zweiten Versuch gab es nicht, H. bekam einen subsidiären Schutzstatus in Deutschland und wurde einer Unterkunft in Solingen zugewiesen.

Die Versäumnisse geschahen im Zuständigkeitsbereich von NRW-Fluchtministerin Josefine Paul. Zudem ist das Kommunikationsverhalten der Grünen-Regierungspolitikerin nach dem Attentat rätselhaft. Genügend Anlässe also für eine Befragung, doch die schwarz-grünen Koalitionsfraktionen weigern sich mit ihrer Ausschussmehrheit, dem Drängen der Opposition nachzugeben. Stattdessen werden andere Zeugen vorgezogen. Längst wittert die Opposition eine Verzögerungstaktik, um die stark unter Druck stehende Ministerin zu schützen. SPD und FDP erinnern an die „maximale Transparenz“, die NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) im Solingen-Komplex versprochen hat.

Wie dringlich eine Befragung ist, zeigen neueste Erkenntnisse des Untersuchungsausschusses, der die bereitgestellten Akten fortlaufend auswertet. Vor allem geht es um die unmittelbare Zeit nach dem Attentat ab dem Freitagabend, 23. August. NRW-Fluchtministerin Paul schien damals wie von der Bildfläche verschwunden und meldete sich erst drei Tage später schriftlich und einen weiteren Tag später in einer Pressekonferenz zu Wort. Das ist nicht nur für die Opposition angesichts der politischen Tragweite des Verbrechens kaum nachvollziehbar.

Paul hat wiederholt im Landtag beteuert, ihrem Haus sei erst am Sonntag, 25. August, bekannt gewesen, „dass wir bei der Aufklärung der Gesamthintergründe beteiligt sind“. Die konkrete Information zur Person des Tatverdächtigen und seinen Namen „haben wir am Sonntag erhalten“. An anderer Stelle erklärte sie: „Unserem Haus ist tatsächlich erst am Sonntagvormittag gesichert bekannt gewesen, dass der Tatverdächtige ein sogenannter Dublin-III-Fall war.“ Allerdings wird mittlerweile deutlich, dass ihr Haus spätestens seit Samstagnachmittag, 24. August, davon wusste. Der „Kölner Stadtanzeiger“ hatte zuerst darüber berichtet.

WELT liegen die Informationen ebenfalls vor. Eine Sachgebietsleiterin des Landeskriminalamtes NRW nahm zwischen 16.45 und 17 Uhr Kontakt zum Referatsleiter der Sicherheitskonferenz im Fluchtministerium auf. Sie bat „um Unterstützung“ bei der Beschaffung der Akte beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, kurz BAMF, des Tatverdächtigen H. Um 17.33 Uhr ging eine Mail vom BAMF bei der Sicherheitskonferenz, kurz Siko, ein, die dem Ministerium zugeordnet ist. In der Betreffzeile standen der Name von Issa Al H. und dessen Geburtsdatum. Beigefügt war die Asylverfahrensakte.

Um 21.22 Uhr sandte ein stellvertretender Abteilungsleiter eine Mail an einen großen Empfängerkreis der Hausspitze. Dazu gehörten Pauls Büroleiter, ihr persönlicher Referent, der persönliche Referent ihres Staatssekretärs, die Abteilungsleiterin Flucht und der Referatsleiter der Siko. Darin heißt es: „Über andere Kanäle ist noch vor der Medienberichterstattung bekannt geworden, dass es sich bei der tatverdächtigen Person wohl um einen syrischen Staatsangehörigen handeln dürfte, dessen Asylantrag als unzulässig abgelehnt worden ist.“ Die Überstellung nach Bulgarien sei aber „wegen Nichtanwesenheit in der ZUE“ gescheitert, wobei die Abkürzung für Zentrale Unterbringungseinrichtung steht und die zitierte Passage unterstrichen wurde.

Diese Hervorhebung deutet darauf hin, dass die politische Brisanz sofort klar zu sein schien: Ein abgelehnter Asylbewerber, der nicht mehr hier hätte sein dürfen, ist als Attentäter in Verdacht.

Zudem stößt man in der Mail noch auf eine vielsagende Passage: Es geht darum, dass die Zentralen Ausländerbehörden (ZAB) Zugang zu den Systemen der Anwesenheitserfassung in den zentralen Unterbringungen erhalten sollten. Dies dürfte „durch diesen Fall noch einmal eindringlich aufgezeigt worden sein“, heißt es. Dies könnte darauf hinweisen, dass Maßnahmen, die eine häufige Problematik des Untertauchens vor einer Abschiebung erschweren sollen, noch nicht umgesetzt waren.

Jedenfalls entstand ab diesem Moment eine große Dynamik hinter den Kulissen: SMS wurden verschickt, Telefonnummern gewählt, Gespräche geführt, zwischen Mitarbeitern des Fluchtministeriums und des Innenministeriums in NRW. Besonders auffällig für eine Alarmkette im Krisenfall: Wie oft Anrufe ins Leere gingen, weil die Angerufenen nicht reagierten. Eine Person blieb nach bisherigem Stand auf ihren beiden Handys unerreichbar: Josefine Paul. Es sind auch keine Nachrichten über SMS, Mails oder Messengerdienste von ihr bekannt. Einmal versuchte sie am Samstag, 24. August, um 20.57 Uhr, ihren Staatssekretär per Handy zu erreichen, vergeblich. NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU), der wesentlich früher erreichbar und unterrichtet war, schickte am Sonntagmorgen eine SMS an Paul: „Guten Morgen, wann kann ich Sie heute anrufen?“ Über Stunden keine Antwort.

Die Ministerin blieb zunächst komplett stumm in einer der größten Krisen der schwarz-grünen Landesregierung. Sie nahm ausweislich der bekannten Unterlagen erst am Sonntag, 25. August, um 14.19 Uhr an einer Telefonkonferenz ihres Ministeriums teil. Paul und ihr Ministerium verweisen darauf, dass sie sich am Wochenende zu einer Gedenkveranstaltung im französischen Maillé aufhielt, wo vor 80 Jahren deutsche SS- und Wehrmacht-Truppen ein Massaker an der Zivilbevölkerung verübt hatten. Paul hielt dort am Sonntag eine Rede und kehrte dann zurück.

In einem früheren Sachstandsbericht heißt es dazu: „Noch aus Maillé hat sie die zuständige Fachabteilung des MKJFGFI mit der Sachverhaltsaufklärung beauftragt und hat noch auf der Rückreise das Kabinett digital über erste Erkenntnisse informiert. Die Ministerin war während der gesamten Dienstreise erreichbar.“ Während der Gedenkveranstaltung habe ein Mitarbeiter in Begleitung „die nötige Korrespondenz, unter anderem auch mit dem Innenministerium“ übernommen. In der vergangenen Woche sagte eine Ministeriumssprecherin der Deutschen Presse-Agentur, Paul sei am Samstag mit den Gastgebern in einer französischen Gedenkstätte gewesen, am Sonntag habe die Zeremonie „keine Telefonate oder Ähnliches“ zugelassen. Pauls persönlicher Referent, damals ebenfalls in Frankreich, habe den Kontakt nach Düsseldorf gehalten und Paul „kontinuierlich auf dem Laufenden gehalten“.

Ein Befragungstermin vor dem Ausschuss könnte für weitere Aufklärung sorgen, doch es bleibt unklar, wann Paul in diesem Jahr kommen wird. Nächste Woche will sie mit Kabinettsmitgliedern vorstellen, wie weit das Sicherheitspaket umgesetzt wurde, das die schwarz-grüne Landesregierung nach dem Solinger Attentat angekündigt hat.

ANZEIGE



KOMMENTAR

Trumps Drohung diszipliniert

Die neuen Pläne der Nato konzentrieren sich erstmals seit dem Kalten Krieg wieder auf die kollektive Verteidigung. Mit seiner disruptiven Drohung hat der US-Präsident die Chance für einen „Neuen Transatlantischen Pakt“ geschaffen. Das Bündnis ist keine Wohlfühloase mehr

CHRISTOPH B. SCHILTZ



Man kann vieles kritisieren an US-Präsident Donald Trump, etwa sein erratisches Handeln und sein von „Deals“ und „Business“ dominiertes Denken. Auch seine Alleingänge, beispielsweise im Ukraine-Krieg, oder den generösen Umgang mit Putin – beides könnte im schlimmsten Fall dazu führen, dass sich die Machtachse und das Gleichgewicht der Kräfte in Europa zugunsten Russlands verschieben werden. Aber eines hat Trump erreicht: Die Europäer in der Nato sind endlich aufgewacht.

Seit Ende des Kalten Kriegs war für europäische Staaten das sogenannte transatlantische Band zwischen Amerika und Europa eine Wohlfühloase für Trittbrettfahrer: Amerika zahlt, Europa profitiert. Viele US-Präsidenten haben dagegen protestiert. Aber nur Trump hat es geschafft, die Lastenteilung zuungunsten Amerikas – zumindest formal – zu beenden: Die Nato wird auf dem Gipfel in Den Haag, der am Dienstag beginnt, das größte Aufrüstungsprogramm seit dem Kalten Krieg beschließen. Alle 32 Mitgliedsländer verpflichten sich, die Verteidigungsausgaben bis zum Jahr 2035 schrittweise auf fünf Prozent der Wirtschaftsleistung zu erhöhen. Dies könnte – so der frühere Drei-Sterne-General und langjährige enge Berater von Nato-Chef Jens Stoltenberg, Heinrich Brauss – Grundlage für einen „Neuen Transatlantischen Pakt“ werden. Es ist eine unglaubliche Chance für beide Seiten.

Dabei ist eine faire Lastenteilung die eine Seite der Medaille, eine effektive Arbeitsteilung die andere. Für Amerika ist der euro-atlantische Raum schon seit Jahren nicht mehr der Schwerpunkt („center of gravity“) seines Handels, sondern der Indopazifik. China ist aus Sicht Washingtons die größte Gefahr für die Sicherheit und den Wohlstand Amerikas. Für die Europäer ist dagegen Russland die größte Bedrohung. Das ist auf den ersten Blick eine fundamentale Differenz. Dabei hängt beides eng miteinander zusammen. Ohne den freien Warenverkehr im Südchinesischen Meer, den China massiv behindern kann (was es wahrscheinlich künftig auch anstrebt), wäre der Wohlstand in Europa erheblich beeinträchtigt. Gleichzeitig gilt: Es ist im strategischen Interesse der Vereinigten Staaten von Amerika, dass Europa ein freier Kontinent bleibt. Warum? Erstens: Die Achse von Gewalt und Unfreiheit, die von China über Iran und Nordkorea bis nach Russland führt, wird immer stärker. Wenn die USA die einzige Weltmacht bleiben wollen, muss Europa frei bleiben. Zweitens: Eine gut funktionierende Nachfrage aus Europa ist lebenswichtig für die Konjunktur in Amerika. Drittens: US-Truppen wollen Europa weiterhin als Basis nutzen, um von hier aus ihren Einfluss in der Mittelmeerregion und in Nordafrika geltend zu machen.

Eine zentrale Frage bleibt aber: Wie handlungswillig ist Europa? Man hat in diesen Tagen den Eindruck, dass zwar alle EU-Länder mitmachen bei dem formalen Bekenntnis, die Verteidigungsausgaben bis 2035 schrittweise auf fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu steigern – dass aber viele europäische Regierungen insgeheim hoffen, dass es in der Post-Trump-Zeit dazu am Ende nicht kommen wird. In nuce: Das Bekenntnis zu fünf Prozent kommt in den meisten Fällen nicht aus tiefer Überzeugung, sondern nur mit angezogener Handbremse.

> DIE NATO WAR SEIT 1990 EIN BÜNDNIS VON ‚FREE RIDERN‘, INFIZIERT VOM TRITTBRETTFAHRERSYNDROM

In vielen europäischen Ländern – auch in Deutschland, erst recht aber in Italien oder Spanien – fühlen sich die meisten Menschen nicht bedroht durch Moskau. Das erleichtert es den betreffenden Regierungen nicht, gigantische Summen für Verteidigung bereitzustellen. „Wir können die Gefahr nicht einfach hinwegträumen“, warnte Nato-Chef Mark Rutte kürzlich. Aber wer hat diesen eindringlichen Appell in Europa wirklich gehört? Viele gesellschaftliche und politische Milieus – in Deutschland ist dafür die SPD-Linke um Stegner & Co. repräsentativ – setzen lieber auf irgendein Arrangement mit Putins Russland. Das würde zwar das Selbstbestimmungsrecht ehemaliger Sowjet-Republiken wie der Ukraine, Georgien oder Moldawien massiv einschränken, aber den Europäern eine (trügerische) Ruhe verschaffen – und zudem auch noch kostengünstiger als die angeblich überdimensionierten Aufrüstungspläne sein. Sozialausgaben gegen Verteidigungsinvestitionen auszuspielen, wie es einige SPD-Politiker im Sarah-Wagenknecht-Duktus immer wieder tun, ist plumper Populismus und ein fieses Spiel.

Die neuen Verteidigungspläne der Nato und die sogenannten Fähigkeitsziele, die sich daraus ableiten und jetzt beim Den Haager Gipfel noch einmal bekräftigt werden, konzentrieren sich erstmalig seit dem Kalten Krieg wieder auf die kollektive Verteidigung – also auf die Bereitschaft, einem Mitgliedsland zu helfen, wenn es angegriffen wird. Basis ist der Leitsatz: Ein Angriff auf ein Land ist ein Angriff auf alle Länder. Seit Anfang der Neunzigerjahre hatten sich die Fähigkeitsziele an Interventionen außerhalb des Nato-Gebiets, wie dem Einsatz in Afghanistan, orientiert. Dabei wurden die letzten Fähigkeitsziele, die aus dem Jahr 2021 stammen und alle vier Jahre erneuert werden, laut Nato-Insidern nur zu 60 bis 80 Prozent erfüllt. Das ist beschämend. Die Nato hat kein Druckmittel dagegen.

Es bleibt dann nur noch die Drohung Trumps: Derjenige, der nicht ausreichend zahlt, wird auch nicht geschützt. Gemäß Nato-Logik ist das eine unerhört disruptive Drohung, ein unverschämter Akt der Desolidarisierung. Aber als Disziplinierungsinstrument ist das richtig. Die Nato war seit 1990 ein Bündnis von ‚Free Ridern‘, infiziert vom Trittbrettfahrersyndrom. Gerade aus deutscher Perspektive, geprägt durch die Nachkriegszeit, war Amerika immer der große Bruder, ein selbstverständlicher Partner, gütig, verständnisvoll und engagiert im Kampf für die Demokratie, der es am Ende schon richten wird. Diese naive Sichtweise ist atavistisch. Die Deutschen müssen lernen, damit umzugehen. Und es reicht dabei nicht, feierlich zu bekennen, Europa müsse mehr Verantwortung übernehmen. Es reicht auch nicht, immer wieder pathetisch zu verkünden, dass man die Rüstungsindustrie nun endlich europäisieren will. Leider sind, das zeigt auch die Vergangenheit, große Zweifel angebracht an der Verlässlichkeit der Europäer in der neuen Nato-Welt.

Das hat auch damit zu tun, dass bürgerliche Regierungen immer stärker unter den Druck von Populisten geraten. Orbán, Fico, Chrupalla & Co. – das sind die neuen Feinde der Nato von innen. Mit ihrer unsäglichen Russlandtümelei, ihren simplizistischen Parolen und ihren antibürgerlichen Programmen setzen rechtspopulistische Parteien – insofern sie noch nicht an der Macht sind – Regierungen der Mitte, wie in Deutschland oder Österreich, unter Druck. Das ist die eigentliche Herausforderung für Politiker wie Kanzler Friedrich Merz. Dieser Nato-Gipfel ist dagegen ein Klacks.

KOMMENTAR

Das Ende der Anonymität

JAKOB SCHIRRMACHER



Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) forderte kürzlich ein Social-Media-Verbot für unter 16-Jährige. Man müsse, so die Begründung, „die Jugend schützen“. Der Vorschlag erntete Widerspruch von Lehrerverbänden, Medienpädagogen und Datenschützern – zu pauschal, zu praxisfern, zu paternalistisch. Doch der eigentliche Skandal liegt woanders: Günthers Vorstoß wirkt wie eine mediale Debatte über etwas, das längst entschieden ist.

Die technische Umsetzung steht nämlich bereits in den Startlöchern. Noch im Juni bringt die EU-Kommission die Beta-Version einer Altersverifikations-App auf den Markt, wie netzpolitik.org bereits im April berichtete – leider, ohne in der breiteren Öffentlichkeit nennenswerte Resonanz auszulösen.

Entwickelt von T-Systems und dem schwedischen Unternehmen Scytáles, soll sie zunächst als freiwilliges Hilfsmittel für Plattformen dienen. Doch freiwillig ist hier ein relativer Begriff. Denn im Schatten des Digital Services Act (DSA) müssen Plattformbetreiber künftig nachweisen, dass sie Minderjährige besonders schützen – die App ist die naheliegendste Lösung. Wer sie nicht nutzt, riskiert juristische und politische Angriffsflächen.

Was auf den ersten Blick harmlos klingt – ein zusätzlicher Klick, ein QR-Code, ein Scan – ist in Wirklichkeit eine tief greifende Veränderung des digitalen Alltags. Denn die App funktioniert nur mit offizieller Ausweisdokumentation: Pass, eID, biometrischer Gesichtsscan. Einmal eingerichtet, generiert sie eine Art digitalen Altersausweis, verbunden mit einer pseudonymisierten Identifikationsnummer. Pseudonymisiert heißt aber nicht anonym.

Es heißt: rückverfolgbar. Plattformen sollen künftig erkennen, ob ein Nutzer volljährig ist, ohne dessen Namen zu erfahren. Doch wer einmal eine ID vergibt, schafft die Grundlage für Nachverfolgbarkeit. Und wer in Europa schon einmal ein Gesetz zu Datenschutz oder Überwachung auf dem Weg durch die Praxis verfolgt hat, weiß: Was heute freiwillig ist, ist morgen verpflichtend. Und was angeblich sicher ist, ist übermorgen Teil einer Vorratsdatenbank.

Noch brisanter: Die App soll später in die sogenannte „European Digital Identity Wallet“ übergehen, einer Art digitalem Personalausweis für alles. Führerschein, Gesundheitsdaten, Altersnachweis, alles in einer Anwendung. Der Zugriff aufs Netz wird dann zur Funktion einer staatlich regulierten Identitätsplattform. Der Zugriff auf soziale Medien, auf Porno-Seiten, auf politische Foren – all das könnte in Zukunft nur noch mit offizieller Legitimierung möglich sein. Die Frage ist also nicht mehr, ob es Altersverifikation braucht. Die Frage ist: Wer darf sich im Netz überhaupt noch frei bewegen?

Schon bei der Chatkontrolle hat die EU vorgemacht, wie man mit dem Verweis auf Kinderschutz Maßnahmen durchsetzt, die tief in Grundrechte eingreifen. Jetzt wiederholt sich das Muster: Niemand ist gegen den Schutz von Kindern. Wer den Kinderschutz als Hebel nutzt, um digitale Ausweispflichten einzuführen, offenbart vor allem eines: das politische Interesse an Kontrolle, nicht an Schutz. Auch Fachleute kritisieren den Vorstoß, auch wenn diese Kritik kaum mediale Beachtung fand. Der Chaos Computer Club, European Digital Rights, selbst das Fraunhofer-Institut warnen vor einem System, das Millionen Menschen ausschließen könnte.

Was hier entsteht, ist keine Jugendschutzlösung. Es ist ein Modell für das identifizierte Internet. Ein Raum, in dem Anonymität zur Ausnahme, Ausweispflicht zur Norm wird. Die große Umwälzung findet dabei fast geräuschlos statt.

> WER DEN KINDERSCHUTZ ALS HEBEL NUTZT, UM DIGITALE AUSWEISPFLICHTEN EINZUFÜHREN, OFFENBART VOR ALLEM EINES: DAS POLITISCHE INTERESSE AN KONTROLLE, NICHT AN SCHUTZ

KOMMENTAR

Der vergiftete Traum vom „Regime Change“

JOSEF JOFFE



Krieg beginnen, ist nicht schwer, Krieg gewinnen dagegen sehr. Erst recht, wenn das Ziel der Regimewechsel ist, der im Israel-Iran-Gefecht die Fantasie beflügelt. Der ist ein historisches Novum: Jahrhundertelang spielte diese feine Idee keine Rolle. Kaisern und Königen war es eigentlich egal, wer auf der anderen Seite auf dem Thron saß. Die Royals mussten nur kapitulieren, nicht demissionieren.

Erst im demokratischen Zeitalter ragt „Regime Change“ hervor – gemäß der Theorie, dass Demokratien grundsätzlich friedliebend seien. Weg mit den Despoten, und die Harmonie regiert. Woodrow Wilson zog im Ersten Weltkrieg gegen Wilhelm Zwo in den Krieg, „to make the world safe for democracy“. Bill Clinton: „Demokratien attackieren einander nicht.“ Heute zählen die Optimisten auf den Sturz der Mullahkratie im Iran. Dann wäre es endlich vorbei mit der Tyrannei, der Atomrüstung und dem Imperialismus, der seit dem Schah-Sturz 1979 die Nachbarn vom Golf bis zum Mittelmeer zittern lässt.

Drei nüchterne Fragen. Ist die Entmachtung der Schurken zu schaffen? Erblühen dann Rechtsstaat und Demokratie? Schließlich: Regiert hernach eitel Harmonie im Inneren wie im Äußeren? Real hat es nur zweimal geklappt, nämlich in Japan und Nazi-Deutschland nach 1945. Diese magere Bilanz heischt Erklärung. Dieses Wunder wurde nie wiederholt. Eine kurze Liste der Fehlschläge. Militär und CIA stürzten 1953 im Iran den Machtmenschen Mossadegh. Sie bekamen den jungen Schah, der sein Land noch härter in den Griff nahm. Im Irakkrieg 2003 beseitigte Amerika den Schlächter Saddam Hussein. Es erntete nicht Demokratie, sondern Zerfall, Bürgerkrieg und den mörderischen „Islamischen Staat“, der 2013 bis 2017 eine neue Intervention forderte. Seitdem ist der Iran der nicht-so-heimliche Oberherrscher.

2011 zerbombte eine westliche Koalition Libyen. Der Schreckensherrscher Gaddafi wurde von Aufständischen umgebracht, aber der Staat ist seitdem auch dahin – das Opfer rivalisierender Milizen. Afghanistan? Amerika und Verbündete bezwangen die totalitären Taliban. Nach zwanzig Jahren gaben die Reformingenieure auf – und die repressiven Gotteskämpfer waren wieder da.

Warum diese Minus-Bilanz? Ungewollt sind die Heilsbringer schuld, die das alte Regime zertrümmerten und den Freiheitsfeinden neue Chancen boten. Irak, wo die USA 2003 Armee und Bürokratie auflösten, ist ein Musterbeispiel. Sie schufen so ein Vakuum, das die Gewaltbereiten anzog. Wo die Institutionen zerschlagen werden, entbrennt der Machtkampf. Freie Wahlen kommen gegen hoch motivierte, gut gerüstete Kräfte nicht an. Sodann fehlt den Besatzern die Legitimität, deshalb können die Aufständischen den Nationalismus gegen die neuen Herren und deren „Marionetten“ schüren.

Anders als in Deutschland und Japan fehlte in allen späteren Eingriffen ethnische Homogenität, das einende Wir. Nimm den Deckel der Unterdrückung vom Topf, und der kocht er über. Die Völker, Stämme und Sekten wollen ausbrechen, ihren eigenen Staat haben. Im Binnenkrieg sind Demokraten nie die Sieger. Das zeigt Libyen seit Gaddafis Ende. Es gehört Warlords, die keine Freiheitsapostel sind. Die gute Absicht gerät zum Fluch, zum Nachrücken neuer Tyrannen. Daraus folgt ein Eisernes Gesetz: Wer reingeht, muss bleiben. Das erfordert Durchhalten ohne Abzugsdatum. Wofür, wenn es nicht um Realpolitisches geht? Das war schon so in den Dekolonisationskriegen. Unvergessen der Spruch Ho Chi Minhs, der die Franzosen aus Vietnam vertrieb: „Ihr könnt zehn von uns töten und wir nur einen von euch. Dennoch werden wir gewinnen.“ Denn: Wir bleiben, ihr nicht. Wie die Amerikaner, die 1975 aus Südvietnam flüchteten.

Regimeerhalt wie in Saigon ist der Bruder des Regimewechsels. Beide geben kein vitales Ziel her, das die endlosen Kosten lohnt. Anders als die Einheimischen können sich die Eindringlinge wieder trollen; sie verlieren bloß das Gesicht, nichts Existenzielles. Auch im heutigen Iran wäre Regime Change kein realistisches Geschäftsmodell im Vergleich zu handfesten strategischen Interessen. Für Israel ist der Iran eine existenzielle Gefahr. Folglich wird es eigene Opfer verkraften, um den Angstgegner zu schlagen und sein Atompotenzial zu demontieren. Aber Israels Armee als Demokratie-Lehrer in Teheran? Eine Chimäre.

Als Krieger genießt Israel den stillen Zuspruch der Europäer und Araber. Kanzler Merz gibt sogar zu: „Das ist die Drecksarbeit, die Israel für uns alle macht.“ Und: „Wir haben es hier mit einem Terrorregime zu tun.“ Gut, wenn das Regime fiele. Her mit einem neuen. Aber wer lädt sich die endlose erzieherische „Drecksarbeit“ auf. Bestimmt nicht die friedensbewegten Deutschen – auch nicht Paris, London oder Washington, die das Kriegshandwerk nicht verlernt haben, aber ihre Kräfte für ihre harten Interessen aufheben wollen.

Der Iran wäre der härteste Brocken. Beginnen wir mit seiner jahrtausendealten Geschichte. Die Freiheit konnte im Reich der Xerxes und Darius nie Wurzeln schlagen. Der iranische Oxford-Historiker Homa Katouzian resümiert: Es gab „keine Rechte außerhalb des Staates“, die Herrschaft ruhte auf der totalen Macht. Nicht anders in der heutigen „Islamischen Republik“. Zweites Warnsignal: Wie anderswo in Nahost außer Ägypten ist der Iran kein Nationalstaat, sondern ein Völkergemisch: Perser, Kurden, Azeri, Araber, Balutschen und so weiter. Es ist „Balkanistan“, so der US-iranische Autor Sohrab Ahmari. Es fehlt die nationale Solidarität, die den Staat zusammenhält. Zerbricht der, ergreifen die Ethnien ihre Chance, um in den Trümmern eigene Gebilde aufzubauen, die nicht der Demokratie dienen. Wer Macht gewaltsam erringt, gibt die nicht wieder her.

Drittens zieht der Aufruhr Gewaltherrscher von außen an. Wie den irakischen Killer Saddam Hussein, der in den Revolutionswirren nach der Mullah-Machtergreifung 1979 den Iran zu zerlegen suchte. Dennoch brachte das keinen Gewinn für die inneren Feinde. Selbst mitten im existenziellen Achtjährigen Krieg (1980 bis 1988) nahm der „Höchste Führer“ Ayatollah Khomeini die Opposition ins Visier; nach dem Patt zerschlug er sie grausam. Heute gibt es keine mehr. Deren letzter Versuch im „Persischer Frühling“ 2009 starb in der Repression.

Wer also heute den Regimewechsel von außen predigt, fände keine Verbündeten in Mullah-Land. Wem Macht zuteilen, um dem Iran auf die Beine zu helfen und die Demokratie zu installieren? Folglich müssten die Invasoren bleiben und bleiben. Wie gut das funktioniert, zeigt die vergebliche Liebesmüh der Amerikaner im Irak nach 2003 und in Afghanistan nach dem Einmarsch 2001.

Dann soll doch Persien zersplittern. Hauptsache, das fürchterliche Regime ist weg, das die eigenen Leute terrorisiert und die Nachbarn kujoniert. Eine Milchmädchenrechnung: Wo der Staat enthauptet wird, geschieht zweierlei. Einmal der Kampf aller gegen alle, in dem die Brutalsten und Bestgerüsteten obsiegen, nicht die lieben Liberalen. Dann erneut intervenieren? Zum zweiten: Der Iran mitsamt Ölreichtum und seiner strategischen Position in der Straße von Hormus (durch die 30 Prozent des Ölhandels fließen) wird zum Spielball der Mächte, der Russen, Chinesen und Saudis anlockt – keine Demokratie-Freunde.

Der Philosoph Karl Popper doziert: „Jede Lösung eines Problems schafft neue“, gar schlimmere. Das ist die Lehre aus allen gescheiterten Interventionen seit den gelungenen Experimenten in Deutschland und Japan nach 1945. Deren Bedingungen lassen sich nicht duplizieren. Wer die Fehlschläge von gestern beherzigt, weiß: Moralisches Wollen setzt praktisches Können voraus. Eine Wette: Der Eingriff einer Besatzungsmacht ist so wahrscheinlich wie die Morgenröte im Westen.

LICHTBLICKE

Der erstaunliche Fortschritt im Kampf gegen Kindersterblichkeit

AXEL BOJANOWSKI



Fast alle Eltern mussten mitansehen, wie eines oder gar mehrere ihrer Kinder früh aus dem Leben schieden. Während des größten Teils der Geschichte starb etwa jedes zweite Kind, bevor es das 15. Lebensjahr erreichte. Demografen schätzen, dass in vormodernen Gesellschaften fast jedes dritte Baby noch vor seinem ersten Geburtstag starb; die meisten an Infektionskrankheiten und Unterernährung.

Im 19. Jahrhundert bekam eine Frau in Deutschland durchschnittlich fünf Kinder, von denen in der ersten Jahrhunderthälfte jedes zweite starb, bevor es fünf Jahre alt wurde; in der zweiten Jahrhunderthälfte etwa jedes dritte. Der Rückgang der Kindersterblichkeit seither ist eine der größten Erfolgsgeschichten der Menschheit. Seit Langem liegt die Kindersterblichkeit in wohlhabenden Ländern bereits unter einem Prozent. Jetzt melden Datenforscher weiteren Fortschritt: In den vergangenen 30 Jahren habe sich die Kindersterblichkeit in wohlhabenden Ländern nochmals halbiert, in ärmeren Staaten sei der Rückgang sogar noch stärker verlaufen, berichtet Hannah Ritchie von „Our World in Data“.

Noch 1990 starb in Äthiopien wie in vielen ärmeren Ländern jedes fünfte Neugeborene vor seinem fünften Lebensjahr. Aber in den vergangenen 30 Jahren ist dort die Kindersterblichkeit von 20 auf fünf Prozent gesunken. Ähnlich war der Verlauf in Gambia, Afghanistan und anderen Staaten. In wohlhabenden Ländern ist der Fortschritt auf den ersten Blick schwierig zu identifizieren, weil die Sterblichkeit schon vor 30 Jahren unter einem Prozent lag. Die Analyse von „Our World in Data“ aber offenbart die erstaunliche Entwicklung: Auch wohlhabendere Staaten haben ihre Kindersterblichkeitsraten seit 1990 mindestens halbiert.

„Selbst in Japan, einem der sichersten Länder bei Geburten, ist die Kindersterblichkeit seither um fast zwei Drittel gesunken“, schreibt Ritchie. Die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder sterben, sei also weitaus geringer als noch 1990. „Länder in der Europäischen Union, Japan, Südkorea, Großbritannien und andere haben die Kindheit in meinen eigenen 30 Lebensjahren viel sicherer gemacht“, schwärmt die Forscherin. Ein Fortschritt, der kaum je in den Nachrichten kommt. „Bevor ich diese Daten studiert habe, hätte ich wahrscheinlich nicht gedacht, dass wenn ich heute ein Baby hätte, es weniger als halb so hoch wäre, in der Kindheit zu sterben wie ich“, staunt Ritchie.

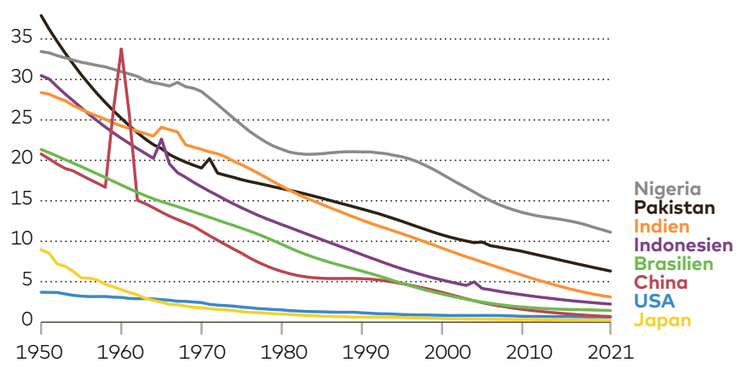
Ursachen seien Fortschritte verbesserte Behandlungen, die von Wissenschaftlern entwickelt wurden, engagierte Betreuung durch Ärzte, Hebammen und Krankenschwestern, von Regierungen entwickelte Gesundheitspolitiken und die Entscheidungen der Eltern haben die Situation für Kinder selbst in den vermögendsten Ländern der Welt viel sicherer gemacht. Seit dem 19. Jahrhundert konnte Kindersterblichkeit zurückgedrängt werden, weil Familien von fortschrittlicher Medizin, moderner Hygiene und Ernährung und von höheren Einkommen und besserer Bildung profitieren. Auch standardisierte Impfungen im Kindesalter senken die Kindersterblichkeit erheblich. Davon profitieren heute auch ärmere Länder, wo die Entwicklung häufig sogar schneller verlief, weil die Nachzügler von dem lernen, was anderswo funktioniert hat.

1950 war die Kindersterblichkeit im weltweiten Durchschnitt bereits auf etwa ein Viertel gesunken. Heute liegt sie weltweit bei etwa vier Prozent. Dennoch wären auch die meisten dieser Todesfälle vermeidbar: Sie werden durch Unterernährung, Sepsis, Fehlern bei der Geburt oder durch Infektionskrankheiten wie Lungenentzündung, Durchfallerkrankungen, Malaria und Aids verursacht. Einfache Verbesserungen wie das Waschen der Hände mit Seife, höhere Wasserqualität und bessere Abwasserentsorgung haben gezeigt, dass das Risiko von Magen-Darm-Infektionen um die Hälfte reduziert werden kann. Zudem würde der Zugang zu sauberem Wasser, Rotavirus-Impfstoffe und bessere Ernährung die Kindersterblichkeit senken, mahnt die Weltgesundheitsorganisation WHO.

Noch immer sei die Kindersterblichkeit in den wohlhabenden Ländern kein „gelöstes Problem“, betont Hannah Ritchie. Weiterhin sterben etwa in den USA jährlich rund 23.000 Kinder – rund 50 Mal mehr als Menschen, die dort bei Naturkatastrophen ums Leben kommen. 16.000 Kinder sterben täglich weltweit, jedes Jahr sind es 5,9 Millionen, also elf Kinder pro Minute. 4,4 Prozent aller Menschen werden keine 15 Jahre alt. Doch die Welt war selbst vor 35 Jahren noch weitaus grausamer. 1990 lag die weltweite Kindersterblichkeit bei 9,3 Prozent. Der Datenforscher Max Roser von „Our World in Data“ hat ausgerechnet, wie viele Kinder zusätzlich gestorben wären, sofern die Sterblichkeitsrate seither konstant geblieben wäre. Mehr als zwölf Millionen Kinder wären jedes Jahr gestorben.Dank der Fortschritte seit 1990, sagt Roser, leben also heute 132 Millionen Menschen, die früher gestorben wären.

Kindersterblichkeitsrate 1950 bis 2021

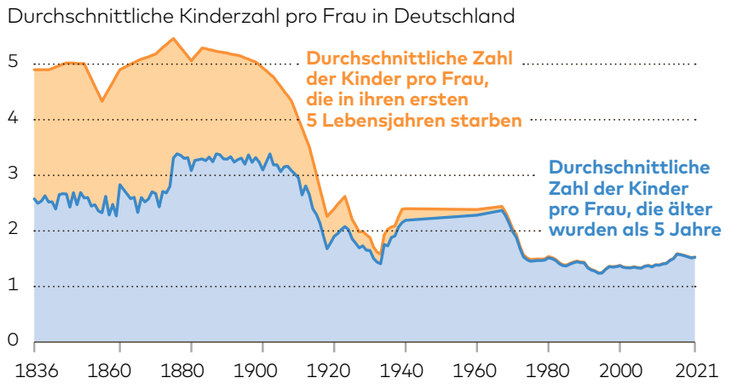
Anteil der Kinder, die vor ihrem 5. Geburtstag starben, in Prozent



Quelle: Our World in Data/UN, Gapminder; United Nations, World Population Prospects (2022) WELT

Kinder pro Frau, die überlebten, im Vergleich zu Kindern, die starben

Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau in Deutschland



Quelle: Our World in Data/UN, Gapminder WELT



CENTER FOR WHALE RESEARCH/NMFS/N

Gepflegte Wale

Affen lausen sich gegenseitig, Vögel putzen das Gefieder von Artgenossen - und Orcas? Auch die Schwertwale betreiben nach Forscherannahmen gegenseitige Körperpflege. Und nicht nur das: Die Tiere basteln aus dem schlauchartigen, meterlangen Stiel der Braunalge Bull Kelp ein entsprechendes Werkzeug, wie ein Team im Fachmagazin „Current Biology“ berichtet. „Es ist das erste Mal, dass Werkzeuggebrauch in dieser Form bei Meeressäugern beobachtet wurde“, schreibt die Gruppe um Michael Weiss vom Center for Whale Research in Friday Harbor (US-Staat Washington). Bislang war lediglich bekannt, dass Orcas und andere Walarten Seetang – zu dem Braunalgen zählen – für sich selbst nutzen, etwa zum Spielen, zur Hautpflege oder um Parasiten loszuwerden.

Kinder am Handy und die „Epidemie der Kurzsichtigkeit“

Schon Dreijährige werden täglich vor Smartphone- oder Tablet-Bildschirme gesetzt. Das kann die Sehkraft der Kleinen lebenslang beeinträchtigen, warnen Mediziner

Die Dosis macht das Gift – das gilt auch für den Zusammenhang zwischen Bildschirmzeit und Kurzsichtigkeit. Bis zu etwa einer Stunde pro Tag steige das Risiko zufolge kaum, sagt Norbert Pfeiffer, Direktor der Augenklinik der Universitätsmedizin Mainz, unter Verweis auf eine kürzlich vorgestellte Übersichtsstudie. Danach bedeute jede weitere Stunde ein deutliches Risikoplus von jeweils etwa 20 Prozent.

Ab etwa fünf Stunden Bildschirmzeit flache die Kurve ab, das Risiko, kurzsichtig zu werden, steige dann offenbar nur noch allmählich weiter. Einbezogen wurde die Zeit an Smartphone, Tablet, Spielkonsole, Computer und Fernseher.

Bei Kurzsichtigkeit, auch Myopie genannt, werden entfernte Objekte unscharf wahrgenommen. Während die Lebenserwartung und auch die Fitness Älterer in vielen Ländern zunehmen, hat sich die Sehkraft ganzer Gesellschaften in den vergangenen Jahrzehnten mit schier unglaublicher Geschwindigkeit verschlechtert. Und mit der Verbreitung von Smartphones drohe sich die Myopie-Welle noch einmal höher aufzutürmen, warnt Pfeiffer, Vorstandsmitglied der Stiftung Auge.

Die im Fachjournal „Jama Network Open“ vorgestellte Analyse hatte 45 Studien aus den vergangenen Jahren mit insgesamt mehr als 330.000 Teilnehmenden unterschiedlichen Alters einbezogen. Einschränkend geben die Autoren zu bedenken, dass andere Nahseh-Aktivitäten wie Lesen oder Schreiben – die ebenfalls zum Myopierisiko beitragen – nicht berücksichtigt wurden. In vielen asiatischen Regionen sei die Zahl kurzsichtiger Menschen bereits vor der weitverbreiteten Nutzung digitaler Geräte hoch gewesen. Um das Risiko für Kurzsichtigkeit zu senken, sollten wahrscheinlich alle Naharbeit-Aktivitäten minimiert werden, erklärt das Team um Young Kook Kim vom National University College of Medicine in Seoul. Pfeiffer zufolge ist jeweils der Abstand zum Auge entscheidend. Und auch hier gebe es eine Dosis-Wirkungs-Beziehung: „Jeder Zentimeter näher dran erhöht das Risiko stärker.“

Daher sei wahrscheinlich, dass die Zeit vor den winzigen Bildschirmen von Smartphones, die oft 20 Zentimeter oder näher vor den Augen gehalten würden, den weitaus größten Einfluss habe. „Beim Buch sind es meist eher 30, 40 Zentimeter – zudem lesen viele Kinder kaum noch Bücher.“ Der meist mehrere Meter entfernte Fernseher wiederum stelle vermutlich kein großes Problem dar, auch beim Computerbildschirm sei der Abstand mit etwa 60 Zentimetern vergleichsweise groß. Die Entwicklung gewinnt an Brisanz, wenn man sich klarmacht, wie sehr sich die Kindheit verändert hat und weiter verändert: Vor Jahren steckten Kinder frühestens mit etwa sieben Jahren die Nase für längere Zeit in Bücher, sobald sie flüssig lesen konnten. Heute sieht man in Alltagssituationen – im Bus oder beim Umhergefahrenwerden im Buggy – schon Zwei- bis Dreijährige gebannt aufs Smartphone starren, die mit Trickfilmkost in Endlosschleife ruhig gehalten werden. „Je früher sich das Auge anzupassen beginnt, desto größer ist der Effekt am Ende“, sagt Pfeiffer. „Wir bekommen es mit einer Epidemie der Kurzsichtigkeit zu tun“, befürchtet er.

Die Bildschirmzeit steige rasant, auch schon bei jungen Kindern, warnten Experten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erst kürzlich. Demnach verbringen zum Beispiel Sieben- bis Zwölfjährige in Frankreich bereits mehr als zwei Stunden täglich am Bildschirm. In Deutschland besitzen mehr als die Hälfte der Zehnjährigen ein eigenes Smartphone; mit 15 haben fast alle ein Gerät und kommen im Mittel auf fast sieben Stunden Bildschirmzeit pro Tag. Zahlen dazu, wie viele junge Menschen hierzulande inzwischen kurzsichtig sind, gebe es nicht, sagt der Mainzer Augenmediziner Pfeiffer. „Es würde mich nicht wundern, wenn es bei den 10-Jährigen schon etwa 40 Prozent wären.“ In Südkorea zeigen Untersuchungen bei Rekruten demnach, dass über 96 Prozent, also fast alle, kurzsichtig sind. Ähnliche Daten gibt es aus China und Taiwan. Generell sei das Problem in asiatischen Ländern größer – unter anderem wegen der oft wesentlich längeren täglichen Lernzeiten.

„Unser Sehsystem ist für die Ferne geschaffen“, erklärt Pfeiffer. Zehntausende Jahre lang spähte der Mensch damit vor allem nach Bedrohungen und Beute. Anstrengen musste sich das Auge nur, wenn etwas von Nahem betrachtet wurde. Darauf, dass wir plötzlich alle Stubenhocker werden und über Stunden auf winzige Bildschirme starren, war die Evolution schlichtweg nicht eingestellt. „Nahsehen beginnt ab etwa fünf Metern“, sagt Pfeiffer. Je näher das Objekt, desto stärker zieht sich der sogenannte Ziliarmuskel zusammen, die Form der elastischen Linse verändert sich. Dadurch bleibt das Bild auf der Netzhaut auch im Nahbereich scharf. Ständiges Nahsehen führt jedoch zu einer Anpassungsreaktion, mit der das Auge die energieaufwendige Muskelarbeit verringert: Der Augapfel wächst in die Länge, der Brennpunkt des Auges liegt in der Folge vor der Netzhaut. Nahe Objekte werden dadurch schon mit weniger Muskelarbeit scharf gesehen, entfernte Objekte aber unscharf.

Was wie ein Fehler wirkt, ist eigentlich nur ein Beweis für die enorme Anpassungsfähigkeit des Hochleistungsorgans. „Eigentlich ist das ein ganz vernünftiger Prozess“, betont Pfeiffer. „Ähnlich sinnvoll wie die Bildung von Hornhaut an stark beanspruchten Körperteilen.“ Allerdings gibt es ein großes Aber: Augenkrankheiten wie Linsentrübung, das potenziell zu Erblindung führende Glaukom, die Netzhautablösung und die Makula-Degeneration seien bei Kurzsichtigen häufiger und entstünden wahrscheinlich auch früher. „Außerdem ist das Risiko für Unfälle erhöht.“ Auch hier gilt eine klare Dosis-Wirkung-Beziehung, wie der Mediziner erklärt: Je kurzsichtiger jemand ist, desto größer sind die Risiken.

Die Krux ist: Umkehren lässt sich Kurzsichtigkeit nicht. Brille oder Kontaktlinsen gleichen nur die bestehende Fehlsichtigkeit aus, beeinflussen aber nicht ihre weitere Entwicklung, wie Pfeiffer erklärt. Und es gebe auch keine leicht nutzbaren medikamentösen Wundermittel. Atropin-Tropfen – die in Asien großflächig eingesetzt werden – vermindern demnach die Kurzsichtigkeit zwar zeitweise, haben aber starke Nebenwirkungen und lassen Kinder im Hellen schlechter sehen und lesen. Ähnliche Probleme gebe es bei speziellen Brillengläsern.

Eltern hätten also auch mit Blick auf die lebenslange Sehfähigkeit ihrer Kinder allen Grund dazu, ihren Nachwuchs von langen Smartphone-Zeiten abzuhalten, betont der Mainzer Experte. Am besten sollten sie ihn nach draußen schicken – denn ein ganz natürliches Wundermittel gegen Kurzsichtigkeit gibt es dann doch: möglichst viel Draußenzeit. Studien zeigten mehrfach, dass Kinder weniger kurzsichtig werden, wenn sie viel an der frischen Luft herumtollen. Woran das genau liegt, sei nicht im Detail klar, sagt Pfeiffer. Helles Licht hemmt, wahrscheinlich über den Botenstoff Dopamin, das Augenwachstum, wie Analysen zeigten. Anteil habe vermutlich auch, dass draußen mehr Dinge in mehr als fünf Metern Abstand angeschaut werden – und nicht zuletzt die Bewegung an sich, die sich auch auf etliche andere Bereiche des Körpers positiv auswirkt. „Mindestens zwei Stunden Draußenzeit täglich halten die Entwicklung von Kurzsichtigkeit jedenfalls auf“, so Pfeiffer.

Der Effekt erkläre mit, warum gerade Asien so stark von Myopie betroffen sei. Zwei Stunden draußen – darauf kämen viele Menschen etwa in Singapur höchstens in der Woche, weil fast das gesamte Alltags- und Freizeitleben in Gebäuden stattfinde. Hierzulande sei die Situation unter anderem dank des hohen Stellenwerts von Spielplätzen zumindest bei kleinen Kindern noch eine andere. Doch auch in dieser Altersgruppe steigen die Medienzeiten. Den Autoren der Übersichtsarbeit zufolge könnte bis 2050 fast die Hälfte der Weltbevölkerung kurzsichtig sein. Der Anstieg gehe mit einem früheren Beginn, einem schnelleren Fortschreiten und einer stärkeren Myopie einher. Zudem sei mit einem Anstieg myopiebedingter, das Sehvermögen bedrohender Erkrankungen zu rechnen.

„Man sollte mehr auf das hören, was schon die Omas immer gesagt haben“, rät Pfeiffer: Kinder müssen an die frische Luft. „Damit sinkt dann auch gleich das Risiko für Übergewicht und daraus resultierende Erkrankungen, und das Kind hat mehr Sozialkontakte.“ Die Empfehlung, für ein lebenslang gutes Sehvermögen das Handy öfter wegzulegen und herauszugehen, gilt übrigens nicht nur für Kinder. Denn, so Pfeiffer: „Das Augenwachstum ist erst mit etwa 25 Jahren abgeschlossen.“ dpa/rc

BÖRSEN-WELT:

DAX 23228,99



Dow Jones 42259,82



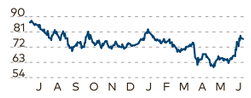
Euro in $ 1,1485



Gold $ / Feinunze 3379,28



Rohöl $ / Barrel 76,86



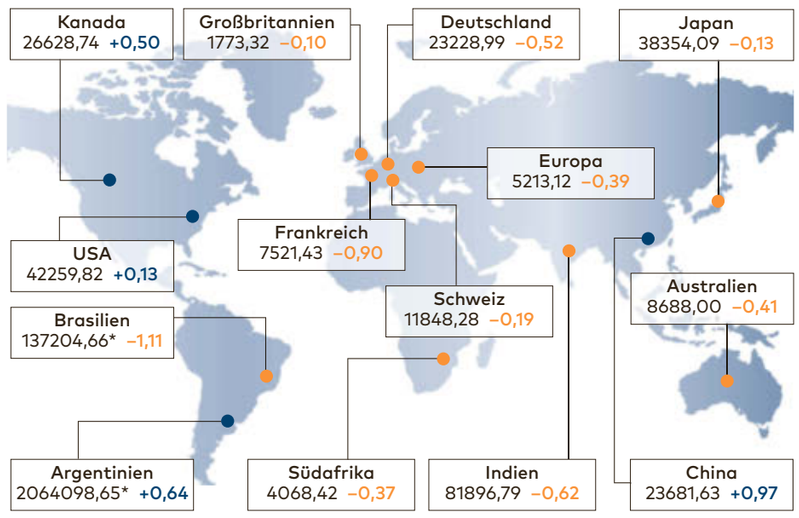
Bund-Future 131,11



DAX

23.06. (15:40 Uhr)	Kurs in €	Veränderung Vortag in %	Tief	12 Monate Vergleich	Hoch	Marktk. Mrd. €	Div. in €	Div. Rend.	KGV 2024
Adidas	195,90	+0,3	175,3		263,8	35,26	2,00	1,02	55,65
Airbus SE	165,82	–1,0	124,7		177,4	131,38	3,00	1,81	31,11
Allianz SE	336,70	–1,0	238,3		378,5	130,02	15,40	4,57	13,69
BASF SE	41,22	–0,6	37,40		55,06	36,79	2,25	5,46	11,91
Bayer	26,33	–1,3	18,38		31,03	25,86	0,11	0,42	13,86
Beiersdorf	107,50	+0,9	105,4		143,2	26,66	1,00	0,93	24,43
BMW St.	71,76	–0,3	62,96		92,38	41,61	4,30	5,99	5,13
Brenntag SE	56,36	–2,1	51,70		68,92	8,14	2,10	3,73	11,94
Commerzbank	27,86	–1,5	12,12		28,84	33,00	0,65	2,33	15,06
Continental	74,26	+0,2	51,02		78,68	14,85	2,50	3,37	12,00
Daimler Tr.	37,17	–1,0	29,61		45,33	29,43	1,90	5,11	8,66
Dt. Bank	23,89	–0,5	12,27		25,65	46,53	0,68	2,85	15,92
Dt. Börse	273,60	+0,6	176,3		294,3	51,52	4,00	1,46	26,38
Dt. Post	40,08	–1,3	30,96		44,27	48,10	1,85	4,62	14,06
Dt. Telekom	30,86	+1,2	23,09		35,91	153,88	0,90	2,92	16,86
E.ON SE	15,73	+1,0	10,44		15,85	41,55	0,55	3,50	14,30
Fres. M.C.	46,75	+0,6	32,51		54,02	13,72	1,44	3,08	19,89
Fresenius SE	41,86	–0,4	27,85		44,40	19,17	1,00	2,39	22,15
Hann. Rück SE	266,00	–0,8	208,9		292,6	32,08	9,00	3,38	13,75
Heidelb. Mat.	178,80	+0,7	85,60		191,1	31,90	3,30	1,85	16,04
Henkel Vz.	66,36	+0,5	65,54		88,50	11,82	2,04	3,07	12,43
Infineon Tech.	34,54	+0,9	23,17		39,43	45,10	0,35	1,01	18,18
Mercedes Benz	48,39	–0,5	45,60		66,28	46,59	4,30	8,89	4,15
Merck	110,10	–0,2	108,1		177,0	14,23	2,20	2,00	12,36
MTU Aero	368,50	–1,2	210,8		376,0	19,83	2,20	0,60	28,41
Münch. Rück	550,00	–2,6	421,7		615,8	71,85	20,00	3,64	11,88
Porsche	40,85	–0,8	40,43		76,14	18,61	2,31	5,65	9,08
Porsche Ho. SE	33,05	–0,6	30,46		43,68	5,06	1,91	5,78	2,16
Qiagen	40,53	–0,1	34,24		47,36	9,01	0,22	0,54	18,85
Rheinmetall	1719,50	–2,2	437,5		1944,0	74,90	8,10	0,47	79,06
RWE	36,02	+2,3	27,76		36,02	26,79	1,10	3,05	13,10
SAP SE	249,45	–0,7	176,7		283,5	306,45	2,35	0,94	55,93
Sartorius Vz.	210,20	–1,8	166,1		292,0	7,87	0,74	0,35	51,02
Siem.Energy	87,14	–0,3	22,06		89,52	69,65	–	–	–
Siem.Health.	46,58	+0,8	41,21		58,48	52,54	0,95	2,04	21,08
Siemens	208,00	–0,6	150,7		244,9	166,40	5,20	2,50	19,90
Symrise	95,98	–0,1	88,56		125,0	13,42	1,20	1,25	29,53
Vonovia SE	30,02	–0,4	24,03		33,93	24,70	1,22	4,06	15,01
VW Vz.	86,92	–0,4	78,86		114,2	17,92	6,36	7,32	3,14
Zalando SE	26,25	–1,3	20,90		40,08	6,93	–	–	31,25

INDIZES



Stand: 23.6., 15:40 Uhr Veränderungen sind zum Vortag und in Prozent.
* = Preis vom Vortag oder letzt verfügbar. Alle Angaben ohne Gewähr. Quelle Infront

Der schwindelerregende Haushalt von Schwarz-Rot

Die Finanzplanung sieht bis zum Jahr 2029 neue Schulden in Höhe von 846,9 Milliarden Euro vor. Das Kabinett will den Entwurf diese Woche absegnen

Es ist eine schwindelerregende Zahl: Die schwarz-rote Bundesregierung plant bis zum Jahr 2029 mit zusätzlichen Schulden in Höhe von 846,9 Milliarden Euro. Das geht aus der Haushaltsplanung für dieses und die nächsten Jahre hervor, die Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) am Dienstag vom Bundeskabinett absegnen lassen will. Die Zahl zeigt erstmals schwarz auf weiß, welche gewaltigen Verschuldungsspielräume sich durch die im März eiligst beschlossenen Grundgesetzänderungen ergeben.

VON KARSTEN SEIBEL

Gemeint sind neben dem neuen Schuldentopf für Infrastruktur und Klimaschutz die Ausnahme von der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben. Alle Vorgängerregierungen zusammen häuften bis heute Schulden des Bundes in Höhe von 1715 Milliarden Euro an – Schwarz-Rot will innerhalb von fünf Jahren noch einmal 50 Prozent obendrauf packen. Im Bundesfinanzministerium hält man diesen gewaltigen Sprung angesichts des „herausfordernden sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Umfeldes“ für geboten. Deutschlands Sicherheit sei bedroht, der Investitionsbedarf in die Infrastruktur angesichts der anhaltenden Wachstumsschwäche der Wirtschaft unerlässlich. „Wir ermöglichen dadurch einen Modernisierungsschub“, sagte ein Regierungsmitglied. „Damit unsere Wirtschaft wieder wächst, dafür nehmen wir Geld in die Hand.“ Es werde darauf geachtet, dass die Mittel effizient ausgegeben würden.

> ERSTMALS ÜBERSTEIGEN DIE AUSGABEN IM KERNHAUSHALT DIE MARKE VON 500 MILLIARDEN EURO

Zudem, auch darauf legt man zur Rechtfertigung der gewaltigen Neuverschuldung wert, gingen die hohen Ausgaben in den kommenden Jahren mit Strukturreformen einher, weniger Bürokratie, schnelleren Verfahren und Entlastungen der Bürger und Unternehmen. Damit versucht man auch dem Vorwurf zu begegnen, dass zu den Motiven der Grundgesetzänderungen nicht nur gehört, mehr Mittel für Straßen, Schienen und die Bundeswehr zur Verfügung zu haben, sondern auch um Lücken im Bundeshaushalt zu schließen, ohne etwa an die Sozialausgaben zu gehen. Mehr noch: Die geschaffenen Finanzierungsfreiräume sollen zudem für unter Ökonomen umstrittene Ausgaben wie die höhere Pendlerpauschale, den reduzierten Mehrwertsteuersatz auf Speisen in der Gastronomie und die Ausweitung der Mütterrente genutzt werden.

Erstmals übersteigen die Ausgaben im Kernhaushalt dadurch die 500-Milliarden-Euro-Marke. Die Ausgaben sollen sich über die Jahre von 503 Milliarden Euro in diesem Jahr bis auf 573,8 Milliarden Euro im Jahr 2029 erhöhen. 2024 beliefen sich die Ausgaben des Bundes auf 474,2 Milliarden Euro. Hinzu kommen die neben dem eigentlichen Haushalt laufenden Sonderausgaben für Verteidigung und Infrastruktur. Die zusätzlichen Ausgaben für Verteidigung, aber auch Zivil- und Bevölkerungsschutz, Nachrichtendienste, IT-Sicherheit und Ukraine-Hilfen, die sich durch die Grundgesetzänderung ergeben, sollen sich in diesem Jahr auf 32,1 Milliarden Euro belaufen und schrittweise bis auf 121,2 Milliarden Euro im Jahr 2029 anwachsen.

Diese Ausgaben außerhalb der Vorgaben der Schuldenbremse sollen dazu beitragen, dass Deutschland das neue Nato-Ziel von 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung bereits im Jahr 2029 erreicht. Für dieses Jahr ist eine Quote von 2,4 Prozent geplant. Die Infrastrukturinvestitionen sollen sich durch den neuen Sondertopf in diesem Jahr um rund 27 Milliarden Euro erhöhen, im kommenden um 48 Milliarden Euro. Insgesamt will die Regierung bis 2029 bereits rund die Hälfte jener 300 Milliarden Euro ausgeben, über die alleine der Bund für seine Zwecke verfügen kann. Weitere 100 Milliarden Euro an Schulden nimmt der Bund für die Länder auf, weitere 100 Milliarden sollen in den kommenden zwölf Jahren in den Klima- und Transformationsfonds fließen. Der Bundeshaushalt für 2025 und die mittelfristige Finanzplanung gehen jetzt in den Bundestag. Dort sollen sie im September beschlossen werden, womit die vorläufige Haushaltsführung nach dem Ampel-Bruch endet. Im November vergangenen Jahres war die Koalition aus SPD, Grünen und FDP nicht zuletzt daran gescheitert, dass man sich nicht auf einen Bundeshaushalt einigen konnte.

Bundeskanzler Olaf Scholz drängte damals darauf, die Schuldenbremse wegen des Ukraine-Krieges auszusetzen, um so Platz im Bundeshaushalt zu schaffen. Alle Ukraine-Ausgaben in Gesamthöhe von 15 Milliarden Euro sollten außerhalb der Schuldenregeln laufen, wodurch sich Kreditfreiräume für andere Ausgaben ergeben hätten. Finanzminister Christian Lindner (FDP) war dazu nicht bereit und forderte stattdessen Ausgabenkürzungen, unter anderem im Sozialbereich. Vorausgegangen waren monatelange Verhandlungen. Als die Bundesregierung Ende Juli 2024 den ersten Regierungsentwurf des Bundeshaushalts für 2025 präsentierte, klaffte noch eine gewaltige Lücke. Verschiedene Ansätze sollten noch geprüft werden, um zusätzliche Ausgabenspielräume zu schaffen, ohne den Verschuldungsspielraum der Schuldenbremse zu überschreiten. Dazu gehörte, die milliardenschweren Zuschüsse an die Bahn und die Autobahngesellschaft durch Darlehen zu ersetzen. Gutachten wurden in Auftrag gegeben, die Ergebnisse sorgten aber nur für den nächsten Streit zwischen den Ampel-Akteuren.

Die Grundgesetzänderungen mit den neuen, gewaltigen Verschuldungsmöglichkeiten haben nun wieder ein „geordnetes Verfahren“ der Haushaltsaufstellung erlaubt, wie es im Bundesfinanzministerium heißt. Kein Wunder, gespart wird zunächst nur minimal bei Personal- und Sachausgaben. Immerhin ist im Koalitionsvertrag für diese Legislaturperiode noch eine umfassende Ausgabenprüfung angekündigt.



AP/ERIC GAY

Tesla mit Robotaxi-Branding am Sonntag im texanischen Austin

Teslas Vorsprung beim Robotaxi

Diesmal hat Elon Musk den eigenen Zeitplan eingehalten: Die ersten Robotertaxis von Tesla fahren seit dem Wochenende auf den Straßen des texanischen Austin. Noch sind es nur 20 Autos, noch haben sie ein Lenkrad und eine Sicherheitsperson auf dem Beifahrersitz an Bord, und noch fahren sie nur im geschlossenen Test. Doch der Vorstoß steht für die bislang am weitesten reichende Vision für die selbstfahrende Zukunft.

VON CHRISTOPH KAPALSCHINSKI

Es ist ein Test, der den Individualverkehr revolutionieren soll wie Bertha Benz‘ erste Autofahrt im Jahr 1888. Videos von ersten Nutzern zeigen, dass Teslas erste Version des Robotaxis oberflächlich dem Konzept der Google-Schwester Waymo ähnelt. Waymo ist bereits seit 2018 unterwegs und gehört inzwischen mit über 1500 umgebauten Jaguars zum Straßenbild in Los Angeles, San Francisco und anderen US-Städten. Tesla setzt zunächst mit Software aufgerüstete Serien-Fahrzeuge seines SUVs Model Y ein. Größter Unterschied: Tesla nutzt allein die Hardware – im Wesentlichen Kameras – die in den Serienautos ohnehin vorhanden ist. Waymo hingegen baut wie die übrigen Entwickler aufwendige Lidar-Sensoren und Radare auf das Dach und an die Seiten des Autos. Beide Systeme haben Leitzentralen im Hintergrund, über die sich Menschen aus der Ferne helfend einschalten können. Beide bieten im Kern eine Konkurrenz zu Fahrern, die über die Apps von Uber und Lyft arbeiten. Und beide sind – zumindest teilweise – sogar per Uber bestellbar.

Für Tesla ist der Start zunächst ein Beleg dafür, dass die eigene, schmale technische Lösung funktioniert. Die Aktie legte daher vorbörslich spürbar zu. Denn der Verzicht auf die Lidar-Systeme ist die größte Wette von Tesla – und die Voraussetzung für Musks gigantische Vision. „Es gibt Grund zur Skepsis. In der Vergangenheit gab es immer wieder Unfälle, weil Autos ohne Lidar-Radar Hindernisse etwa im Gegenlicht nicht zuverlässig erkennen“, warnt etwa Andreas Herrmann, Direktor am Institut für Mobilität in St. Gallen. Doch weil es in einigen US-Bundesstaaten ausreicht, dass Betreiber wie Tesla für die Sicherheit bürgen, kann das System ohne aufwendiges Zulassungsverfahren starten.

Musk hat seine große Vision vergangenen Herbst in den Warner Studios in Los Angeles dargelegt. Im sicheren Umfeld des Freizeitparks ließ er Prototypen eines zweisitzigen Robotaxis ohne Lenkrad auffahren. Er präsentierte zudem ein Video, das ein verändertes Los Angeles zeigte: mit großen grünen Parks um das Dodgers-Stadion, wo bislang riesige graue Parkplatz-Wüsten sind. Musk will – anders als etwa die deutschen Autokonzerne – das Auto nicht evolutionär weiterentwickeln, sondern strebt eine Disruption des Verkehrs-Systems an. Dann steht das Auto nicht mehr still: Es ist entweder leer auf dem Weg zu einem neuen Kunden oder transportiert jemanden zu seinem Ziel.

Auf diese Weise würde es weniger Autobesitzer und weniger Autos geben: Für viele Menschen wird das Robotaxi zur ersten Wahl – billig, weil fahrerlos, und anders als heute nicht nur in eng umrissenen Stadtgebieten, sondern grenzenlos unterwegs. In Musks Idee machen dabei die verbliebenen privaten Tesla-Besitzer mit. So wie schon heute in Teilen der USA jeder mit seinem privaten Auto für Uber fahren kann, soll künftig jedes Privatauto mit Robo-Fahrten Geld verdienen können, während der Besitzer arbeitet oder schläft. Das ist der Grund für den Verzicht auf Lidar: Diese Technologie ist derzeit noch so teuer, dass sie für Privatautos keinen Sinn ergibt.

Die allumfassende Vision im Hintergrund ist der konzeptionelle Unterschied zur heutigen Realität des Uber-Konkurrenten Waymo und auch von Amazons Versuch, einen ähnlichen Dienst aufzubauen. Auch Volkswagen mischt bei diesem begrenzten Spiel mit. Vergangene Woche präsentierte VW-Chef Oliver Blume in Hamburg den ersten in Serie gebauten autonomen Bulli ID.Buzz, der

> Elon Musk schickt die ersten autonom fahrenden Tesla-Taxis ins öffentliche Straßennetz. Sollte das Projekt erfolgreich sein, wäre das wohl das Ende einiger klassischer Autokonzerne

künftig etwa für Uber in den USA, für die Berliner Verkehrsbetriebe und VWs eigenem Hamburger Shuttle-Dienst Moia unterwegs sein soll. VW empfiehlt sich dabei vor allem als Partner für den öffentlichen Nahverkehr und setzt auf geteilte Fahrten – Ridepooling – als Alleinstellungsmerkmal.

Besonders groß ist der Kontrast von Musks Konzept zum Ansatz der klassischen Autobauer nicht nur aus Deutschland. Mercedes und BMW integrieren – wie Hyundai, Toyota und etliche chinesische Hersteller – teilautonome Funktionen zunehmend in ihre Autos. Die S-Klasse kann etwa im zäh fließenden Verkehr selbstständig auf der Autobahn fahren. Der Ansatz ist ganz klassisch: Neue Funktionen sollen den Fahrer schrittweise entlasten und den Verkehr sicherer machen – und über die Jahre von der Oberklasse in die Breite kommen. Die Autobauer streben nicht nach Disruption, sondern gehen vor wie bei anderen Innovationen zuvor – etwa Spurhalteassistenten, ABS oder dem Airbag.

Strategisch setzen sie darauf, dass die Logik der Branche bleibt wie bisher: Möglichst viele Haushalte kaufen ein privates Auto, das die meiste Zeit in der Garage steht und als Statussymbol, Dienstwagen und private Leidenschaft taugt. Neue teilautonome Technik macht die Neuwagen nur noch begehrenswerter und teurer, im Kern ändert sich nichts. Der Ansatz von Tesla dagegen würde auf ein Blutbad in der Branche hinauslaufen. Denn in Musks Welt würden deutlich weniger Autos gebaut und verkauft. Tesla könnte trotzdem gewinnen: Wenn es dem immer noch jungen Autokonzern gelingt, die traditionellen Autobauer beim vollständig autonomen Fahren abzuhängen, wächst Tesla in dieser Version exponentiell über Marktanteilsgewinne.

Die Revolution könnte, so glaubt Musk, schon innerhalb von ein bis zwei Jahren anstehen, falls jeder private Tesla per Software-Update zum potenziellen selbstfahrenden Taxi wird. Allerdings – so viel Einschränkung muss sein – steht die Robo-Zukunft bei Musk schon seit Jahren jeweils zwei Jahre zuvor. Kommt es irgendwann dazu, würde das bedeuten: Der Automarkt schrumpft dramatisch, aber Tesla bekommt ein viel größeres Stück – und profitiert zusätzlich vom laufenden Fahrtbetrieb. Würde Tesla einen US- oder gar weltweiten Taxidienst über die bereits verkauften Teslas und zusätzliche eigene Robotaxis aufbauen, der ähnlich wie Teslas eigenes Ladenetz die Konkurrenz jederzeit ausschließen kann, wäre sogar ein Markt mit nur noch einem oder zwei geschlossenen Systemen in greifbarer Nähe – eine typische Denkweise des Silicon Valley.

Denkbar ist etwa ein Duopol wie bei Apple und Android – mit Tesla als Anbieter eines geschlossenen Premium-Systems auf Apple-Art und eine etwa von Google kontrollierte Software-Lösung für den Rest der verbleibenden Autobauer. Es ist eine Horrorvision für die etablierten Autobauer, die auch deshalb stark in eigene Software investieren. Die Konsequenz aus Musks Idee ist dramatisch: Viele klassische Autofabriken würden überflüssig, ihre Marken verschwinden. Es ist diese Fantasie, die die im Vergleich mit VW, Toyota oder Hyundai absurd hohe Bewertung der Tesla-Aktie rechtfertigt.

Exporte in die USA könnten um 38 Prozent sinken

Simulationsrechnungen des Ifo-Instituts rechnen mit Verringerung der Ausfuhren – auch nach China

Ein weiteres US-Zollpaket nach dem Ende der derzeit geltenden Pause bedroht einer Studie zufolge die deutsche Industrie. Diese könnte dann mittelfristig um 2,8 Prozent schrumpfen, ergaben die am Montag veröffentlichten Simulationsrechnungen des Münchner Ifo-Instituts. Die deutschen Exporte in die USA würden demnach um 38,5 Prozent einbrechen. Auch die Ausfuhren nach China könnten sich in der Folge um 4,7 Prozent verringern.

„Sollte US-Präsident Trump seine Zoll-Ankündigungen tatsächlich umsetzen, wären die direkten Auswirkungen für die deutschen US-Exporte erheblich“, sagte Ifo-Handelsexperte Andreas Baur. „Positive Effekte einer Handelsumlenkung in andere Märkte können die Verluste jedoch teilweise abfedern.“ Die US-Zölle würden demnach die Auto- und Pharmaindustrie besonders hart treffen: Während die Autoindustrie mit Wertschöpfungsverlusten von bis zu sechs Prozent rechnen müsste, könnte die Pharmabranche sogar Verluste von bis zu neun Prozent verzeichnen. Im Gegensatz dazu würde die Wertschöpfung bei den Dienstleistern und in der Landwirtschaft um jeweils 0,4 Prozent durch die US-Zölle wachsen.

Die Berechnungen basieren auf der Annahme, dass Trump die am 2. April verkündeten länderspezifischen Zölle nach der bis zum Anfang Juli währenden 90-tägigen Verhandlungspause wieder einführt und für EU-Importe die im Raum stehenden Zölle in Höhe von 50 Prozent erhebt. Außerdem werden bei Pharma- und Elektronikprodukten sowie Stahl, Aluminium, Autos und Autoteilen produktspezifische Zölle in Höhe von 25 Prozent angenommen. Mögliche Vergeltungszölle von Handelspartnern sind in den Berechnungen nicht berücksichtigt, wie das Ifo-Institut mitteilte.

Allerdings äußerte sich Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) mit Blick auf eine Einigung im Zollstreit zuversichtlich. „Ich glaube, dass es möglich ist, bis zum Ablauf der Frist, dann also tatsächlich am 9. Juli, zu einer Einigung zu kommen“, sagte Reiche in den ARD-Tagesthemen mit Blick auf das von US-Präsident Donald Trump genannte Datum.

Zum Umfang eines Abkommens mit den Vereinigten Staaten sagte Reiche, es würden „keine tausend Seiten Vertrag“ sein. Sie habe in den USA „gute Gespräche“ führen können, sagte die Bundeswirtschaftsministerin, die sich derzeit in Washington aufhält. Beide Seiten sähen die dauerhafte Unsicherheit als „hinderlich für das weitere Wachstum an“, es sei „wichtig (…), dass wir zu einem schlanken Rahmenabkommen finden“. In der Folge müsse dann an weiteren kleinen Themen gearbeitet werden.

Die Abhängigkeit der deutschen Exporteure von dem durch hohe Zölle bedrohten US-Geschäft ist so groß wie seit über zwei Jahrzehnten nicht mehr. Die Ausfuhren in die weltgrößte Volkswirtschaft summierten sich im vergangenen Jahr auf gut 161,3 Milliarden Euro, wie das Statistische Bundesamt herausfand. Das ist gut ein Zehntel – genau 10,4 Prozent – aller deutschen Exporte und damit der höchste Anteil seit 2002. rtr/AFP



INGO WAGNER/DPA

Die „MSC Oscar“ wird am Pier des Jade-Weser-Ports in Wilhelmshaven be- und entladen

Rettung für Deutschlands Geisterhafen

Der Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven hat seit seinem Bau vor 13 Jahren nie die Erwartungen an die Milliarden-Investition erfüllt. Doch plötzlich hegt der Betreiber Eurogate deutlich größere Pläne

In der Trockenhalle von Nordfrost in Wilhelmshaven stehen riesige Säcke mit Kartoffeln, jeder Sack wiegt 1,25 Tonnen. Sie sind per Frachtschiff und in Containern verladen vor wenigen Tagen aus Ägypten hierher in den Jade-Weser-Port gekommen. Eine Halle weiter empfängt den Besucher ein Kälteschock: Tiefgekühlte Lebensmittel wie Fisch aus Dänemark oder Backwaren aus Deutschland lagern hier bei minus 23 Grad in einem Hochregallager.

VON BIRGER NICOLAI

Der Platz in der 38 Meter hohen Riesenhalle reicht für 40.000 Paletten. Doch schon bald gehen diese Waren wieder auf die Reise. Die Brotwaren zum Beispiel werden per Containerfrachter in die USA verschifft. Dieses Ziel ist jetzt vom Jade-Weser-Port möglich, weil die Containerreederei Hapag-Lloyd seit Kurzem eine direkte Schiffsverbindung an die Ostküste der US-Staaten anbietet. Seitdem haben die Beschäftigten viel zu tun am Standort Wilhelmshaven. Jede Woche steuert jetzt gut ein Dutzend großer Frachtschiffe den Tiefwasserhafen an, beladen sind sie auch mit Waren für das Logistikunternehmen Nordfrost.

Das war lange Jahre nicht der Fall. Denn Deutschland hat ein generelles Problem mit seinen Seehäfen. Hamburg und Bremerhaven verlieren als nationale Nummer eins und zwei jedes Jahr Marktanteile an Rotterdam und Antwerpen. In Wilhelmshaven blieben die Kaimauern an vielen Tagen im Jahr leer.

Zu teuer, zu langsam und kaum innovativ – so lauten Vorwürfe internationaler Reedereien an die deutschen Hafenstandorte. Dabei ist Deutschland als drittgrößte Exportnation nach den USA und China auf funktionierende Häfen angewiesen. Rund 60 Prozent des Handels wickelt die Wirtschaft über den Seeweg ab. Doch nun scheint sich der Wind hier draußen am Jadebusen zu drehen. Ausgerechnet der Jade-Weser-Port, vor 13 Jahren als bislang letzte Milliarden-Investition in die Hafeninfrastruktur hierzulande in Wilhelmshaven gebaut, vermeldet für das erste Quartal 2025 einen Umschlag von knapp 300.000 Standardcontainern. Das ist eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Ausgelegt ist der Hafen für jährlich 2,7 Millionen Container. Vergangenes Jahr lag die Auslastung erst bei knapp einem Drittel. Gemeint ist die Angabe in Twenty Foot Equivalent Unit (TEU, 20-Fuß-Standardeinheit).

Es war ein „Henne-Ei-Problem“: ohne Schiffe keine Ladung für den Hafen. Und ohne Ladung von Unternehmen aus dem Hafenumland keine Schiffslinien, die den Hafenstandort regelmäßig ansteuern. Sollten der Betreiber Eurogate und die Bundesländer Niedersachsen und Bremen als Eigentümer des Hafens nun tatsächlich die richtigen Weichen für Investitionen stellen, könnte der Wirtschaftsstandort Deutschland endlich von seinem einzigen Tiefwasserhafen profitieren. Nur hier können die Schiffsriesen mit bis zu 24.000 Container an Bord voll beladen an der 1,8 Kilometer langen Kaje festmachen. Anderswo ist das Wasser dafür nicht tief genug.

Das Kühlhaus von Nordfrost im Jade-Weser-Port ist ein Symbol für diesen Wandel. Plötzlich kommen täglich die weltgrößten Frachtschiffe hierher – an diesem Morgen ist es die „Gdansk Express“ von Hapag-Lloyd – und bringen Arbeit mit. „Wir sind noch lange nicht da, wo der Hafen von der Auslastung her sein soll, aber wir sind auf dem richtigen Weg dorthin“, sagt Nordfrost-Geschäftsführerin Britta Bartels. Ihr Familienunternehmen hat in den vergangenen zehn Jahren mehr als 200 Millionen Euro in den Hafenstandort investiert – im Vertrauen darauf, dass sich der Tiefwasserhafen mit einer Fläche für Gewerbeansiedlungen von 150 Hektar zum begehrten Anlaufpunkt entwickelt.

Ein Grund für die neue Hoffnung im Jade-Weser-Port heißt Hapag-Lloyd. Die weltweite Nummer fünf unter den Containerreedereien hat sich mit 30 Prozent der Anteile an dem Hafenbetreiber beteiligt. Dadurch hat die Reederei ein Eigeninteresse daran, den Hafen mit Leben zu füllen. Als Partner hat Hapag-Lloyd die dänische Reederei Maersk, die Nummer zwei der Branche, mit ins Boot geholt. Beide Unternehmen betreiben seit Jahresanfang die Kooperation Gemini (übersetzt: Zwillinge). Auf den wirtschaftlich wichtigsten Ost-West-Routen setzen sie ihre Schiffe für die Kundschaft nun gemeinsam ein. Jede Woche fahren derzeit sieben Liniendienste ohne Zwischenstopps aus China sowie Nord- und Mittelamerika Wilhelmshaven an. Darunter sind neben Hapag-Lloyd und Maersk auch die Reedereien OOCL aus Hongkong und Kawa Shipping aus dem chinesischen Ningbo.

Nun endlich kommt der Standortvorteil auch bei den Reedereimanagern an. „Wegen des begrenzten Tiefgangs in der Elbe ist Hamburg einfach nicht der allerbeste Hafen für die weltweit größten Containerschiffe“, sagte Hapag-Lloyd-Chef Rolf Habben kürzlich im Gespräch mit Welt am Sonntag. Diese Schiffe brauchen bis zu 17 Meter Wassertiefe. Der Jade-Weser-Port schafft dieses Maß, Hamburg nicht. Manager Habben Jansen rechnet für die Jahre 2025 und 2026 mit einer Auslastung im Jade-Weser Port von jeweils 1,2 bis 1,5 Millionen Standardcontainer. Seiner Meinung nach müssen die Betreiber jetzt beweisen, dass der Hafen für derartige Mengen auch geeignet ist. „Ich denke, die nächsten 18 Monate bis 24 Monate werden über die weitere Zukunft des Jade-Weser-Ports entscheiden“, sagte Habben Jansen.

Das ist eine klare Ansage des neuen Investors Hapag-Lloyd an den Hafenbetreiber des Jade-Weser-Ports, Eurogate aus Bremen. Hatte Eurogate den Hafen im ersten Jahrzehnt nach dem Bau noch stiefmütterlich behandelt, wenn es etwa um Investitionen in die Krananlagen ging, stehen jetzt Aufgaben und Ausgaben in ganz anderer Dimension an. Vorbilder dafür gibt es in Deutschland nicht, in Rotterdam, Los Angeles oder chinesischen Häfen dagegen schon.

Vereinfacht ausgedrückt, muss die Arbeit an den Riesenschiffen viel schneller ablaufen als bislang. Wenn zum Beispiel 20.000 Container von einem einzigen Schiff auf einen Schlag an nur zwei bis drei Tagen abgeladen werden sollen, reicht die herkömmliche Technik der Containerbrücken und Fahrzeuge auf dem Hafengelände nicht mehr aus. Diese Einsicht ist beim Hafenbetreiber Eurogate angekommen. „Wir müssen unsere Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. Dafür müssen wir unter anderem die Automatisierung nutzen und unsere Flächenproduktivität steigern“, sagt Holger Bomm, der Statthalter von Eurogate im Jade-Weser-Port. Um die steigende Zahl an Frachtschiffen im Hafen bewältigen zu können, erweitert das Unternehmen die Belegschaft bis zum Jahresende auf 700 Beschäftigte.

Ferngesteuerte Krananlagen und autonom fahrende Lkw sollen dafür sorgen, dass deutlich mehr Container in kürzerer Zeit abgeladen, auf dem Gelände verteilt und anschließend vom Lkw oder von der Bahn abgeholt werden können. „Mit entsprechenden Investitionen können wir die Kapazitäten des Hafens in den kommenden Jahren auf mehr als vier Millionen Standardcontainer erhöhen, und das auf gleicher Fläche“, sagt der 61-jährige Ingenieur Bomm.

Ein Blick in diese Zukunft ist schon heute möglich. Im Hafengebäude von Eurogate am Rand des Jade-Weser-Ports sitzen Kranführer vor Bildschirmen. Statt in 54 Meter Höhe über dem Containerschiff im Hafenbecken laden sie vom Büro aus Container vom Schiff ab. Das macht die Arbeit unabhängig etwa von Wettereinflüssen und damit verlässlicher. Ebenso erhöht es die Produktivität. Vor wenigen Monaten sind die ersten beiden der insgesamt zehn Containerbrücken auf diese Fernsteuerung umgerüstet worden. In wenigen Jahren soll die Zahl auf 18 Krananlagen steigen.

Spektakulärer noch als die Fernbedienung der Krananlagen klingen die langfristigen Pläne für die Verteilung und Lagerung der Container auf dem Gelände. Ähnlich einem Ameisenhaufen soll diese Arbeit von autonom fahrenden Lkw übernommen werden. Anfänge dafür sind im Norden des Hafengeländes zu sehen. Dem Laien fallen an dem Lkw gleich die Kameras an den Ecken und Dutzende Sensoren an den Seiten auf. In der Fahrerkabine ist ein großer Computer am Boden installiert. „Der Truck kann sich auf dem gesamten Gelände autonom bewegen“, sagt Manager Bomm.

Navigation zwischen einzelnen Containerlagern und anderen Lkw, Rückwärtsfahren, Einparken auf fünf Zentimeter Genauigkeit – all das beherrscht das Fahrzeug nach den Angaben. Die Orientierung erfolgt über GPS-Signale. Mit diesen Prototypen ist das voll automatisierte Fahren der Stufe Level 4 auf dem Hafengelände erlaubt. Ein Schweizer Start-up namens Embotech hat sie entwickelt und hergestellt. In einem ersten Schritt sind laut Manager Bomm 80 dieser Fahrzeuge notwendig. Die Container wiederum sollen in Zukunft in sechs statt heute üblich in drei Lagen übereinandergestapelt werden. Dafür will Eurogate automatisierte Blocklager aufbauen, die ebenfalls mit ferngesteuerten Krananlagen arbeiten. Als Investitionssumme für die Automatisierung nennt Hafenchef Bomm bis zu einer Milliarde Euro.

Anfang 2026 soll der Bau eines Test-Terminals für 200.000 Container im Süden des Hafengeländes beginnen. Dort will Eurogate das Zusammenwirken der automatisierten Lkw, Containerkrananlagen und Regallager testen. In drei bis vier Jahren, sagt Manager Bomm voraus, soll das erste neuartige Blocklager an den Start gehen – in dem dann Computer und Maschinen einen Teil der Hafenarbeiter ersetzen werden.

Teuerung kommt bei Russlands Verbrauchern an

Die Inflation erreicht fast zehn Prozent. Vor allem die Preise für Lebensmittel ziehen stark an. Wirtschaftsminister Reschetnikow warnt vor einer Rezession

In Russland, dem Staat mit der potenziell größten Anbaufläche für Landwirtschaft, sind Kartoffeln und Zwiebeln ausgegangen. Das Defizit hat sogar Präsident Wladimir Putin bemerkt. „Es hat sich herausgestellt, dass uns Kartoffeln fehlen“, klagte der Kremlchef vor wenigen Wochen. Auch bei Zuckerrüben und einigen Gemüsesorten gebe es Engpässe, gab er zu.

Zuvor waren die Preise für Kartoffeln in den russischen Geschäften drastisch gestiegen. Innerhalb des letzten Jahres haben sie sich offiziellen Angaben nach fast verdreifacht, der Preis für Zwiebeln verdoppelt. Kohl kostet über 50 Prozent mehr als vor einem Jahr, hat die Statistikbehörde Rosstat ausgerechnet. Etwas mehr als einen Euro mussten die Russen im Juni für ein Kilo Kartoffeln ausgeben. Bei Durchschnittseinkommen von laut Rosstat knapp 1000 Euro vor Steuern und bei Renten von etwas mehr als 200 Euro ist das nicht wenig. Die anziehenden Lebensmittelpreise sind einer der Haupttreiber der Inflation in Russland. Derzeit liegt die laut Wirtschaftsministerium bei 9,6 Prozent.

Die Zentralbank versucht, die Inflation mit einem hohen Leitzins unter Kontrolle zu bekommen – derzeit sind es 20 Prozent. Doch damit ist Russland nun auf weitere Komplikationen gestoßen. Wirtschaftsminister Maxim Reschetnikow hat auf Putins großer Schaubühne, dem Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg (SPIEF), ungewöhnlich deutlich vor Problemen für die einheimische Wirtschaft gewarnt: „Den Zahlen nach haben wir eine Abkühlung, den aktuellen Empfindungen der Unternehmer nach sind wir schon an der Grenze zum Übergang in eine Rezession“, sagte er. Das derzeitige Zinsniveau demotiviere Unternehmer zu investieren, sagte Reschetnikow. Im dritten und vierten Quartal könnten die Investitionen nach Schätzung des Ministers unter dem Vorjahresniveau liegen.

Zentralbankchefin Elvira Nabiullina wehrte sich gegen den Vorwurf einer falschen Geldpolitik, aber auch sie prognostizierte Schwierigkeiten. Russlands Wirtschaft sei zwei Jahre lang trotz der Sanktionen durch Programme zur Importverdrängung gewachsen – dank Geldern aus dem Wohlstandsfonds und bestehenden Kapitalreserven des Bankensystems. „Wir müssen verstehen, dass viele dieser Ressourcen tatsächlich aufgebraucht sind, und wir müssen über ein neues Wachstumsmodell nachdenken“, sagte sie. In der Tat hat sich die russische Wirtschaft nach dem von Putin befohlenen Angriff auf die Ukraine erstaunlich gut gehalten – trotz der westlichen Strafmaßnahmen. In erster Linie ist dies auf eine rigorose Umstellung der Wirtschaft auf Kriegsproduktion zurückzuführen. Der Putin-Vertraute Sergej Tschemesow, der die Rüstungsindustrie leitet, brüstete sich zuletzt mit einer Steigerung bei Munition und Waffen um das „Zigfache gegenüber 2021“.

Das Bruttoinlandsprodukt zeige nur an, dass die von Haushaltsgeldern finanzierte Rüstungswirtschaft immer mehr Drohnen, Raketen und Panzer produziere. Zivile Sektoren hingegen kränkeln seit geraumer Zeit. Sie kämpfen mit hohen Kosten, Personalmangel und technologischem Rückstand, der sich durch die Sanktionen nur noch manifestiert. Der Bau- und Immobiliensektor etwa ist stark in der Krise. Auch der Autobau stockt, seitdem westliche Zulieferer Russland den Rücken zugewendet haben. China verkauft zwar vermehrt Autos in Russland, produziert aber vor Ort nicht selbst. Der zum Tschemesow-Imperium gehörende Lada-Produzent Avtovaz konnte die von westlichen Autobauern hinterlassene Lücke nicht füllen. Auf dem Wirtschaftsforum in St. Petersburg stellte der Konzern zwar sein neuestes Modell, den Lada Azimut, vor, der ab kommendem Jahr in Serienproduktion gehen soll.

Doch in den Lagern stapeln sich noch die Vorgängermodelle wegen fehlender Nachfrage. Die Neuwagenkäufe sind in Russland eingebrochen. In den ersten fünf Monaten wurden insgesamt nur rund 450.000 Fahrzeuge abgesetzt, ein Minus von 26 Prozent. Auch der Landmaschinenbauer Rostselmasch steckt in der Krise. Der Produzent von Mähdreschern und Traktoren hat mehr als 15.000 Mitarbeiter in Zwangsurlaub geschickt. Für die Belegschaft bedeutet das keine Erholung, sondern Stress; denn ob es danach weitergeht, ist unklar. Schon im März wurde Kurzarbeit in der Fabrik angesetzt, im April wurden 2000 Arbeiter entlassen. Den Bauern fehlt das Geld für neue Technik. Hohe Kreditzinsen und steigende Produktionskosten machen ihnen zu schaffen.

Und das hat Auswirkungen auf die Ernte. Im ersten Kriegsjahr 2022 hatte Putin noch stolz von einer Rekordernte beim Getreide – 157 Millionen Tonnen – berichtet. In den vergangenen beiden Jahren sanken die Erträge jeweils. Zwar hat der Kremlchef angeordnet, bis 2030 die Getreideernte auf 170 Millionen Tonnen und den Export auf 80 Millionen Tonnen hochzufahren. „Aber ausgehend von den jüngsten Tendenzen geht die Bewegung bei uns in die entgegengesetzte Richtung“, warnte der für den Agrarsektor verantwortliche Vizepremier Dmitri Patruschew. dpa

„Teil unseres Sparprogramms betrifft das Personal“

Aral-Chef Achim Bothe spricht davon, dass der Mutterkonzern BP in Deutschland jede dritte Stelle streicht. Ein Mindestlohn von 15 Euro hätte drastischere Folgen, die auch zu Einschränkungen für die Kunden führen würden



ARAL

Kurz bevor das Interview beginnt, stürzt ein Techniker in den Besprechungsraum in der Zentrale von BP in Bochum. Er wolle sich um einen Fehler am Monitor an der Wand kümmern, sagt der junge Mann. „Den brauchen wir im Moment gar nicht“, antwortet Interviewpartner Achim Bothe. Der 44-jährige Manager ist Vorstandschef von Aral, der deutschen Tankstellen-Tochter des Ölunternehmens BP. Er würde dann in eineinhalb Stunden wiederkommen, sagt der Haustechniker. Jetzt wissen wir, dass uns 90 Minuten bleiben – für ein Gespräch über teures Tanken zu bestimmten Tageszeiten, die Rückkehr von BP zur Ölförderung und harte Konsequenzen wie ein Personalabbau.

VON BIRGER NICOLAI

WELT: Die Welt ist in Unordnung und täglich kommen Krisen hinzu. Auch wenn dieser Punkt im Krieg zwischen Israel und dem Iran nicht der wichtigste ist: Wie schätzen Sie die Entwicklung in den kommenden Wochen am Rohölmarkt ein, Herr Bothe?
ACHIM BOTHE: Die vielen Krisen, die wir derzeit leider global erleben, verursachen auf den Weltmärkten in erster Linie eines: zusätzliche Unsicherheit. Und Unsicherheiten zeigen sich in stark schwankenden Preisen. Der Ölmarkt ist da aufgrund seiner internationalen Handelsströme besonders exponiert. Deshalb ist es auch schwer bis unmöglich, Prognosen abzugeben – das wäre nicht seriös.

WELT: Sind die Zeiten des günstigen Tankens in Deutschland vorerst vorbei?
BOTHE: Auch das kann niemand seriös voraussagen. Natürlich sehen wir im kurzfristigen Vergleich einen Anstieg, ausgelöst durch den weiteren geopolitischen Konflikt. Wichtig ist aber zu verstehen, dass für die Tankstellenpreise primär die Produktpreise für Kraftstoffe auf dem internationalen Markt maßgeblich sind. Diese richten sich neben der natürlichen Abhängigkeit vom Rohölpreis unter anderem nach der Angebots- und Nachfragesituation für Benzin und Diesel auf dem Weltmarkt und den lokalen Märkten.

WELT: Wenn wir auf die Tagesaktualität schauen, dann ärgern sich die Autofahrer gerade darüber, dass die Tankstellenketten ihre Benzinpreise am Morgen noch höherschrauben als früher. Der Abstand zwischen der teuersten und der günstigsten Tageszeit zum Auftanken hat sich laut dem ADAC binnen Jahresfrist von sechs auf zwölf Cent verdoppelt. Warum tun Sie das?
BOTHE: Deutschland ist in Europa der wettbewerbsintensivste Markt im Tankstellengeschäft. Kein anderer Tankstellenmarkt ist derart transparent wie der deutsche. Ein Beleg dafür ist, dass es über den Tag mehr Preissenkungen als Preiserhöhungen gibt. Ich kenne die Untersuchung des ADAC nicht im Detail. Aber in unserem Tankstellennetz hat sich dieser Preisabstand nicht verdoppelt, sondern langfristig eher verringert. Die zunehmende Zahl an Preisveränderungen ist ein Ausdruck der Wettbewerbsintensität. Die Dichte der Tankstellen bleibt mit rund 14.000 Stationen seit Jahren etwa gleich hoch, gleichzeitig sinkt der Kraftstoffabsatz jährlich im niedrigen einstelligen Prozentbereich. Das erhöht den Wettbewerbsdruck.

WELT: Die BP-Tochter Aral verdient in Deutschland gutes Geld und investiert in den Ausbau. Worüber wollen Sie sich beklagen?
BOTHE: An den Tankstellen steigen die Betriebskosten etwa für das Personal oder die Energieversorgung. Eine stabile Marge reicht nicht mehr aus, das Tankstellennetz wirtschaftlich zu betreiben. Deshalb schauen wir, wo wir sparen können. Wir drehen dabei jeden Stein um.

WELT: Werden Sie Personal abbauen?
BOTHE: Ein Teil unseres Sparprogramms betrifft das Personal. Wir werden in unserer Landesgesellschaft der BP Europa SE in Deutschland 300 der 1000 Stellen abbauen, hauptsächlich in Bochum. Bei der Tochter Castrol sind es 60 Arbeitsplätze. Wir wollen den Stellenabbau möglichst sozial gestalten und haben einen Sozialplan abgeschlossen.

WELT: Wie wirkt sich das Sparprogramm an den Tankstellen aus?
BOTHE: Das Personal an unseren Tankstellen ist bei Pächtern oder in Betreibergesellschaften beschäftigt und nicht direkt bei Aral. Wir schauen uns aber sämtliche Kosten an den Stationen an und versuchen, den Betrieb effizienter zu machen. Das kann das Sortiment im Tankstellenshop etwa bei den Snacks betreffen oder auch die Öffnungszeiten. Es wird in Zukunft Tankstellen von Aral geben, an denen das Angebot im Bistro oder im Shop etwa bei frischen Lebensmitteln geringer ausfallen wird.

WELT: Heißt das, dass ihre Tankstellen nachts die Türen zuschließen werden?
BOTHE: Im ländlichen Raum geschieht das schon. Etwa zwei Drittel unserer unternehmenseigenen Stationen haben 24 Stunden geöffnet. Im vergangenen Jahr haben wir zusätzlich etwa 40 Tankstellen zwischen 22 Uhr und 4 Uhr morgens zugemacht. In Tageszeiten mit einer schwachen Frequenz müssen wir die Personalkosten reduzieren.

WELT: Die Bundesregierung hat angekündigt, den Mindestlohn auf 15 Euro in der Stunde anheben zu wollen. Welche Folgen hätte das für Aral?
BOTHE: Vor fünf Jahren lag der gesetzliche Mindestlohn bei 9,19 Euro, heute beträgt er 12,82 Euro. Eine Anhebung auf 15 Euro wäre noch einmal eine Erhöhung um 17 Prozent. Der Faktor Arbeit wird an der Tankstelle immer teurer. Im Durchschnitt beschäftigt eine unserer Tankstellen zehn Mitarbeiter. Bei einem derart sprunghaften Anstieg muss klar sein, dass dies für den Standort Deutschland wirtschaftliche Konsequenzen haben wird. Für uns könnten das etwa weitere Nachtschließungen oder Einschränkungen im Angebot der Tankstellenshops bedeuten.

WELT: Ihre Konkurrenten gehen einen anderen Weg. Esso, Total und kürzlich auch Jet haben ihre Tankstellennetze verkauft. Käufer sind die Einzelhandelsunternehmen Europe Garage und Circle K sowie eine Gruppe aus Finanzinvestoren. Die Ölunternehmen liefern dann nur noch den Kraftstoff an die Stationen. Ist das auch für Aral ein Zukunftsmodell?
BOTHE: Nein, es gibt bei BP keine Verkaufsabsichten für das deutsche Tankstellennetz von Aral. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und bereits 500 Standorte mit Schnellladesäulen für E-Autos und 900 Tankstellen mit einem Rewe-to-go-Shop ausgestattet. In die Ladesäulen haben wir jährlich 100 Millionen Euro investiert. Jetzt wollen wir die Früchte unserer Arbeit ernten.

WELT: Ihr Mutterkonzern BP sucht doch gerade für 314 Tankstellen in den Niederlanden und 255 Stationen in Österreich nach einem Käufer. Grund dafür ist, dass BP den Schwerpunkt wieder auf die Ölförderung setzt und auf den Druck von Investoren reagiert.
BOTHE: Die BP-Gruppe hat sich eine neue Strategie gegeben. Der Bereich der Energieförderung soll mit zusätzlichen Investitionen ausgebaut werden. Das Verkaufsgeschäft über Raffinerien oder Tankstellen soll dagegen fokussiert werden. Dazu gehören in Deutschland der geplante Verkauf der Raffinerie von BP in Gelsenkirchen sowie in Europa der Tankstellennetze in den Niederlanden und in Österreich. Dies soll noch 2025 abgeschlossen werden. Im Ladesäulengeschäft konzentriert sich BP auf die vier Wachstumsmärkte USA, China, Großbritannien und Deutschland.

WELT: Was wird aus den von Aral angekündigten Investitionen in die Schnellladesäulen, werden sie gestoppt?
BOTHE: Unser Ziel von 5000 Schnellladepunkten bis Ende 2025 bei Aral gilt im Grundsatz. Heute verfügen wir über 3500 Ladepunkte. Weitere 1000 Ladepunkte sollen hinzukommen, sie sind geplant und finanziert, nur dauern die Genehmigungsverfahren sehr lange. In Deutschland brauchen wir bis zu zwei Jahre, bis alle Genehmigungen vorliegen und der Bau einer Säule abgeschlossen ist.

WELT: Bis zum Jahr 2030 wollte Aral über 20.000 Ladepunkte verfügen. Bleibt es dabei?
BOTHE: Der Bau von Schnellladesäulen ist mit hohen Investitionen verbunden, jede einzelne Anlage liegt im sechsstelligen Euro-Bereich. Das Stromlade-Geschäft ist eine Herausforderung, wenn es kurzfristig profitabel sein soll. Daher werden wir für den weiteren Ausbau die Entwicklung beobachten und auch von den Zulassungszahlen der E-Autos abhängig machen. Schließlich gibt es in Deutschland noch 49 Millionen Autos mit Benzin- und Dieselmotoren, aber derzeit nur 1,7 Millionen E-Autos.

WELT: Wenn Sie den Dieselmotor gerade ansprechen: Warum gibt es den neuen Dieselkraftstoff HVO bei Aral nur an ganz wenigen Tankstellen? HVO besteht etwa aus Pflanzenölen oder tierischen Fetten. Der Kraftstoff verringert den Ausstoß an Kohlendioxid.
Bothe: Wir haben HVO bislang an 30 Tankstellen eingeführt und bis Ende des Jahres kommen weitere zehn Standorte hinzu. Außerdem mischen wir HVO auch unserem Kraftstoff Ultimate Diesel zu, um den Kohlendioxidausstoß zu senken. Der Rollout von HVO ist eine Herausforderung, weil wir dafür einen zusätzlichen Tank an den Stationen brauchen oder einen vorhandenen frei machen müssen. Für uns ist HVO ganz klar eine Alternative zum herkömmlichen Dieselkraftstoff.

WELT: Woran scheitert dann die Verbreitung?
BOTHE: HVO ist derzeit wegen höherer Herstellungskosten zwischen fünf und 15 Cent teurer als Dieselkraftstoff. Wir wünschen uns hier eine geringe Besteuerung, so wie es in Italien gemacht wird. Zwar ist HVO 100 bei uns von der Abgabe auf Kohlendioxid befreit, doch das reicht nicht aus. Der Staat könnte die Steuersätze verringern. Schließlich senkt HVO den Kohlendioxidausstoß um mindestens 85 Prozent. HVO wird erst dann zu einem Thema für die Autofahrer und Speditionen mit ihren Lkw-Flotten, wenn es im Preis mit dem herkömmlichen Dieselkraftstoff vergleichbar ist.

ANZEIGE

Jetzt Halbjahres-Abo mit 200 € Prämie sichern!

Erleben Sie ausgezeichneten Journalismus mit allen Inhalten von WELT. Als Dankeschön erhalten Sie eine besonders hohe Geldprämie.



Darauf können Sie sich freuen

DIE WELT: Montag bis Freitag in Ihrem Briefkasten

WELT AM SONNTAG Frühausgabe: Kostenfreie Zustellung bereits am Samstag

WELTplus Premium: Werbefreie Nutzung aller digitalen Inhalte auf WELT.de und in der WELT News App

WELT ePaper: Zugriff auf alle aktuellen und archivierten Ausgaben sowie auf die WELT Edition App

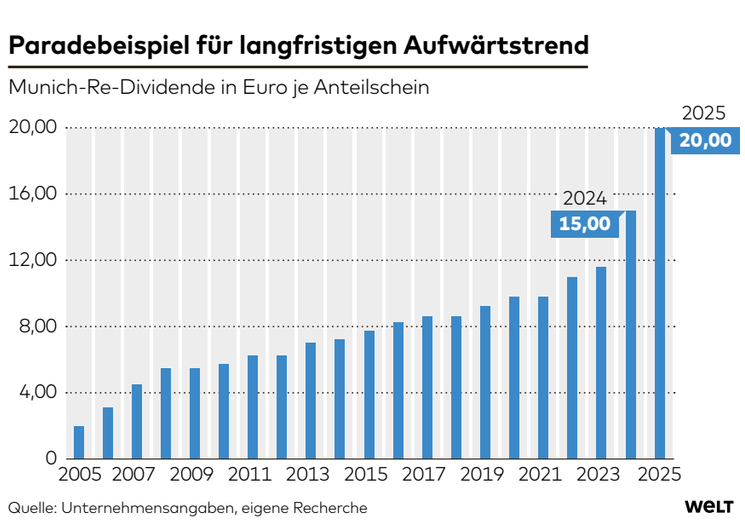
WELT Club: Exklusive Vorteile und Angebote für Abonnenten

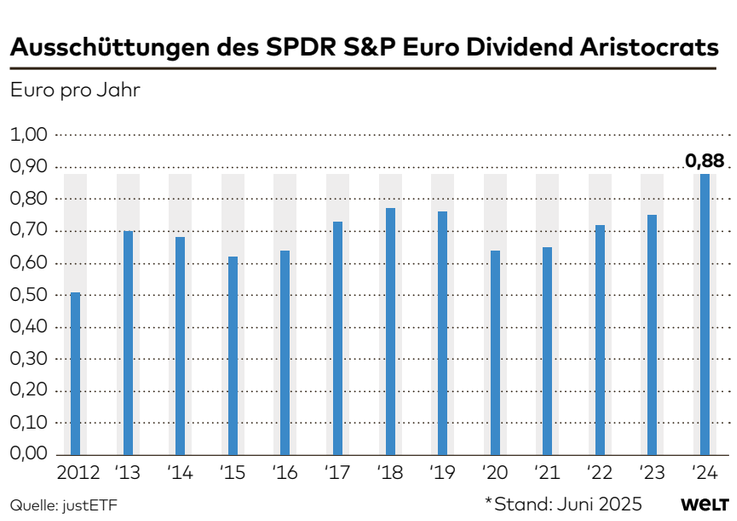
Jetzt für 68,99 € im Monat bestellen unter welt.de/200euro oder 0800/935 85 37*

*Bestell-Nr. **10175173** / Montag bis Freitag 8 – 18 Uhr, Samstag 8 – 16 Uhr (kostenfrei)

Zum Abo-Shop

In Ihrem Abo sind die gedruckten Zeitungen und WELTplus Premium enthalten. Weitere Informationen zum Produkt finden Sie unter welt.de/produkt. Das Angebot gilt nur in Deutschland und nur solange der Vorrat reicht. WELT AM SONNTAG und DIE WELT erscheinen in der Axel Springer Deutschland GmbH, Axel-Springer-Str. 65, 10888 Berlin, vertreten durch die Geschäftsführung. Amtsgericht Charlottenburg, HRB 196159 B. Gläubiger-ID-Nr.: DE 22088000000007915.





Alternativen zu Aktien und ETFs aus Amerika

Der schwache Dollar vermiest vielen Anlegern die Stimmung. Wertpapiere europäischer Unternehmen können als Ersatz dienen

Dividenden-ETFs ohne Dollar-Risiko

Name	Anzahl der enthaltenen Aktien	WKN	Ausschüttung 1 Jahr in %	Wertentwicklung 12 Monate in % inkl. Dividende
iShares Stoxx Europe Select Dividend 30	30	263529	5,9	26,4
iShares Euro Stoxx Select Dividend 30	30	263528	5,8	26,9
Invesco Euro Stoxx High Dividend Low Volatility	50	A2ABHF	5,8	21,1
Franklin European Quality Dividend	49	A2DTF2	5,0	21,7
Xtrackers Euro Stoxx Quality Dividend	50	DBX1D3	4,9	23,3
SPDR S&P Euro Dividend Aristocrats	40	A1JT1B	4,0	16,0

Quelle: justETF, eigene Recherche

WELT

Passives Einkommen ist in den vergangenen Jahren zu einem großen Thema unter Deutschlands Sparern geworden. Ob „passives Einkommen“ ein glücklicher Begriff ist, darüber kann man streiten. Im Wesentlichen geht es darum, aus dem aufgebauten Kapitalvermögen ein zweites Einkommen zu beziehen, ohne dass der Vermögensstock aufgezehrt wird und ohne dass man weitere Mühe oder Arbeit dafür aufwenden muss, daher „passiv“.

VON DANIEL ECKERT

Neben Zinsen bilden Dividenden ein Hauptbestandteil des passiven Einkommens. Als besonders aussichtsreich galten lange US-Aktiengesellschaften, die ihre Dividenden häufig schon seit Jahrzehnten stabil halten oder sogar steigern. Auf solche „Aristokraten“ der Ausschüttung gibt es inzwischen eigene Indexfonds (ETFs). Sie sind zu einem gewissen Teil auch in internationalen Aktien-ETFs wie dem MSCI World vertreten. Insgesamt standen US-Aktien, also nicht nur Dividendenaristokraten, dort für fast zwei Drittel aller Werte. Doch inzwischen bereiten „Dividends made in USA“ Anlegern nicht mehr nur Freude. Im Jahr 2025 zeigen sich auch problematische Seiten der US-Börsendominanz, gerade für Sparer, die nach verlässlichem passivem Einkommen streben.

Grund ist der schwache Dollar. Zum ersten Mal seit vielen Jahren wertet die US-Währung an den Devisenmärkten so stark ab, dass es Dividendenjägern aus dem Euro-Raum weh tut. Allein dieses Jahr hat der Greenback neun Prozent verloren. Damit geraten nicht nur Aktienkurse, sondern auch Dividenden aus dem Dollar-Raum unter Druck.

Wie das konkret aussieht, lässt sich an der Aktie von Johnson & Johnson (J&J) verdeutlichen, die seit 63 Jahren für jährlich angehobene Ausschüttungen steht. Gegenüber 2024 hat der Gesundheitskonzern seine Dividende um fünf Prozent gesteigert. Da der Greenback jedoch gleichzeitig abgewertet hat, gibt es für Euro-Anleger keinen Cent mehr als voriges Jahr. Im Gegenteil: In hiesiger Währung fällt die Gewinnbeteiligung sogar etwas niedriger aus. Gleichwohl kann J&J mit einer attraktiven Ausschüttungsrendite von 3,2 Prozent aufwarten, was nur für wenige amerikanische Dividendenaktien gilt. Die 500 größten Börsenunternehmen des US-Leitindex S&P500 boten in zurückliegenden zwölf Monaten eine Dividendenrendite von mickrigen 1,3 Prozent, beim US-lastigen MSCI World Index war es mit 1,4 Prozent kaum mehr.

Angesichts solcher Mini-Renditen müsste das Depotvolumen riesig sein, um eine nennenswerte laufende Rendite zu bringen. Für Anleger, die an verlässlichem Cashflow ohne Reue interessiert sind, gibt es jedoch eine Alternative: Hohe und verlässliche Renditen werfen eben nicht nur US-Aktien mit ihrem Dollar-Risiko ab, sondern auch europäische Werte. Setzen Vorsorge-Sparer auf ETF mit europäischen Dividenden-Aktien, nehmen sie gleichsam Risiko aus dem Portfolio und lösen ein Problem für ihre persönliche Vermögensplanung. Verlässliches passives Einkommen ohne das Risiko von Währungsschwankungen bieten Dutzende europäische Aktiengesellschaften.

Schon bei den allgemeinen Börsenbarometern werden die Unterschiede offenbar. So bietet der paneuropäischen Stoxx Europe 600 Index aktuell fast drei Prozent laufenden Rendite und damit mehr als doppelt so viel wie der US-Leitindex S&P500. Das gilt dann auch für entsprechenden Indexfonds. Der iShares Stoxx Europe 600 ETF (WKN: 263530), der 1,4 Prozent im Jahr ausschüttet, eignet sich damit schon deutlich besser, um passives Einkommen zu generieren. Als paneuropäisches Portfolio, das auch britische, schweizerische und schwedische Aktien enthält, birgt es jedoch ein gewisses Währungsrisiko.

Bei eigens auf den Euro-Raum zugeschnittenen Produkten ist das nicht der Fall. Der SPDR S&P Euro Dividend Aristocrats ETF (WKN: A1JT1B) ist – wie der Name sagt – ein Indexfonds, der nur in Unternehmen aus der Währungsunion investiert. Der Namensbestandteil „Aristocrats“ deutet darauf hin, dass die enthaltenen Konzerne ihre Ausschüttungen in den vergangenen zehn Jahren jedes Jahr gesteigert haben. Der SPDR S&P Euro Dividend Aristocrats ETF hat Anlegern zuletzt eine laufende Rendite von vier Prozent beschert. Das ist beinahe das Doppelte dessen, was das amerikanische Pendant, der SPDR S&P US Dividend Aristocrats zu bieten hat, und dies, obwohl dessen große Positionen Verizon (Telekom) und Realty Income (Immobilien) weltweit als Sinnbild für üppige Cashflows stehen.

In dem europäischen Dividendenaristokraten-ETF stellen Versicherungen und Banken die großen Positionen, darunter die Branchengrößen Ageas aus Belgien, Generali aus Italien und Allianz aus Deutschland, wobei der deutsche Marktführer beweist, dass sich verlässliche Ausschüttungen an die Aktionäre und eine gute Kursentwicklung keineswegs ausschließen. Insgesamt macht der Finanzdienstleistungssektor SPDR S&P Euro Dividend fast ein Drittel des Gesamtportfolios aus. Auch Versorger-, Industrie- und Infrastruktur-Konzerne sind stark gewichtet, Tech-Konzerne und Konsumgüter-Riesen, wie sie in den USA stark sind, findet man weniger.

Gerade Europas Versicherer gehörten in den vergangenen Dekaden zu den Werten mit der verlässlichsten Dividendenhistorie. Die deutsche Münchener Rück (Munich Re) musste ihre Ausschüttung in diesem Jahrhundert nie senken, im Gegenteil: In den zurückliegenden 20 Jahren stieg die Ausschüttung im Schnitt um gut zwölf Prozent im Jahr. Heimischen Dividenden-Riesen haben zudem einen großen Vorzug: Anders als bei ausländischen Investments wird keine Quellensteuer einbehalten. Auch Sparer, die auf der Suche nach einer besonders hohen laufenden Rendite sind, werden im ETF-Universum fündig. Der iShares Euro Dividend (WKN: A0HGV4) kann eine Jahresrendite von fast sechs Prozent vorweisen. Anleger sollten nur bedenken, dass die Kontinuität der Ausschüttung nicht im gleichen Maße gewährleistet ist wie bei den Aristokraten.

Das liegt daran, dass neben Versicherungen auch Banken einen Großteil des Depots ausmachen. Insgesamt stehen die Finanzkonzerne für rund die Hälfte des ETFs-Volumens. Geldhäuser sind in den zurückliegenden Monaten an der Börse sehr gut gelaufen, wären im Fall einer Finanzkrise oder Börsenkrise aber besonders Rückschlag-gefährdet. Der iShares Stoxx Europe Select Dividend (WKN: 263529) bewegt sich, was die Höhe der Dividende angeht, in einer ähnlichen Liga, enthält aber wiederum Aktien aus der Schweiz und Großbritannien – zusammen knapp ein Viertel des Volumens – mit entsprechendem Währungsrisiko.

Ähnliches gilt für den iShares Euro Stoxx Select Dividend (WKN: 263528). Auch andere Fonds kommen infrage und haben ihrerseits spannende Eigenschaften: Beim Xtrackers Euro Stoxx Quality Dividend ETF (WKN: DBX1D3) lag die Ausschüttungsrendite zuletzt bei rund fünf Prozent. An den Top-Positionen Unicredit, BNP Paribas, Deutsche Bank, Intesa Sanpaolo und ING Groep lässt sich ablesen, dass hier der Schwerpunkt auf Banken liegt.

Was der ETF-Performance zuletzt keineswegs geschadet hat, könnte in Zukunft gewisse Risiken mit sich bringen. Nicht ganz so hoch ist der Finanz-Anteil beim Franklin European Quality Dividend (WKN: A2DTF2). Halter des ETFs kamen zuletzt auf eine laufende Rendite von rund fünf Prozent, auch wegen der relativ hoch gewichteten Telekommunikations-Aktien. Auch hier zeigt sich, dass die sich eine hohe Ausschüttungsrendite und eine gute Kursentwicklung nicht ausschließen. Auf Fünf-Jahres-Sicht kann der Franklin-ETF auf eine Gesamtrendite von mehr als 80 Prozent. Wem hohem Cashflow eine verminderte Volatilität wichtig ist, kann auch auf den Invesco Euro Stoxx High Dividend Low Volatility ETF (WKN: A2ABHF) zurückgreifen.

Der ETF verbindet eine Zwölf-Monats-Dividendenrendite von fast sechs Prozent mit einer Schwankungsbreite von weniger als 14 Prozent. Zum Vergleich: Der S&P500, in den über Indexfonds so viel Geld investiert worden ist wie in keinen anderen Index der Welt, hatte in der gleichen Zeit eine Volatilität von 21 Prozent, schwankte also um rund ein Drittel stärker. Die Eier legende Wollmilchsau gibt es auch bei Dividenden-ETFs nicht, was es jedoch gibt, sind Fonds, die Währungsrisiken minimieren und gleichzeitig für langfristig stabile und attraktive Renditen stehen. Mit ihnen können Anleger ein echtes Problem in ihrer Vermögensplanung lösen.

ANZEIGENSONDERVERÖFFENTLICHUNG

Veröffentlichung der Anteilspreise von Qualitätsfonds — mitgeteilt von Infront Financial Technology GmbH

23.06.25 | Währung | ISIN | Rückn. | 3J. Perf.

Nachhaltigkeits-Fonds (ESG)

Deka Investments

Tel.: 069 / 7147-652 www.deka.de

DBA ausgewogen*	€	DE000DK2CFR7	129,71	+18,76
DBA dynamisch*	€	DE000A2DJVV1	120,24	+22,94
DBA konservativ*	€	DE000DK2CFP1	107,02	+13,43
DBA moderat*	€	DE000DK2CFQ9	117,52	+15,39
DBA offensiv*	€	DE000DK2CFT3	243,67	+27,78
Deka-ESG Akt CF*	€	LU0703710904	290,12	+35,60
Deka-ESG Rent CF A*	€	LU0703711035	123,49	+13,64
Deka-ESG StrInv CF*	€	DE000DK2EAD4	152,69	+26,41
Deka-ESG StrInv TF*	€	DE000DK2EAE2	145,51	+23,70
Deka-ManSelPersp*	€	DE000DK1CJS9	115,16	+19,01
Deka-Nach.E.St CF A*	€	LU2206794112	104,21	+13,82
ESG Global Champ CF*	€	DE000DK0V554	156,32	+49,40
ESG SeAkREd CF*	€	DE000DK0V7B5	87,44	+13,06
Naspa-Ak.Gb NachCF*	€	DE0009771956	93,97	+28,10
Naspa-PS Chance*	€	LU0104457105	67,54	+27,39
Naspa-PS ChancePlus*	€	LU0202181771	134,21	+27,44
Naspa-PS Ertrag*	€	LU0104455588	45,83	+14,89
Naspa-PS Wachst.*	€	LU0104456800	45,64	+21,15
Persp Dynamisch CF*	€	DE000DK0V6U7	101,87	+23,79
Persp Mlt Asset CF*	€	DE000DK0V5F0	105,42	+15,78
Persp Mlt Asset TF*	€	DE000DK0V5G8	102,94	+14,05

Metzler Asset Management GmbH

RWS-Aktienf.Nachh*	€	DE0009763300	107,46	+24,64

ODDO BHF Asset Management

Exk:PolarisBal DRw*	€	LU0319574272	89,32	+21,26
Exk:PolsDyn DRw*	€	LU0319577374	106,45	+22,59
Polaris Flexi DRw*	€	LU0319572730	90,93	+15,85
Polaris Mod DRw*	€	DE000A0D95Q0	75,77	+14,05

ÖKOWORLD Telefon +49 2103 28410

ÖkoVision Classic*	€	LU0061928585	210,63	+4,38
Klima*	€	LU0301152442	100,62	+1,77
Water For Life C*	€	LU0332822492	191,64	+5,45
Öko Rock'n'Roll*	€	LU0380798750	151,09	+5,88
Growing Mkts 2.0*	€	LU0800346016	221,16	-4,35

Union Investment

Tel.: 069 58998-6060 www.union-investment.de

PrivatFonds: Nachh*	€	LU1900195949	55,19	+15,57
UniESG Aktien D nA*	€	DE000A2QFXN4	111,02	+50,30
UniESG Aktien DeuA*	€	DE0009750117	288,89	+51,97
UniESG Aktien EuA*	€	LU0090707612	71,74	+31,83
UniESG Aktien Glo*	€	DE000A0M80G4	168,14	+36,29
UniESG Aktien Glo n*	€	DE000A2N7V22	150,55	+34,87
UniESG AktienEnet*	€	LU0096427496	59,83	+30,46
UniRak Kon.ESG A*	€	LU1572731245	108,58	+12,34
UniRak Nach.K-net-*	€	LU1572731591	106,94	+11,18
UniRak Nachh.A net*	€	LU0718558728	94,76	+22,40
UniRak NachhaltigA*	€	LU0718558488	98,78	+23,68
UniZukunft Klima A*	€	DE000A2QFXR5	48,01	+20,90
UniZukunft Kli-neA*	€	DE000A2QFXS3	48,59	+19,66

Alte Leipziger Trust

Aktien Deutschland*	€	DE0008471608	141,52	+46,06
AL Trust Stab.*	€	DE000A0H0PF4	66,78	+17,62
AL Trust Wachstum*	€	DE000A0H0PG2	90,37	+25,48
Trust €uro Renten*	€	DE0008471616	38,89	+8,07
Trust Chance*	€	DE000A0H0PH0	109,14	+34,69

C&P Funds (Creutz & Partners)

C&P Funds ClassiX*	€	LU0113798341	92,15	+28,15
C&P Funds DetoX*	€	LU2677653326	50,98	-
C&P Funds QuantiX*	€	LU0357633683	178,29	+31,33

Commerz Real

hauslnvest	€	DE0009807016	43,44	+7,00

DAVIS FUNDS SICAV

Global A*	$	LU0067889476	60,93	+60,40
Value Fund A*	$	LU0067888072	93,98	+63,56

Deka Investments

Tel.: 069 / 7147-652 www.deka.de

AriDeka CF*	€	DE0008474511	93,82	+35,93
BasisStrat Flex CF*	€	DE000DK2EAR4	120,61	+17,43
BerolinaRent Deka*	€	DE0008480799	39,32	+14,90
BW Zielfonds 2025*	€	DE000DK0ECP8	40,86	+6,23
BW Zielfonds 2030*	€	DE000DK0ECQ6	53,76	+12,19
Deka-ESG Div RhEd*	€	DE000DK0EF98	107,67	+30,51
Deka-Europ.Bal. CF*	€	DE0005896872	54,74	+4,19
Deka-Europ.Bal. TF*	€	DE000DK1CHH6	108,10	+3,71
Deka-Europa Akt Str*	€	DE0008479247	95,00	+38,49
DekaFonds CF*	€	DE0008474503	149,76	+52,21
Deka-Global Bal CF*	€	DE000DK2J8N2	105,97	+5,05
Deka-Global Bal TF*	€	DE000DK2J8P7	103,02	+3,96
Deka-MegaTrends CF*	€	DE0005152706	149,78	+39,63
Deka-Na.Div Str CF*	€	DE000DK0V521	136,69	+31,97
Deka-Sachwer. CF*	€	DE000DK0EC83	109,85	+6,08
Deka-Sachwer. TF*	€	DE000DK0EC91	106,34	+4,98
DekaSpezial CF*	€	DE0008474669	640,54	+47,48
DekaTresor*	€	DE0008474750	86,59	+9,93
Div.Strateg.CF A*	€	DE000DK2CDS0	206,72	+32,90
DivStrategieEur CF*	€	DE000DK2J6T3	116,86	+42,50
ESG SeAkREd TF*	€	DE0009771907	43,85	+10,68
Euro Potential CF*	€	DE0009786277	159,64	+8,68
EuropaBond CF*	€	DE000DK091G0	93,28	+5,51
EuropaBond TF*	€	DE0009771980	33,77	+4,01
Frankf.Sparinvest*	€	DE0008480732	193,38	+50,95
GlobalChampions CF*	€	DE000DK0ECU8	357,25	+52,54
GlobalChampions TF*	€	DE000DK0ECV6	317,47	+49,20
Mainfr. Strategiekonz.*	€	DE000DK2CE40	200,32	+21,83
Mainfr. Wertkonz. ausg.*	€	DE000DK1CHU9	99,18	+9,11
Multi Asset In.CFA*	€	DE000DK2J662	84,59	+19,15
Multirent-Invest*	€	DE0008479213	31,34	+22,08
Multizins-INVEST*	€	DE0009786061	23,47	+18,28
Naspa-Fonds*	€	DE0008480807	39,37	+18,75
RenditDeka*	€	DE0008474537	22,21	+9,58
RenditDeka TF*	€	DE000DK2D640	28,67	+9,08
RentenStratGl TF*	€	DE000DK2J6Q9	77,55	+8,99
RentenStratGlob CF*	€	DE000DK2J6P1	78,10	+10,25
Rntfds RheinEdit*	€	DE0008480666	29,30	+12,46
Technologie CF*	€	DE0005152623	95,52	+87,74
UmweltInvest CF*	€	DE000DK0ECS2	210,12	+21,66
UmweltInvest TF*	€	DE000DK0ECT0	184,40	+19,06
Weltzins-Invest P*	€	DE000A1CXYM9	18,10	+9,42

Deka International (Lux)

1822 Str.Cha.Pl.*	€	LU0151488458	145,70	+21,02
1822 Str.Chance*	€	LU0151488029	99,77	+21,07
1822 Str.Ert.Pl.*	€	LU0151486320	46,40	+13,53
1822 Str.Wachstum*	€	LU0151487302	54,37	+19,08
Berol.Ca.Chance*	€	LU0096429435	68,98	+20,29
Berol.Ca.Premium*	€	LU0096429609	89,19	+24,93
Berol.Ca.Sicherh.*	€	LU0096428973	41,46	+12,43
Berol.Ca.Wachst.*	€	LU0096429351	40,50	+18,21
DekaEuAktSpezAV*	€	LU1508335152	165,66	+41,07
DekaEuAktSpezCF(A)*	€	LU0835598458	233,47	+41,11
Deka-FlexZins CF*	€	LU0249486092	1015	+12,15
Deka-FlexZins PB*	€	LU0475811682	1022	+12,17
Deka-FlexZins TF*	€	LU0268059614	1015	+11,99
DekaGlobAktLRCF(A)*	€	LU0851806900	248,42	+25,52
Deka-Indust 4.0 CF*	€	LU1508359509	215,60	+55,49
Deka-Indust 4.0 TF*	€	LU1508360002	202,95	+52,17
Deka-Lifestyle CF*	€	LU2929365836	92,02	-
Köln Str.Chance*	€	LU0101437480	72,39	+21,33
Köln Str.Ertrag*	€	LU0101436672	42,81	+13,34
Köln Str.Wachstum*	€	LU0101437217	43,15	+18,83
KölnStr.Chance+*	€	LU0117172097	62,63	+21,85
UnterStrat Eu CF*	€	LU1876154029	185,68	+21,54

Deka-Vermögensmanagement GmbH

Deka-BaAZSt off 25*	€	DE000DK0LPS9	112,64	+15,99
Deka-PfSel ausgew*	€	DE000A2N44B5	116,35	+21,01
Deka-PfSel dynam*	€	DE000A2N44D1	133,36	+25,92
Deka-PfSel moderat*	€	DE000A2N44C3	103,73	+14,86
DekaStruk.5Chance*	€	DE000DK1CJP5	205,72	+23,07
DekaStruk.5Chance+*	€	DE000DK1CJQ3	324,50	+25,14
DekaStruk.5Ertrag+*	€	DE000DK1CJM2	97,92	+14,63
DekaStruk.5Wachst.*	€	DE000DK1CJN0	106,61	+20,83
Hamb Stiftung D*	€	DE000DK0LJ38	983,59	+14,34
Hamb Stiftung I*	€	DE000A0YCK34	887,84	+14,28
Hamb Stiftung P*	€	DE000A0YCK42	87,09	+13,17
Hamb Stiftung T*	€	DE000A0YCK26	118,67	+13,12
Haspa TrendKonz P*	€	LU0382196771	86,88	+5,50
Haspa TrendKonz V*	€	LU1709333386	93,64	+6,78
LBBW Bal. CR 20*	€	LU0097711666	44,83	+11,61
LBBW Bal. CR 40*	€	LU0097712045	52,87	+14,73
LBBW Bal. CR 75*	€	LU0097712474	70,93	+20,85
Priv BaPrem Chance*	€	DE0005320022	180,87	+33,01
Priv BaPrem Ertrag*	€	DE0005320030	47,14	+8,19

DWS

Offene Immobilienfonds

grundb. europa IC:*	€	DE000A0NDW81	36,71	-0,64
grundb. europa RC*	€	DE0009807008	36,71	-1,86
grundb. Fok Deu RC*	€	DE0009807081	51,73	-0,38
grundb. Fokus D IC:*	€	DE0009807099	52,27	+0,93
grundb. global IC:*	€	DE000A0NCT95	48,01	-4,06
grundb. global RC*	€	DE0009807057	47,39	-5,34

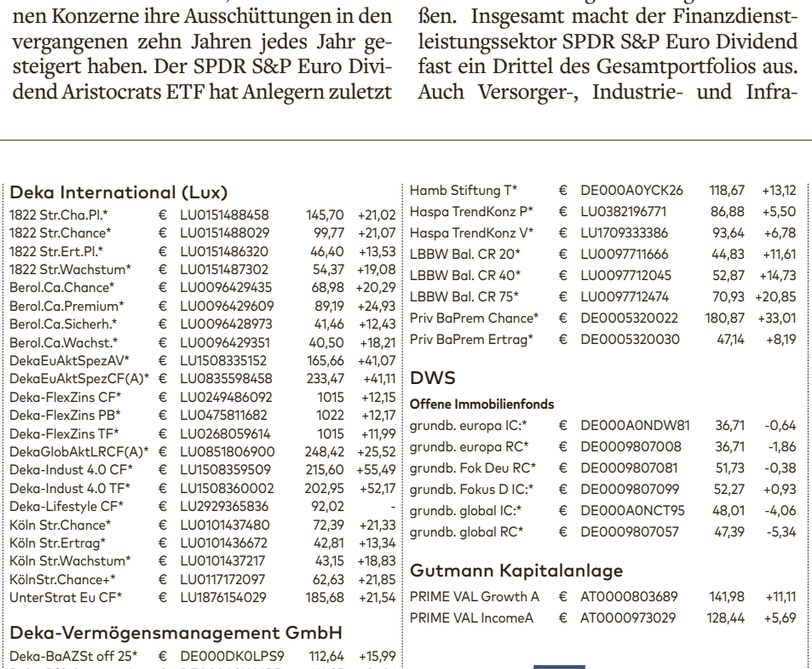
Gutmann Kapitalanlage

PRIME VAL Growth A	€	AT0000803689	141,98	+11,11
PRIME VAL IncomeA	€	AT0000973029	128,44	+5,69

HAUCK AUFHÄUSER FUND SERVICES

www.hal-privatbank.com

ERBA Invest OP*	€	LU0327349527	31,95	+14,69
HAL Europ SmCap Eq*	€	LU0100177426	171,20	+30,68
HAL MultiAsset Con*	€	LU0456037844	110,98	+12,70
HAL MultiAsset Dyn*	€	LU0090344473	141,67	+31,11



hwb

www.hwb-fonds.eu | info@hwb-fonds.com
Tel +49 651 1704 301 | +352 48 30 48 30

HWB Alex.Str.Ptf R*	€	LU0322055855	87,88	+27,17
HWB Alex.Str.Ptf V*	€	LU0322055426	87,90	+27,16
HWB Europe Pf.*	€	LU0119626884	4,76	+23,00
HWB Inter.Pf.*	€	LU0119626454	4,96	+22,17
HWB Pf. Plus R*	€	LU0277940762	119,24	+32,47
HWB Pf. Plus V*	€	LU0173899633	119,14	+32,34
HWB Vict.Str.Pf. R*	€	LU0277941570	1410	+24,30
HWB Vict.Str.Pf. V*	€	LU0141062942	1411	+24,33
HWB Wdelan + R*	€	LU0277940929	54,47	+16,52
HWB Wdelan + V*	€	LU0254656522	54,85	+16,54

IPConcept (Luxembourg) S.A.

ME Fonds PERGAMONF*	€	LU0179077945	940,30	+30,58
ME Fonds Special V*	€	LU0150613833	3183	+10,01

LRI Invest S.A.

ALTIS Bal Value*	€	LU0142612901	107,48	+31,76
ALTIS Global Res*	€	LU0188358195	158,11	+4,66
NW Global Strategy*	€	LU0303177777	122,77	+42,24

MEAG

www.meag.com privatanleger@meag.com

Dividende A*	€	DE000A1W18W8	69,69	+41,80
ERGO Vermög Ausgew*	€	DE000A2ARYT8	57,81	+19,13
ERGO Vermög Flexi*	€	DE000A2ARYP6	60,56	+20,98
ERGO Vermög Robust*	€	DE000A2ARYR2	49,66	+12,61
EuroBalance*	€	DE0009757450	69,91	+37,48
EuroErtrag*	€	DE0009782730	68,29	+17,37
EuroFlex*	€	DE0009757484	42,55	+9,77
EuroInvest A*	€	DE0009754333	117,31	+54,79
EuroKapital*	€	DE0009757468	61,95	+44,01
EuroRent A*	€	DE0009757443	27,82	+9,35
FairReturn A*	€	DE000A0RFJ25	55,38	+16,74
GlobalAktien*	€	DE000A2PPJZ8	65,98	+65,75
GlobalBalance DF*	€	DE0009782763	76,04	+17,50
GlobalChance DF*	€	DE0009782789	86,65	+32,41
Nachhaltigkeit A*	€	DE0001619997	155,34	+34,45
ProInvest*	€	DE0009754119	281,00	+72,35
VermAnlage Komfort*	€	DE000A1JJJP7	63,10	+16,76
VermAnlage Ret A*	€	DE000A1JJJR3	77,62	+22,61

Metzler Asset Management GmbH

RWS-DYNAMIK A*	€	DE0009763334	39,34	+25,59
RWS-ERTRAG A*	€	DE0009763375	15,76	+10,08

ODDO BHF Asset Management

Basis-Fonds I Nach*	€	DE0008478090	150,17	+10,27
Substanz-Fonds*	€	DE000A0NEBQ7	1338	+19,38
Vermögens-Fonds*	€	DE000A0MYEJ6	863,11	+17,74

Union Investment

Tel.: 069 58998-6060 www.union-investment.de

PrivFd:Kontr.*	€	DE000A0RPAM5	134,34	+15,66
PrivFd:Kontr.pro*	€	DE000A0RPAN3	184,24	+23,18
Uni21.Jahrh.-net-*	€	DE0009757872	53,53	+39,96
UniDeutschl. XS*	€	DE0009750497	180,11	+16,22
UniEuroAktien*	€	DE0009757740	101,36	+40,18
UniEuropa-net-*	€	DE0009750232	96,66	+35,76
UniEuroRenta*	€	DE0008491069	60,40	+5,10
UniEuroRentaHigh Y*	€	DE0009757831	33,63	+23,32
UniFav.:Akt. -net-*	€	DE0008007519	157,14	+46,70
Unifavorit: Aktien*	€	DE0008477076	251,58	+48,25
UniFonds*	€	DE0008491002	75,38	+55,75
UniFonds-net-*	€	DE0009750208	110,46	+54,62
UniGlobal*	€	DE0008491051	420,64	+46,20
UniGlobal-net-*	€	DE0009750273	250,55	+43,78
UniNordamerika*	€	DE0009750075	664,24	+53,38
UnionGeldmarktfds*	€	DE0009750133	47,47	+8,12
UniRak*	€	DE0008491044	149,61	+24,57
UniRak Kons.-net-A*	€	DE000A1C81D8	116,33	+10,44
UniRak Konserva A*	€	DE000A1C81C0	118,39	+11,62
UniRak -net-*	€	DE0005314462	79,58	+23,27
UniRenta*	€	DE0008491028	15,87	-6,66
UniStrat: Ausgew.*	€	DE0005314116	77,47	+20,86
UniStrat: Konserv.*	€	DE0005314108	73,52	+11,00

Union Investment Luxemburg

PrivFd:Konseq.pro*	€	LU0493584741	109,80	+9,21
UniAsia Pac.net*	€	LU0100938306	147,19	+6,55
UniAsia Pacific A*	€	LU0100937670	144,82	+7,67
UniAusschü. net- A*	€	LU1390462262	48,63	+18,42
UniAusschüttung A*	€	LU1390462189	48,47	+19,48
UniDividAss net A*	€	LU0186860663	66,43	+33,07
UniDividendenAss A*	€	LU0186860408	68,07	+34,46
UniDyn.Europa A*	€	LU0085167236	149,68	+40,85
UniDynamic Gl. A*	€	LU0089558679	133,58	+65,19
UniEMGlobal*	€	LU0115904467	90,22	+6,33
UniEurKap Corp-A*	€	LU0168092178	35,77	+8,24
UniEurKap.Co.net A*	€	LU0168093226	36,19	+7,31
UniEuropa*	€	LU0047060487	2925	+36,56
UniGlobal Div A*	€	LU1570401114	126,79	+19,03
UniGlobal Div-netA*	€	LU1570401544	123,64	+17,78
UniIndustrie 4.0A*	€	LU1772413420	86,81	+43,20
UniOpti4*	€	LU0262776809	99,22	+8,28
UniSec. BioPha.*	€	LU0101441086	147,76	+1,95
UniSec. High Tech.*	€	LU0101441672	271,80	+91,26
UniStruktur*	€	LU1529950914	117,25	+15,14
UniVa. Global A*	€	LU0126315885	158,50	+19,84

Union Invest Real Estate

UniImmo:Dt.*	€	DE0009805507	93,73	+7,19
UniImmo:Europa*	€	DE0009805515	52,30	+1,83
UniImmo:Global*	€	DE0009805556	44,90	-2,11

Universal Lux.

CondorBalance-UI*	€	LU0112268841	101,55	+19,93
CondorChance-UI*	€	LU0112269146	105,46	+28,89
CondorTrends-UI*	€	LU0112269492	101,92	+16,45

W&W Int. Asset Mgmt. Dublin

SouthEast Asian Eq*	€	IE0002096034	150,94	+25,06

Warburg Invest

DMüller Prem Akt €*	€	DE000A111ZF1	87,42	-1,90

Sonstige

Leading Cities*	€	DE0006791825	75,74	-23,99

* Fondspreise etc. vom Vortag oder letzt verfügbar.
Währung: € = Euro, $ = US-Dollar, ¥ = Yen, £ = Britisches Pfund, CH = Schweizer Franken, PL = Polnische Zloty.
Alle Angaben ohne Gewähr, keine Anlageberatung und -empfehlung.
Alle Fonds mit weiteren Informationen auf **moneyspecial.de/fonds**

Infront Funds Service

+49 69 26095760 fundsservice@infrontfinance.com
Infront publiziert die Fondsdaten im Auftrag der Fondsgesellschaften als besonderen Service für deren Anleger.

Aufregung um Rüdigers erstes Spiel nach Sperre

Nach seinem Ausraster im Pokalfinale steht der Spieler erstmals wieder für Real Madrid auf dem Platz

Den ambitionierten Zeitplan konnte er einhalten. Knapp zwei Monate nach seiner Knieoperation feierte Antonio Rüdiger – wie von ihm vorher angekündigt – noch während der Weltmeisterschaft für Vereinsmannschaften in den USA sein Comeback für Real Madrid. Es war zudem sein erstes Spiel nach dem Aussetzer Ende April im spanischen Pokalfinale, der für viele Diskussionen gesorgt hatte.

Nachdem Rüdiger in der Verlängerung gegen den FC Barcelona bereits ausgewechselt worden war, warf er kurz vor Abpfiff einen Gegenstand in Richtung des Schiedsrichters und beleidigte diesen anschließend auf Deutsch massiv. Rüdiger sah die Rote Karte und musste von Mitspielern sowie Betreuern zurückgehalten werden.

Der spanische Verband verhängte eine Sperre von sechs Spielen. Rüdiger entschuldigte sich öffentlich. Nun stand er erstmals wieder auf Platz. Reals neuer Trainer Xabi Alonso wechselte den Abwehrchef im Gruppenspiel gegen CF Pachuca in der 78. Spielminute ein. Doch eine knappe Viertelstunde später gab es mächtig Wirbel um den deutschen Nationalspieler.

Bei einem Zweikampf mit seinem Gegenspieler Gustavo Cabral war Rüdiger zu Boden gegangen und musste daraufhin einige verbale Bewertungen der Szene durch seinen Kontrahenten über sich ergehen lassen. Was genau im Bank of America Stadium in Charlotte passierte – darüber gingen die Meinungen hinterher auseinander. Rüdiger jedenfalls warf seinem Gegenspieler eine rassistische Beleidigung vor. Cabral dagegen bestand darauf, den Abwehrspezialisten „einen verdammten Feigling“ genannt, ihn aber nicht rassistisch beleidigt zu haben.

„Wir stehen hinter Toni und werden sehen, was passiert. Das Fifa-Protokoll wird aktiviert, und wir unterstützen ihn“, sagte Reals Coach Alonso nach dem 3:1 (2:0). „Das ist inakzeptabel. Und wir glauben, was er gesagt hat. Der Vorfall wird derzeit untersucht.“

Nach der Szene in der Nachspielzeit unterhielt sich Rüdiger sofort mit Schiedsrichter Ramon Abatti. Der Unparteiische aus Brasilien kreuzte daraufhin seine beiden Arme vor dem Oberkörper. Dies ist das Zeichen in einem mehrstufigen Protokoll des Fußball-Weltverbands Fifa, dass der Schiedsrichter entweder einen rassistischen Vorfall mitbekommen hat oder ihm darüber berichtet wurde. Ihm obliegt die Entscheidung, ob das Spiel unterbrochen wird oder nicht. Nach einer kurzen Unterbrechung wurde die Partie schließlich zu Ende gebracht. Cabral wies den Vorwurf nach dem Schlusspfiff zurück. „Es gab nichts Rassistisches.“ jb mit dpa



JULIO CORTEZ/AP/DPA

Isaiah Hartenstein nach einem 3-Punkte-Wurf von Guard Dort in der zweiten Spielhälfte

Hartenstein holt den Titel in der härtesten Basketball-Liga der Welt

Oklahoma City Thunder krönt sich zum NBA-Champion. Im siebten und entscheidenden Spiel gegen die Indiana Pacers wächst das Team über sich hinaus. Mittendrin der lange unterschätzte Deutsche

Die Fans von Oklahoma City sangen schon „We are the Champions“, bevor die Mannschaft um Isaiah Hartenstein den Pokal für die NBA-Meisterschaft im Konfettiregen in die Höhe reckte. 14 Jahre nach Dirk Nowitzki holte der 27-Jährige als erst zweiter deutscher Basketball-Profi den Titel in der besten Basketball-Liga der Welt. Die Oklahoma City Thunder bezwangen im entscheidenden und in der zweiten Halbzeit deutlichen siebten Spiel der Final-Serie die Indiana Pacers zu Hause 103:91 (47:48) und holten damit den notwendigen vierten Sieg. Nowitzki hatte den Titel 2011 mit den Dallas Mavericks gewonnen.

Für die Thunder ist es die erste Meisterschaft seit dem Umzug nach Oklahoma City, als Seattle SuperSonics hatte die Franchise 1979 den Titel schon einmal geholt. Die Indiana Pacers müssen dagegen weiter auf den Premierensieg warten. In der NBA war es erst das 20. Mal, dass es in einer Final-Serie sieben Spiele zur Entscheidung brauchte. Zuletzt war das 2016 der Fall, als die Cleveland Cavaliers um LeBron James gegen die Golden State Warriors gewannen. Bester Werfer im intensiven letzten Duell der Final-Serie war OKC-Star Shai Gilgeous-Alexander mit 29 Punkten, dazu kamen zwölf Vorlagen. Hartenstein verbuchte sieben Punkte und hatte neun Rebounds.

„Das fühlt sich nicht real an. So viele Tage mit Zweifel. Wir haben so viele Stunden Arbeit investiert. Wir haben uns das verdient“, sagte Gilgeous-Alexander. „Es ist großartig.“ Der Kanadier wurde nach der Wahl zum wertvollsten Spieler der Hauptrunde auch zum MVP der Final-Serie gewählt.

Für die Pacers gab es den ersten großen Rückschlag fünf Minuten vor dem Ende des ersten Viertels, als ihr Anführer Tyrese Haliburton ohne Einwirkung eines Gegenspielers zu Boden ging und sofort mit schmerzverzerrtem Gesicht schrie. Auf TV-Bildern deutete beim Stand von 18:16 für OKC alles auf eine schwere Verletzung der zuletzt schon angeschlagenen rechten Wade hin. Sein Vater bestätigte dem übertragenden Sender ABC später eine Verletzung an der Achillessehne. In der Arena war es für einige Zeit sehr still.

Dennoch lagen die Gäste zur Pause beim 48:47 mit einem Punkt vorn. Beide Mannschaften trafen weniger als die Hälfte ihrer Würfe, OKC litt vor allem unter der schwachen Quote bei Drei-Punkte-Würfen. Weniger als jeder vierte Versuch war ein Treffer. Der Druck schien beide Mannschaften zu beeinflussen. Nach der Pause funktionierte neben der ohnehin starken Defensive aber plötzlich auch die Offensive der Thunder, das 34:20 im dritten Viertel motivierte die Fans zu noch mehr Lärm und sorgte für 13 Punkte Vorsprung vor dem letzten Durchgang. Mit Comebacks kennen sich die Pacers zwar aus, ohne Haliburton aber gelang das den Gästen dieses Mal nicht - und OKC feierte am Ende ausgiebig.

Hartenstein spielte in seiner siebten NBA-Saison eine zentrale Rolle auf dem Weg zur Championship. Vor der Saison investierte OKC einen Dreijahresvertrag im Wert von 87 Millionen US-Dollar in den 27-Jährigen, der in USA geboren wurde und in Quakenbrück aufwuchs. Hartenstein hatte da eine starke Saison bei den New York Knicks hinter sich, die aus dem Einwechselspieler, der er bei den vorausgehenden Stationen gewesen war, eine feste Größe in einer guten Mannschaft machten. Seine Fähigkeiten als Passgeber und Block-Steller für Mitspieler sowie seine Stärken bei Rebounds und in der Abwehr sind für viele Experten der Schlüssel dazu, dass die Oklahoma City Thunder in dieser Saison das beste Team der Liga waren – in der Hauptrunde und nun auch offiziell als Meister.

Den Titel widmete Hartenstein seinem Vorbild Nowitzki. Dessen Triumph vor 14 Jahren ist nach Ansicht Hartensteins ein Grundstein für seine eigene NBA-Meisterschaft. „Ihn zu sehen, dass es möglich war, das gab auch Selbstbewusstsein. Das, wenn er es schafft, dass ich das auch schaffen kann. Danke, Dirk!“, sagte er nach dem Coup: „Dirk hat so viel für den deutschen Basketball gemacht und jetzt mit ihm in einem Satz zu sein, das ist schon etwas Besonderes.“ Im Interview mit „Sport“ Bild hatte Hartenstein vor der Finalserie bereits über Nowitzki geschwärmt: „Ich weiß noch, wie ich als Junge nachts vor dem Fernseher saß und Miami gegen Dallas geguckt habe. 2006 und auch 2011, als Dirk Nowitzki den Titel gewann. Auch an das Finale 2013, als Miami die San Antonio Spurs schlug, kann ich mich genau erinnern. Damals habe ich mir bildlich vorgestellt, wie ich selbst eines Tages im NBA-Finale spiele. Jetzt geht mein Kindheitstraum in Erfüllung – unglaublich.“

Er selbst sieht seinen Erfolg als Belohnung für einen harten Weg: „Ich habe viel geopfert. Früher wurde ich unterschätzt. Kaum jemand hat mir eine große Karriere zugetraut. Mit 14 oder 15 war ich sogar für die Niedersachsen-Auswahl zu schlecht und wurde nicht nominiert. Auch für die Junioren-Nationalmannschaften war ich lange kein Kandidat. Ein Auswahltrainer sagte mal zu mir, er glaube nicht, dass ich das Zeug zum Profi habe. Das hat mich aber nur noch mehr angespornt.“ Bei den Feierlichkeiten erhielt nicht nur Hartenstein große Aufmerksamkeit – auch sein Sohn stand im Fokus. Den trug der stolze Vater bei Party in der Halle auf dem Arm. Doch Elijah Hartenstein war vom langen Tag so geschafft, dass er von der Pokal-Übergabe, den Interviews und dem Jubel erst wenig, dann nichts mehr mitbekam. Er schlief tief und fest in den Armen seines Vaters und trug dabei ein Trikot mit dem Familiennamen. Kein Trubel der Welt konnte den Einjährigen von seiner verdienten Pause abhalten, auch nicht der verletzte OKC-Superstar Shai Gilgeous-Alexander, der ihm den Kopf tätschelte.

Grundsätzlich steht die Familie bei den Hartensteins im Vordergrund. Trotz der bislang nur distanzierten Beziehung zur Nationalmannschaft fühlt sich Isaiah Hartenstein dem Heimatland seines Vaters sehr verbunden. Vor wenigen Monaten investierte er in ratiopharm Ulm und freut sich ungemein über die Chance, in den kommenden Tagen womöglich auch noch eine deutsche Meisterschaft feiern zu können. Selbst eine Reise nach Deutschland scheint dafür möglich. „Ich meine, ich muss gucken. Aber zwei Titel in Ulm feiern zu können, das wäre schon was Besonderes.“ SUF

„Das Leben unnötig schwer gemacht“

Die deutsche U21 siegt mit Mühe im EM-Viertelfinale gegen Italien

Die deutsche U21 hatte den Sieg schon nahezu sicher. Es ging im Viertelfinale der Europameisterschaft nur darum, die 2:1-Führung gegen neun Italiener über die Zeit zu bringen. Doch Giuseppe Ambrosino versenkte in der sechsten Minute der Nachspielzeit einen Freistoß traumhaft zum Ausgleich und schoss sein Team in die Verlängerung. Dort tat sich Deutschland mit zwei Mann mehr auf dem Platz schwer, erst Merlin Röhl sorgte in der 114. Minute für die Erlösung und schoss die Nationalmannschaft ins Halbfinale. Dort trifft die Mannschaft von Antonio Di Salvo am Mittwoch auf Frankreich. Nach der anstrengenden Partie bleibt den Spielern nur etwas mehr als zwei Tage, um sich zu regenerieren.

„Wir haben uns das Leben unnötig schwer gemacht. Wir können glücklich sein, dass wir so spät noch das 3:2 gemacht haben. Wir müssen daraus lernen. Wir müssen jetzt gut regenerieren, gut essen und gut schlafen“, sagte Di Salvo bei Sat 1. Mittelfeldspieler Rocco Reitz hatte eine klare Vorstellung, wie er die Vorgabe seines Trainers umsetzten will, zumindest, was das Essen und die Regeneration angeht. „Es war ein verrücktes Spiel. Wir freuen uns, dass wir weiter sind. Ich bin bis zum Anschlag gelaufen, bei mir geht nichts mehr. Eistonne und Pizza helfen.“

Neben der Begeisterung über das Erreichen des Halbfinals war den Spielern die Erschöpfung ins Gesicht geschrieben. „Ich bin einfach nur glücklich, dass wir jetzt im Halbfinale stehen. Ich bin mausetot und einfach überglücklich“, sagte Kapitän Eric Martel. Gegner im Halbfinale am Mittwoch in Kosice sind die Franzosen, die durch den Siegtreffer des früheren Bayern-Stürmers Mathys Tel Dänemark mit 3:2 niederrangen. step

FC Barcelona zeigt, wer der Boss ist

Der Fußballklub gibt Marc-André ter Stegen keine Spielgarantie mehr

Marc-André ter Stegen hat in den vergangenen elf Jahren geliefert. Der Torwart war beim FC Barcelona die unumstrittene Nummer eins und ist zum Kapitän des Weltklubs aufgestiegen. Doch jetzt scheint die Zeit des 33-Jährigen bei Barça abgelaufen zu sein. „Es gibt keinen Vertrag, in dem steht, dass man spielt“, sagte Sportdirektor Deco zur Zukunft ter Stegens, der einem Wunsch des Torwarts nach einem Gespräch eine deutliche Absage erteilte: „Ich muss nicht mit ihm sprechen. Meine Aufgabe ist es, die bestmögliche Mannschaft für den Trainer zusammenzustellen.“

VON STEPHAN FLOHR

Der Aufschrei ist groß. Würdelos, undankbar, eiskalt – wie kann der Verein mit einem altgedienten Spieler so umgehen? Doch der FC Barcelona hat nicht sein hässliches Gesicht gezeigt, sondern nur bewiesen, wer im Fußball eigentlich der Boss ist – nämlich der Klub und nicht die Spieler. Es ist das gute Recht Barças, so mit dem deutschen Nationalspieler umzugehen. Nicht zuletzt, weil der Klub ihn mit geschätzten 18 Millionen Euro Jahresgehalt fürstlich entlohnt und offensichtlich Gehalt einsparen muss. Viel zu häufig sind Vereine und Verbände gegen die Spieler machtlos. Profis wie Ousmane Dembélé, Antoine Griezmann oder Philippe Coutinho streiken sich zu anderen Klubs, weil sie dort sehr viel mehr verdienen. Da jammert ein Robert Lewandowski herum, weil er nicht mehr Kapitän der polnischen Nationalmannschaft ist und tritt mit einem Ausnahmesternchen zurück. Der Stürmer übt so viel Druck aus, bis der Trainer zurücktritt und sofort verspürt Lewandowski wieder Lust, für Polen zu spielen.

Die beste Deutsche kämpft gegen das „Green Monster“

In drei Tagen startet südlich von Hamburg das wichtigste deutsche Damengolf-Turnier. Starkes Teilnehmerfeld erwartet

Ab Donnerstag treten südlich von Hamburg die besten Golfspielerinnen des Kontinents auf einem der besten und gefürchtetsten Plätze Deutschlands gegeneinander an. Nach drei Jahren im Golf & Country Club Seddiner See bei Berlin zieht das Amundi German Masters auf die Green Eagle Golf Courses in Winsen/Luhe. Von Donnerstag bis Sonntag wird bei dem Event der Ladies European Tour (LET) um den Titel gekämpft.

VON SVEN FLOHR

Neben internationalen Stars wie der tschechischen Aufsteigerin Sará Kousková, die in den vergangenen Wochen gleich zwei Turniere gewann, können sich die Zuschauer vor allem auf ein extrem starkes deutsches Teilnehmerfeld freuen, das den Aufschwung des Damengolfs hierzulande deutlich dokumentiert. Gleich 16 deutsche Starterinnen sind auf dem berüchtigten North Course in Green Eagles am Start, darunter Esther Henseleit, Titelverteidigerin Alexandra Försterling und Shooting-Star Helen Briem. Die 19-Jährige unterstrich zuletzt mit einem zweiten Platz auf Teneriffa ihre gute Form und steht auf Platz vier der LET-Jahresrangliste.

„Die beeindruckenden Leistungen der deutschen Profigolferinnen weltweit sorgen für eine begeisterte Stimmung rund um Frauengolf“, sagt Turnierdirektor Dirk Glittenberg: „Sportlich ist diese Premiere in Hamburg nicht nur dank Lokalmatadorin Esther Henseleit einzigartig.“

Henseleit sticht tatsächlich heraus. Die 26-Jährige aus dem niedersächsischen Varel ist auf Rang 21 der Weltrangliste die derzeit beste deutsche Golferin. Ihre Amateurkarriere hatte sie Anfang 2019 mit einem europaweit herausragenden Handicap von +7,1 abgeschlossen. Nach dem Wechsel ins Profilager 2019 sorgte Henseleit direkt für Furore: Sie gewann die Magical Kenya Ladies Open auf der Ladies European Tour (LET), wurde Rookie of the Year und sicherte sich als erst dritte Spielerin überhaupt in einer Saison sowohl den Gesamtsieg der Order of Merit als auch den Titel als beste Newcomerin.

Seit 2020 ist sie festes Mitglied der deutlich größeren und lukrativeren LPGA Tour in Amerika. Ihren bislang größten Erfolg feierte Henseleit 2024 mit der Silbermedaille bei den Olympischen Spielen in Paris – der ersten olympischen Goldmedaille für Deutschland und als erste Europäerin der Neuzeit. In Europa spielt Henseleit nur noch ausgewählte Turniere. Nach Winsen reist sie direkt aus Fresco/Texas an, wo sie bei der Championship einmal mehr als beste Deutsche abschnitt. Am Sonntag landete sie bei dem Major-Turnier auf einem hervorragenden zwölften Rang, wofür sie 170.000 Dollar Preisgeld kassierte. In der Jahresrangliste der LPGA, auf der sie in ihrer Karriere bereits weit über drei Millionen Dollar verdiente, rangiert Henseleit derzeit auf Platz 25.

„Ich freue mich sehr, dass ich wieder beim Amundi German Masters dabei sein werde und umso mehr, dass das Turnier in meiner Heimat Hamburg stattfinden wird“, sagt Esther Henseleit, die mit 14 Jahren nach Hamburg zog und für den Golf-Club Falkenstein spielte: „Es bedeutet mir sehr viel, vor Freunden, meiner Familie und hoffentlich ganz vielen Golf-Fans spielen zu können.“ Hinzu komme der besondere Platz: „Ich freue mich auf das Green Monster. Es ist ein superschöner, aber auch echt anspruchsvoller Golfplatz, der uns vor viele Herausforderungen stellen wird. Perfekt im Anschluss an ein Major.“



AP/MATT YORK

Esther Henseleit spielt in Europa nur noch ausgewählte Turniere

Das Besondere am „Green Monster“ sind seine außergewöhnliche Länge und der hohe Schwierigkeitsgrad. Laut Rating des Deutschen Golfverbandes ist er der schwierigste Golfplatz Deutschlands, mit über 7000 Metern vom Champions-Tee für die Herren zählt er zudem zu den längsten Golfplätzen weltweit. Das Design ist gezielt darauf ausgelegt, auch Profis vor große Herausforderungen zu stellen: Fast jede Bahn ist von Wasserhindernissen gesäumt, die sich oft bis zum Grün ziehen. Große Bunker und dichtes Rough erschweren das Spiel zusätzlich.

Das Turnier ist von Donnerstag bis Samstag von 15.00 bis 18.00 Uhr und am Finalsonntag von 14.00 bis 17.00 Uhr auf Sky sowie im Livestream auf golf.de, eurosport.de und am Wochenende auch auf ndr.de zu sehen.



Wir brauchen eine skeptische Generation

Unsere Gegenwart ist von einer Krise der Normalität geprägt. Doch es gibt Hoffnung auf Besserung. Ein Vorabdruck aus dem neuen Buch des Philosophen *Norbert Bolz*



Die Krise der Normalität ist so alt wie die Moderne; doch heute hat sie eine perverse Form angenommen. Die Moderne wurde erst radikalisiert und nannte sich dann Postmoderne. In den letzten Jahrzehnten aber wurde sie pervertiert und nannte sich dann Wokeness. Sie hat eine ultrabrutale und eine hypersensible Seite. Die woken Taliban des Westens kämpfen gegen die abendländische Tradition.

Sie zerstören Denkmäler, schreiben Geschichte um und feiern wahre Orgien der Umbenennung. Wokeness ist das Krankheitsbild der zerstörten Normalität. Ein radikaler Bruch mit dem 19. Jahrhundert hatte sich in der Kunst schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts abgezeichnet. So konstatiert der Sozialphilosoph und Kulturanthropologe Arnold Gehlen in seinem bedeutenden Werk „Zeit-Bilder“: „Während der Jahre 1905 bis 1910 hat man die künstlerischen Überlieferungen von 600 Jahren zerrissen und abgestreift, wie es scheint, für immer.“ Was diesen radikalen Zeitbruch aber für alle Menschen zum einschneidenden Erlebnis machte, war das Trauma der Weltkriege. Gehlen meint zu Recht, dass man die beiden Weltkriege „als einen einzigen Vorgang von dreißigjähriger Dauer sehen muss, und von diesem Vorgang müssen wir annehmen, dass er nie Vergangenheit, nie wirklich überlebt und überstanden werden wird. Sondern er hat sich unauslöschlich in das Bewusstsein der Menschen eingebrannt“.

In die Alltagsroutinen jedes Einzelnen brachen Weltkrieg, Inflation und große Depression wie Naturkatastrophen ein.

Im Ersten Weltkrieg zerbrach der Stolz auf unsere europäische Kultur. Die kulturellen Sublimierungen bekamen Risse, und jeder erfuhr am eigenen Leib, dass Nietzsche recht hatte mit seinem Satz, Kultur sei nur das dünne Apfelhäutchen über glühendem Chaos. Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg war die bürgerliche Welt noch in Ordnung. Diese Zeit vor dem Ersten Weltkrieg war die letzte, in der es noch generationenübergreifende Erfahrungszusammenhänge gab. Mit dem Ersten Weltkrieg endete die Zeit des ungebrochenen, selbstbewussten Bürgertums.

Der Verlust der Normalität hat also ein Datum: der Erste Weltkrieg. Er entwertete alle Erfahrungen. Die Basis der Gewissheiten brach zusammen, und man musste nun „leben, als ob nichts mehr selbstverständlich wäre; wer die Selbstverständlichkeit verloren hat, ist dazu verurteilt, sein Leben zu improvisieren“, so der Sozialpsychologe Manès Sperber in seinen Lebenserinnerungen. Der Philosoph Georg Simmel erlebte den Kriegsausbruch wie einen Weltuntergang und bemerkte, „dass das Deutschland, in dem wir geworden sind, was wir sind, versunken ist wie ein ausgeträumter Traum“.

Dieser Zeitbruch ist bekanntlich auch das Thema von Thomas Manns Roman „Der Zauberberg“ – dargestellt am Schicksal eines bürgerlichen Anti-Helden. Zu Recht bezeichnet man ja den Menschen als Gewohnheitstier. Und jede Gewohnheit wäre auch anders möglich, nicht aber die Gewohnheit, Gewohnheiten anzunehmen. Seit dem Ersten Weltkrieg verschärft sich nun aber der Verlust der Selbstverständlichkeiten, und die Gewohnheit, Gewohnheiten anzunehmen, spitzt sich zur Paradoxie zu. Hans Castorp, dieser Anti-Held aus Thomas Manns „Zauberberg“, muss sich daran gewöhnen, dass er sich nicht gewöhnt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam dann die skeptische Generation. Skepsis als Normalität – das hieß seither Tüchtigkeit aus Ernüchterung und Desillusionierung, Unverführbarkeit und Verblüffungsfestigkeit. Und der Begriff der Offenen Gesellschaft ist eng mit dieser Skepsis verknüpft, nämlich im Verzicht auf absolute Wahrheiten. Man kann sich die Entwicklung der letzten hundert Jahre mit einem Schema verdeutlichen, das der amerikanische Sozialwissenschaftler Albert O. Hirschman entwickelt hat: Shifting Involvements. Die deutsche Übersetzung des gleichnamigen Buches trägt den Titel: Engagement und Enttäuschung. Das bringt ganz gut zum Ausdruck, dass die Menschen zwischen privaten Interessen und öffentlichem, politischem Handeln hin und her schwanken. Enttäuschungserfahrungen führen zum Wechsel zwischen Konsum und Protest. Hirschman geht dabei von der Normalität der Unzufriedenheit aus – deshalb konsumieren die Menschen, wenn sie ihr politisches Engagement enttäuscht, und sie protestieren, wenn sie der Konsum enttäuscht.

Konsumismus und Aktivismus sind demnach Lebensformen, die sich wie in einer Art Pendelbewegung historisch abwechseln. Auf die politisierte Jugend des Nationalsozialismus folgte die Ernüchterung durch den Zweiten Weltkrieg, nach dem eine skeptische Generation sich wieder auf die privaten Interessen besann und das Wirtschaftswunder schuf. Auf die politisierte Jugend der Achtundsechziger folgte die Ernüchterung durch den Terror der RAF. Das Pendel schlug nun wieder zum Konsumismus aus –Stich-

ARD

9.00 Tagesschau 9.05 Hubert und Staller 9.50 Morden im Norden 10.40 Tagesschau 10.45 Meister des Alltags 11.15 Gefragt – Gejagt 12.00 Tagesschau 12.10 ARD-MiMa
14.00 Tagesschau Nachrichten
14.10 Rote Rosen Telenovela
15.00 Tagesschau Nachrichten
15.10 Sturm der Liebe Telenovela
16.00 Tagesschau Nachrichten
16.15 Mittendrin – Flughafen Frankfurt Dokureihe
17.00 Tagesschau Nachrichten
17.15 Brisant Magazin
18.00 Gefragt – Gejagt Show
18.50 WaPo Duisburg
19.45 Sportschau vor acht
19.50 Wetter vor acht
19.55 Wirtschaft vor acht
20.00 Tagesschau
20.15 Tierärztin Dr. Mertens Die Zukunft ist ungeschrieben
21.00 In aller Freundschaft Arzt-Serie. Liebe
21.45 Report Mainz Magazin U.a.: Gefahr in der Luft – Immer mehr Randalierer in Flugzeugen
22.15 Tagesthemen
22.50 Maischberger
0.05 Tagesschau
0.15 Tierärztin Dr. Mertens Tierarzt-Serie (Wh.)
1.00 In aller Freundschaft Arzt-Serie (Wh.)
1.45 Tagesschau
1.50 Maischberger (Wh.)

NDR

16.15 Wer weiß denn sowas? 17.00 NDR Info 17.10 Leopard & Co. 18.00 Ländermag. 18.15 Weltweit unterwegs, DJ Star aus Hamburg 18.45 DAS! 19.30 Ländermag. 20.00 Tagess. 20.15 Visite Magazin. Wenn die Schilddrüse das Kommando übernimmt: ein Leben mit Hashimoto 21.15 Panorama 3 21.45 NDR Info 22.00 Tatort: Was wir erben TV-Krimi (D 2021) 23.30 Marjana und das Gesetz der albanischen Berge 0.00 Vogelperspektiven Dokufilm (D 2023)

STREAMING-TIPP

The Bear: King of the Kitchen (Dramaserie) In der vierten Staffel sind Carmen „Carmy“ Berzatto (White), Sydney Adamu (Edebiri) und Richard „Richie“ Jerimovich (Moss-Bachrach) entschlossen, nicht nur zu überleben, sondern auch ihr Restaurant „The Bear“ auf ein neues Level zu bringen. Mit neuen Herausforderungen hinter jeder Ecke muss sich das Team anpassen, verändern und bewähren. Es geht darum, besser zu werden – es geht darum zu entscheiden, woran es lohnt, festzuhalten. – 10 Folgen. **Disney+**

ZDF

5.30 MoMa 9.00 heute Xpress 9.05 Volle Kanne Magazin. U.a.: Erbsenburger: Rezeptvorschlag von Mario Kotaska 10.30 Notruf Hafenkante Trau, schau, wem 11.15 SOKO Wismar 12.00 heute 12.10 ARD-MiMa
14.00 heute – in Deutschland
14.15 Die Küchenschlacht Show
15.00 heute Xpress Nachrichten
15.05 Bares für Rares Magazin
16.00 heute – in Europa
16.10 Die Rosenheim-Cops
17.00 heute Nachrichten
17.10 hallo deutschland
18.00 SOKO Köln Krimi-Serie Mord aus Liebe
19.00 heute
19.25 Die Rosenheim-Cops Krimi-Serie. Hochzeit in Rosenheim. Mit Dieter Fischer
20.15 Trumps Mann fürs Grobe: Wie viel Macht hat J. D. Vance? Dokumentation
21.00 frontal Magazin
21.45 heute journal
22.15 Vom Straßenjungen zum Streetworker
22.45 Terra X Harald Lesch ... und unser täglich Wasser
23.15 Markus Lanz Talkshow
0.30 heute journal update
0.45 Verräter wie wir Thriller (GB/F/USA 2016) Mit Ewan McGregor, Stellan Skarsgård Regie: Susanna White
2.25 Dan Sommerdahl – Tödliche Idylle Krimi-Serie

ZDF INFO

8.40 Die schwersten Unglücke der DDR 12.55 Terra X Harald Lesch 13.25 Illusionen des Atomzeitalters – Strahlende Zukunftsträume
14.10 Uran – Das unheimliche Element Dokureihe. Der Weg zur Bombe / Fluch und Segen des Atomzeitalters
15.40 Tschernobyl – Die Katastrophe Paradies / Unfall / Lügen / Vermächtnis
18.45 Gefährlicher Weltraumschrott – Auf Kollisionskurs mit Satelliten Dokumentation
19.30 Das Universum – Eine Reise durch Raum und Zeit Reihe. Erstkontakt / Todessterne / Kosmische Kräfte / Schwarze Giganten / Sternenexplosion / Der Killer-Asteroid
0.35 heute-journal Wetter
1.05 Eine Reise durch das Sonnensystem Reportagereihe. Vulkanwelten / Dunkle Welten / Sturmwelten / Eisige Welten / Wundersame Welten Im Sonnensystem erschaffen Vulkane dynamische Welten.
4.50 Das Universum – Eine Reise durch Raum und Zeit

SAT.1

5.30 SAT.1-Frühstücksfernsehen Magazin. Zu Gast: Yannik Eggers 10.00 Klinik am Südring Doku-Soap. Der letzte Grillkönig / Nichts geht mehr / Mensch ärgere dich nicht 13.00 Auf Streife – Die Spezialisten Doku-Soap
14.00 Auf Streife – Die Spezialisten Doku-Soap Was ist Phase?
15.00 Auf Streife – Die neuen Einsätze Doku-Soap
16.00 Lebensretter hautnah
17.00 Notruf Reportagereihe Ein alter Bekannter / Der große Durchbruch
18.00 Lenßen hilft Voll auf die Zwölf / Nur Bares ist Wahres
19.00 Die Landarztpraxis Ein Date mit Hindernissen
19.45 SAT.1: newstime
20.15 Fußball: FIFA-Klub-Weltmeisterschaft Vorbericht
21.00 Fußball: FIFA-Klub-Weltmeisterschaft Benfica Lissabon – FC Bayern München. Aus Charlotte (USA) Moderation: Andrea Kaiser Kommentar: Franz Büchner Experte: Fredi Bobic
22.55 Fußball: FIFA-Klub-Weltmeisterschaft Highlights
23.25 FBI: Special Crime Unit Falsches Vertrauen
0.15 FBI: Most Wanted Krimi-Serie. Cybermobbing
1.10 FBI: Special Crime Unit Krimi-Serie (Wh.)

MDR

16.30 MDR um 4 17.00 MDR um 4 17.45 aktuell / Wetter 18.10 Brisant 18.54 Sandmann 19.00 MDR Regional 19.30 aktuell 19.50 Biwak – Abenteuer Mongolei 20.15 Voss & Team Magazin 21.00 Auktionshaus Wendl in Rudolstadt: Schätze unterm Hammer 21.45 aktuell 22.10 Geheimakte Geschichte – Ein Schädel für Darwin 22.55 Grüner wird's nicht, sagte der Gärtner und flog davon Komödie (D 2018) 0.45 Voss & Team (Wh.)

WDR

16.00 WDR aktuell 16.15 Hier und heute 18.00 WDR aktuell / Lokalzeit 18.15 Servicezeit 18.45 Aktuelle Stunde 19.30 Lokalzeit 20.00 Tagess. 20.15 Tatort: Borowski und das Fest des Nordens TV-Krimi (D 2017) Mit Axel Milberg. Regie: Jan Bonny 21.45 WDR aktuell 22.15 Der Urbino-Krimi: Die Tote im Palazzo Krimi(D 2016) (Forts.: Di., 24. 06., 23.40 Uhr) 23.40 Der Urbino-Krimi: Mord im Olivenhain Krimi (D 2016) 1.10 In aller Freundschaft (Wh.)

RTL

8.00 Punkt 8 9.00 GZSZ 9.30 Unter uns 10.00 Ulrich Wetzel – Das Strafgericht 11.00 Barbara Salesch – Das Strafgericht 12.00 Punkt 12 Magazin
15.00 Barbara Salesch – Das Strafgericht Doku-Soap
15.55 Ulrich Wetzel – Das Strafgericht Doku-Soap Professorin wird durch ominösen Blumenstrauß abgehört
17.00 Der Blaulicht-Report Unfallopfer flieht vor Polizei
17.30 Unter uns Soap. Utes Diagnose
18.00 Explosiv – Das Magazin
18.30 Exclusiv Magazin
18.45 RTL Aktuell
19.05 Alles was zählt Soap Unwillkommene Verstärkung
19.40 GZSZ Soap. Strike Mit Lennart Borchert
20.15 Bauer sucht Frau International Doku-Soap Moderation: Inka Bause Aufregende Momente und Emotionen erwarten sie in Namibia, Bali und Teneriffa, wo Glück und Herzschmerz nah beieinanderliegen.
22.15 RTL Direkt Mod.: Pinar Atalay
22.35 Extra Bürokratie erschwert Bauprojekte / Eis oft künstlich
0.00 RTL Nachtjournal
0.25 RTL Nachtjournal Spezial: Faktenzeichen Hass im Netz
0.45 CSI: Miami Buschfeuer / Paparazzi / Weiße Spur
3.05 CSI: Den Tätern auf der Spur

RBB

16.00 rbb24 16.15 In aller Fr. – Die jungen Ärzte 17.05 Panda & Co. 17.53 Sandmann 18.00 DER TAG in Berlin & Brandenburg 19.30 Abends. 20.00 Tagess. 20.15 Die Donau – Ein Fluss, zehn Länder Dokureihe. Vom Schwarzwald bis zum Schwarzen Meer. Moderation: Rita Knobel-Ulrich 21.45 rbb24 22.00 Thadeusz und die Beobachter Diskussion. Mod.: Jörg Thadeusz 0.00 Berlin Sounds Inside – Der Musiktalk mit Anja Caspary 0.30 Inseln Italiens

HR

16.00 hallo hessen / hessenschau 17.55 hessenschau Sport 18.00 Maintower 18.25 Brisant 18.45 Die Ratgeber 19.15 alle wetter 19.30 hessenschau 20.00 Tagess. 20.15 Der Camping-Check Neustart auf 2 Campingplätzen 21.00 Kochs anders – Gourmetideen aus Hessen Ali, die Landgräfin von Hessen und der Blumenkohl-Granatapfel-Salat 21.45 hessens. 22.00 Kochstories Die Schlossbrüder 22.30 Pakt der Wölfe – Director's Cut Horrorfilm (F 2001) 0.50 Back to Life

3SAT

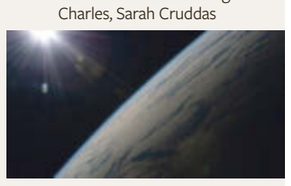
12.25 Servicezeit 12.55 Rosé – der Sommer im Glas 13.20 Maritimes Erbe Dokureihe. Die Küste von Wales / Die deutsche Ostseeküste / Norwegens Küste / Die Küste der Bretagne / Galiciens Küste / Liguriens Küste
17.45 Traumorte Dokureihe Italiens romantische Inseln Neben Capri und Ischia sind auch die Pontinischen Inseln Palmarola, Ponza und Ventotene einen Besuch wert.
18.30 nano Magazin
19.00 heute
19.20 Kulturzeit Magazin. Moderation: Nina Mavis Brunner
20.00 Tagesschau
20.15 Die Toten vom Bodensee: Der Blutritt TV-Krimi (D/A 2020)
21.45 kinokino Magazin
22.00 ZIB 2
22.25 Welterfolg Zürcher Seide Dokumentation
23.45 Tatjana Haennis neues Leben in New York Reportage
0.20 10vor10
0.50 Die Toten vom Bodensee: Der Blutritt TV-Krimi (D/A 2020) (Wh.)

ARTE

11.50 Influencer von rechts (1/4)
12.25 Stadt Land Kunst Magazin
14.00 Buddenbrooks Gesellschaftsdrama (D 2008)
15.30 Buddenbrooks Gesellschaftsdrama (D 2008)
17.00 Großstadtgeflatter
17.45 Die Welt der Botanischen Gärten: Paradiese unter Glas
18.30 Die Natur und ihr Netzwerk der Wohltäter
19.15 Mit offenen Karten – Im Fokus Magazin
19.20 Arte Journal Nachrichten
19.40 Kein Recht, Mutter zu sein? Reportage
20.15 Lateinamerika und die USA Umstürze / Kriege / Chaos
23.05 Argentinien im Teufelskreis – Bringt Milei die Wende? Dokumentation Argentiniens amtierender Präsident Milei unterzieht sein Land einer neoliberalen Rosskur.
0.00 Das Land der verlorenen Kinder Dokumentarfilm (D 2024) Mit Ilka Teichmüller
1.35 Wanted – Der gefährlichste Waffenhändler der Welt Dokumentation

WELT

10.00 WELT-Newsroom 10.50 Börsenflash 11.00 WELT-Newsroom 11.50 Börsenflash 12.00 Die Welt am Mittag 12.20 WELT – Meinung am Mittag 12.30 Die Welt am Mittag 12.45 Börse 13.00 Die Welt am Mittag 13.30 WELT-Spezial 14.00 WELT-Newsroom
15.55 Börsenflash
16.00 WELT-Newsroom
16.55 Börsenflash
17.00 WELT-Newsroom
17.15 WELT-Spezial
17.45 Börse am Abend Magazin
18.00 Die Welt am Abend
18.10 Meine WELT Magazin
18.20 Die Welt am Abend
20.10 Meine WELT – Meine Meinung zum Tag Magazin
20.15 Spacetime Dokureihe
22.05 Strip the Cosmos Dokureihe. Rätsel der Milchstraße / Geheimnisvoller Jupiter
0.00 UFO-Theorien – Zwischen Fakt und Fiktion Dokureihe. Stephenville / Wales. Moderation: Craig Charles, Sarah Cruddas



20.15 Ein mysteriöses Objekt soll sich in den Außenbereichen des Sonnensystems befinden. Die Forscher vermuten, dass es sich dabei um einen weiteren Planeten handelt.

BR

15.00 nah und fern 15.30 Schnittgut 16.00 BR24 16.15 Wir in Bayern 17.30 Regional 18.00 Abendschau 18.30 BR24 19.00 Gesundheit! 19.30 Dahoam is Dahoam 20.00 Tagess. 20.15 Tatort: Sternschnuppe TV-Krimi (D 2016) Mit Harald Krassnitzer. Regie: Michael Riebl 21.45 BR24 22.00 Der Zürich-Krimi: Borchert und die Macht der Gewohnheit TV-Krimi (D 2018) Mit Christian Kohlund 23.30 Am Abgrund Polit-thriller (D 2024) Mit Hans-Jochen Wagner 1.00 Dahoam ... (Wh.)

SWR

17.00 Aktuell 17.05 Kaffee oder Tee 18.00 Aktuell 18.15 Landesschau BW 19.30 Aktuell 20.00 Tagess. 20.15 Marktcheck Magazin. Beschichtete Bratpfannen im Test: Mit welcher brät man am besten? 21.00 Preiswert, nützlich, gut? 21.45 Aktuell 22.00 Hannes und der Bürgermeister Show 22.30 Smeilingen – Ein Dorf wie Du und ich 23.00 kabarett.com Show. Thomas Reis 23.45 extra 3 0.30 Hannes und der Bürgermeister (Wh.)

PRO SIEBEN

8.20 Die Simpsons (Wh.) 8.45 How I Met Your Mother (Wh.) 9.15 The Middle (Wh.) 9.45 Two and a Half Men (Wh.) 11.05 Young Sheldon (Wh.) 11.30 The Big Bang Theory (Wh.) 12.50 How I Met Your Mother 13.20 The Middle 13.45 Two and a Half Men
15.05 Young Sheldon
15.35 The Big Bang Theory
17.00 taff Magazin. New York After Dark. Moderation: Viviane Geppert, Christian Düren
18.00 ProSieben: newstime
18.10 Die Simpsons
19.05 Galileo Magazin. Aus dem Rheinland nach Manhattan: Deutscher Spitzenkoch lebt seinen American Dream in New York City
20.15 TV total Show. Gutes Fernsehen für alle. „TV total“ – mit Nippelboard und fahrbarem Pult. Gastgeber ist Grimme-Preisträger Sebastian Pufpaff.
22.30 Chris du das hin? Show Zu Gast: Vanessa Mai
23.30 Wer isses? Show Rateteam: Chris Tall, Michelle Hunziker. Gast: Benni Wolter, Dennis Wolter
1.40 TV total Show (Wh.)
3.25 ProSieben :newstime
3.30 Chris du das hin? (Wh.)
4.10 World Wide Wohnzimmer Show. Moderation: Dennis Wolter, Benni Wolter

VOX

5.40 CSI: Miami (Wh.) 6.05 CSI: NY (Wh.) 7.55 CSI: Den Tätern auf der Spur 9.35 vox nachrichten 9.40 CSI: Den Tätern auf der Spur 12.20 CSI: Miami Krimi-Serie
15.00 Shopping Queen Doku-Soap. Motto in Köln: Dream-Team! Findet das perfekte Outfit für den Abschlussball!, Tag 2: Claudia
16.00 Das Duell – Zwischen Tüll und Tränen Doku-Soap
17.00 Zwischen Tüll und Tränen
18.00 First Dates – Ein Tisch für zwei Doku-Soap
19.00 Das perfekte Dinner Doku-Soap. U.a.: Tag 2: Heiko, Berlin / Motto: Keene Currywurst, aber trotzdem lecker – Berlin kann auch Gourmet
20.15 Hot oder Schrott – Die Allestester Doku-Soap. U.a.: „Cool Air Seat“ / „Weintasche“
22.15 Hot oder Schrott – Die Allestester Doku-Soap. U.a.: „Aqua Hockey“ / „Auto Fan“
0.20 vox nachrichten
0.40 Medical Detectives

KABEL 1

5.05 Navy CIS: L.A. 5.55 Hawaii Five-0 Krimi-Serie 10.10 Navy CIS 13.50 Castle Mord auf dem Mars / Hongkong Supercop
15.45 Kabel Eins :newstime
15.55 Das Schnäppchen-Menü – Drei Gänge, fertig, los! Show. Männer-Freundschaft vs. Paar-Power
16.55 Abenteuer Leben täglich Magazin. Timo kocht über (6) Koch-Laiin Yara soll unter Timos Anleitung ein Gourmet-Gericht zaubern.
17.55 Mein Lokal, Dein Lokal – Der Profi kommt Reihe. „Ristorante Da Salvo“, Lüneburg
18.55 Achtung Kontrolle! Reportagereihe. Zweiradkontrolle Polizei Wittenberge
20.15 Snitch – ein riskanter Deal Actionthriller (USA/VAE/GB/SAR 2013) Mit Dwayne Johnson, Barry Pepper, Jon Bernthal. Regie: Ric Roman Waugh. John lässt sich in ein Drogenkartell einschleusen, um seinem Sohn zu helfen.
22.35 Pacific Rim Sci-Fi-Film (USA '13) Mit Charlie Hunnam. Regie: Guillermo del Toro
1.05 Wall Street Drama (USA '87) Mit Michael Douglas, Charlie Sheen. Regie: Oliver Stone
3.10 Kabel Eins: newstime
3.15 Der weiße Hai 2 Horrorfilm (USA 1978)

PHOENIX

16.45 Deutschland, warum bist Du so?
17.15 Nato am Ende? – Trumps neue Weltordnung 17.30 der tag 18.00 Wehrpflicht in Schweden – Vorbild für Deutschland? 18.30 Japan im Licht der Jahreszeiten Dokumentation. Frühling und Sommer / Herbst und Winter 20.00 Tagesschau 20.15 Die Prärie – Rückkehr der Wildnis Dokumentation 21.00 The Great Way – zu Fuß um die Welt 21.45 heute-journal 22.15 runde 23.00 der tag 0.00 runde (Wh.) 0.45 Die Prärie – Rückkehr der Wildnis (Wh.)

EUROSPORT1 / SPORT1

Eurosport: 16.00 Tennis: WTA 500 Bad Homburg Open: 2. Runde 20.00 Cycling Show Aktuelles und Hintergründe aus der Radsport-Welt 20.30 Radsport: Tour de Suisse 8. Etappe der Herren 21.30 Snooker: Welsh Open Finale: Mark Selby – Stephen Maguire. Aus Llandudno (GB)
Sport1: 17.00 My Style Rocks Show. Jury: Harald Glööckler, Larissa Marolt, Natascha Ochsenknecht, Sandra Bauknecht 19.20 Hausmeister Krause Der andere Dieter / Das Superweib (Wh.) 20.15 Darts Party Mod.: Negah Amiri, Elmar Paulke



PICTURE ALLIANCE/DTS-AGENTUR; MARTIN U. K. LENGEMANN/WELT

Farbe auf die Weltzeituhr: Protest von Klimaaktivisten der „Letzten Generation“ in Berlin im Jahr 2023

wort: Postmoderne. Und heute haben wir es erneut mit einer politisierten Jugend zu tun, die sich selbst als „woke“ bezeichnet.

Uns bleibt die Hoffnung, dass nach der politischen Generation der Weltverbesserer wieder eine skeptische Generation kommt, die mit dem woken Spuk aufräumt. Das ist die Hoffnung auf eine Rückkehr aus den moralischen Exzessen und dem nihilistischen Selbstzweifel des Westens zur moralischen Normalität, die sich von selbst versteht. Normalität ist eine Frage der Distanz, und zwar der richtigen Entfernung zur Wirklichkeit. Gerade dabei helfen uns weder die Medien noch die Wissenschaft. Denn die Wissenschaft arbeitet im Medium der Abstraktion – und deshalb bleibt sie unserer Lebenswirklichkeit zu fern; man spricht ja dann gerne vom „Elfenbeinturm“. Und die Medien arbeiten im Medium der Emotion – und damit sind sie unserer Lebenswirklichkeit zu nah; sie rücken uns buchstäblich auf den Leib. Nur durch die richtige Distanz kann man aber beurteilen, was wirklich wichtig ist. Die Medienwirklichkeit zwingt uns ständig zum Meinen und Urteilen, während Skepsis ja die Zurückhaltung des Urteils meint.

Die richtige Entfernung der Normalität erreicht man geistig durch Skepsis und seelisch durch Humor. Im Gegensatz zu allen Formen der Unterwerfung unter den Zeitgeist ist die skeptische Haltung charakterisiert durch Unverführbarkeit und Verblüffungsfestigkeit. Sie verfällt nicht dem Größenwahn des Absoluten und Prinzipiellen, sondern sorgt für Ernüchterung. Diese Haltung führt aber weder zu einem heillosen Relativismus, noch zu einer Nostalgie nach dem Absoluten, sondern zu einer skeptischen Philosophie der Endlichkeit.

Dazu hat Thomas Mann eine gute Begriffsfamilie gebildet: „Freiheit, Gerechtigkeit, Behutsamkeit, Wissen, Güte und Form.“ Und über den Zusammenhang von Skepsis und Bürgerlichkeit schreibt er einmal: „Der Zweifel steht am Ausgange des kulturell geschlossenen und geborgenen, autoritär christlichen Mittelalters; er steht am Eingange der Neuen Zeit, der Zeit der Aufklärung, die ein humanes Ideal, den antifanatischen und duldsamen, aber auch nicht mehr geistig geborgenen und gebundenen, sondern gelösten und individualistisch vereinzelten Menschen konzipierte. Dieser lockere, tolerante, zweiflerische und vereinzelte Mensch ist der Bürger“.

In der skeptischen Generation, die sich nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges herausbildete, hat der Soziologe Helmut Schelsky die Träger einer neuen Normalität des Alltags erkannt: „Diese Generation ist in ihrem sozialen Bewusstsein und Selbstbewusstsein kritischer, skeptischer, misstrauischer, glaubens- oder wenigstens illusionsloser als alle Jugendgenerationen vorher, sie ist tolerant, wenn man die Voraussetzung und Hinnahme eigener und fremder Schwächen als Toleranz bezeichnen will, sie ist ohne Pathos, Programme und Parolen. Diese geistige Ernüchterung macht frei zu einer für die Jugend ungewöhnlichen Lebenstüchtigkeit. Die Generation ist im privaten und sozialen Verhalten angepasster, wirklichkeitsnäher, zugriffsbereiter und erfolgssicherer als je eine Jugend vorher. Sie meistert das Leben in der Banalität, in der es sich dem Menschen stellt, und ist darauf stolz.“

Lass’ dich nicht verführen und verblüffen, bleibe nüchtern – das ist also der Rat des Skeptikers. Der Philosoph Hans Blumenberg hat dazu einmal sehr schön gesagt: „Ein Kriterium für intellektuelle Gesundheit ist die Spannweite von Unvereinbarkeiten im Hinblick auf ein und dieselbe Sache, die ausgehalten wird und dazu noch Anreiz bietet, Gewinn aus der Beirrung zu ziehen.“ Das ist die Befähigung des Skeptikers und Humoristen. Sie weist den Weg zurück zur Normalität.

Woran wird man also die neue skeptische Generation erkennen? Vor allem daran, dass sie wieder ein Maß für die Lebensführung gefunden hat. Ein Maß ist uns ja schicksalhaft vorgegeben: die eigene Endlichkeit. Und ein Maß müssen wir uns durch Lebenserfahrung erarbeiten: das Augenmaß. Normale Menschen sind kurzsichtig, was die Zukunft betrifft. An dem, was mit der Erde in ein paar hundert Jahren geschieht, hat man vielleicht ein intellektuelles Interesse, aber kein emotionales. Ganz anders steht es mit der eigenen Sterblichkeit. Ein endliches Wesen kann nur handeln, wenn es die Zukunft radikal „diskontiert“; das heißt, je weiter etwas in der Zukunft liegt, desto unwichtiger ist es – für einen selber. Meine Endlichkeit verpflichtet mich auf das, was Goethe die „Forderung des Tages“ genannt hat: das Begrenzte, das Eingehegte, die Familie, die Freunde, die Heimat und nicht zuletzt den Beruf, der ja nach Nietzsche „das Rückgrat des Lebens“ ist.

Norbert Bolz ist emeritierter Professor für Medienwissenschaften und Philosoph. Der voranstehende Text ist ein leicht gekürzter Auszug aus einem neuen Buch: „Zurück zur Normalität. Das Zeitalter des gesunden Menschenverstandes beginnt“ erscheint bei LMV (256 Seiten, 24 Euro).

Der Sommer beginnt hier

Kann man vom Pflegenotstand in Deutschland erzählen, vom Graben zwischen Prekariat und Bildungsbürgertum, Ost und West und zwischen den Generationen, ohne dass es erdenschwer wird? Ina Weisses Film „Zikaden“ schafft es



JUDITH KAUFMANN / LUPA FILM

Nina Hoss und Saskia Rosendahl in „Zikaden“

Es gibt Filme, über die mag man gar nicht viel sagen, von denen mag man höchstens flüstern. Filme, nach denen man die ständige Angst hat, beim Reden über sie zu laut zu werden. „Zikaden“ ist so ein Film. Die Schauspielerin Ina Weisse hat ihn geschrieben und inszeniert. Erlebt hat sie ihn zumindest in Teilen auch. Von Anja und Isabell erzählt „Zikaden“.

VON ELMAR KREKELER

Und von Brandenburg, von Landflucht und Fremdheit, vom Pflegenotstand und prekärer Mutterschaft, vom Schatten der Väter und den unerfüllten Wünschen der Töchter, von der unstillbaren Sehnsucht nach Liebe und einem Ort zum Leben. Das vielleicht größte Wunder (ein zu lautes Wort, ich weiß, es passt aber) von „Zikaden“ ist, wie Ina Weisse all den Themen, mit denen sie operiert, die Schwerkraft genommen hat. „Zikaden“ ist ein schwebender Film. Ein stiller Film. Erzählt in Skizzen, in Bildern und Räumen, in Gesten und Blicken, im minimalen Spiel der Gesichter.

Saskia Rosendahl ist Anja, Nina Hoss ist Isabell. Ohne die beiden wäre „Zikaden“ nichts. Aber dazu später mehr. Es ist heiß über Brandenburg. Eine normal zersiedelte ostdeutsche Gegend. Die Natur umstellt gleichgültig ein durchschnittlich verwahrlostes Dorf und ein wie aus dem Architekturmuseum für Bauhaus-Nachfolge in die Gegend geplumpstes Klinkerhaus an dessen Rand. Die Kamera schwenkt an einem Waldrand vorbei. Anja rennt ihrer Tochter hinterher. Greta heißt sie und ist ein wildes Mädchen. Man sieht sie Maden mit einem Stöckchen aus einem Vogelkadaver prukeln. „Zikaden“ ist auch ein Psychothriller, aber wie alles andere ist Ina Weisses drittes Kinodrama auch das nur hinter vorgehaltener Hand. Man spürt das Unheil, wie man es in französischen Filmen (Deutsche können das eigentlich nicht) gern manchmal spürt (auch die melancholische Musik legt sich übrigens wie ein Schatten aus Frankreich über alles). Immer wieder lässt Ina Weisse es aufflackern, es tritt irgendwann sogar ein, aber anders und wortlos und brennt sich in seiner Ungeheuerlichkeit genau deswegen ein.

Zurück aufs Land. Da kommt Isabell an. Anja beobachtet es von fern. Man kann Anjas Miene schwer deuten, wie man Anja überhaupt schwer deuten kann. Glaubt aber etwas eher Unheimliches, einen Anflug von Gier über ihr Gesicht huschen zu sehen. Sie sind im Konvoi von Berlin gekommen. Ein Rollstuhl wird ausgepackt, Isabells Vater ins Haus geschoben. Es ist sein Haus. Er war ein großer Architekt. Wahrscheinlich – weil der Architekt Rolf D. Weisse, der Vater von Ina Weisse, ihn spielt – mal im Büro von Mies van der Rohe. Er hat es gebaut. Er will es behalten. Er kann nicht mehr viel. Er hatte einen Schlaganfall.

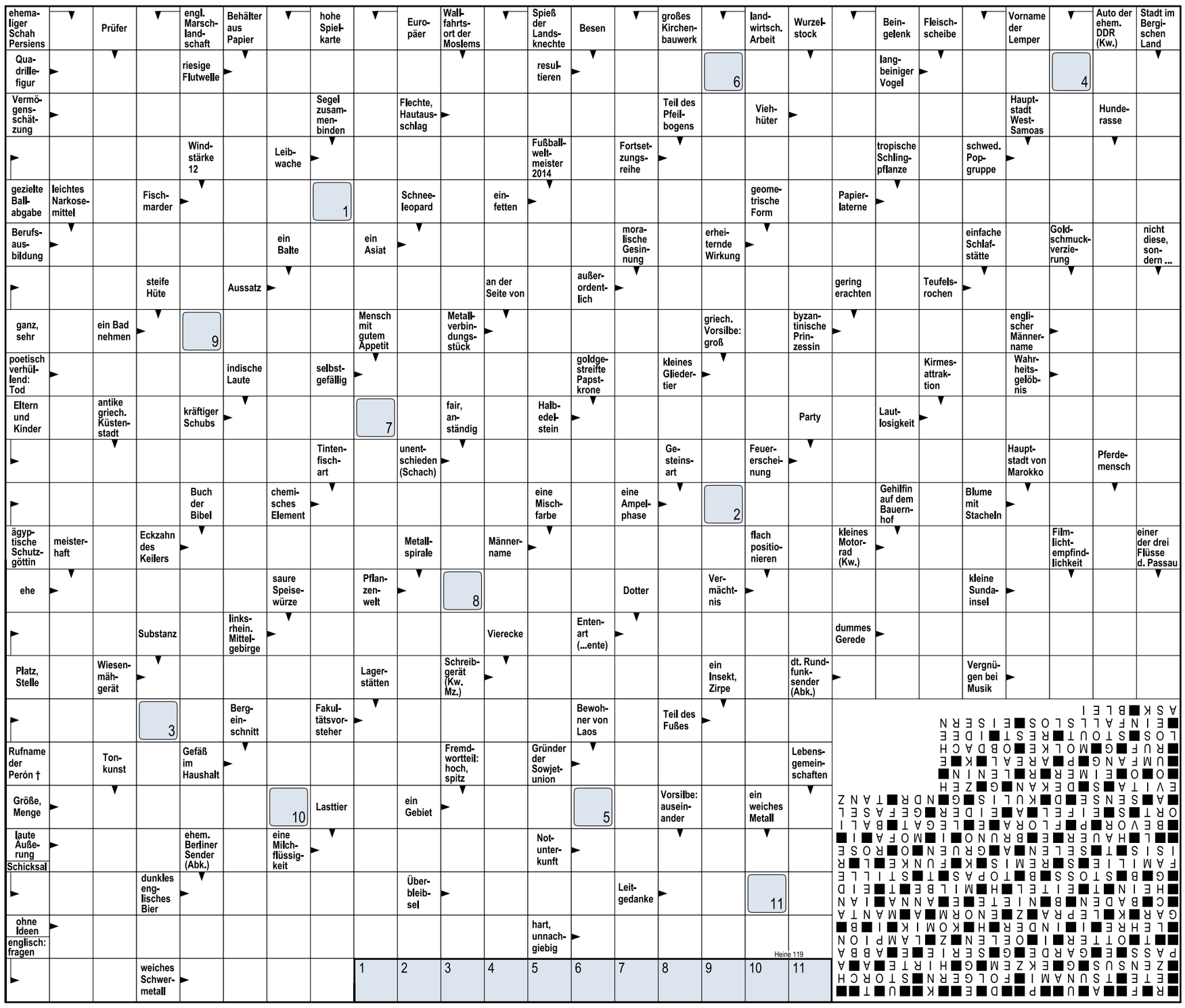
Isabell darf tote Fliegen im Sommerhaus wegsaugen, ständig hin- und herfahren zwischen ihrer Existenz in Berlin und dem Haus auf dem Land. Sie wird zerrieben, wie gerade Millionen Frauen mittleren Alters zerrieben werden, kümmert sich weniger um sich, um ihren Job (ihr Kinderwunsch blieb unerfüllt) als um die Organisation der Vollzeitpflege ihrer Eltern, telefoniert hinter Pflegediensten her, führt Personalgespräche mit polnischen Pflegekräften.

Isabell ist auch Architektin, verkauft aber jetzt als Maklerin Entwürfe anderer für teuer Geld. Der große Schatten des Vaters, der immer noch, jetzt aber auf andere Art über ihrem Leben liegt, der Wunsch, es ihm recht zu machen, von ihm anerkannt zu werden, hat – aber das vermuten wir jetzt nur – sie erstarren lassen. Ihrer sowieso nicht unbelasteten Ehe mit Philippe hat das nicht enden wollende, immer heftigere Kreisen ihres Denkens um ihren Vater den Todesstoß versetzt. Von Isabell weiß man alles. Von Anja weiß man beinahe nichts. Sie sind – ohne dass es in „Zikaden“ jemals klischiert wirkt oder schablonenhaft – Gegenbilder in beinahe allem: die Bildungsbürgerin aus dem Westen, die alleinerziehende Tellerwäscherin aus dem Osten. Zwei Varianten prekärer Existenz in Deutschland. Was Isabell an Identität fast zu viel hat, hat Anja fast zu wenig. Was sie erzählt von sich, könnte auch ganz anders sein. Sie ist der eigenartige Fremde, der sich in Thrillern gern in anderer Leute Leben schleicht.

„Du bist schön“, sagt Anja mal zu Isabell. Sie nähern sich an. Erkennen einander. Und dann schließen sie einen Pakt. Unausgesprochen, sichtbar in Judith Kaufmanns Bildern, paradoxen bewegten Stillleben. Die inneren Geschichten, die Saskia Rosendahl und Nina Hoss, die mimisch wahrscheinlich beredtesten deutschen Schauspielerinnen, auf ihre Gesichter projizieren, die sie mit Mundwinkeln, Augenaufschlägen, Blicken erzählen, würden ganze Romane füllen. Das war jetzt schon wieder ziemlich laut. Zu viel gesagt haben wir wahrscheinlich sowieso. Nur sechs Worte noch: Muss man in diesem Sommer sehen.

RÄTSEL UND SUDOKU

VON STEFAN HEINE



	5		2				9	
8				4				
						5		
6				8				
		4					2	
			3				7	
		9	7					
	1							
						8		6

		3	8		1	5		
			7		2			
7				6				2
6	7						5	9
		4				2		
9	8						4	3
2				8				7
			1		4			
		6	3		5	8		

Jede Ziffer von eins bis neun wird in jeder Spalte, jeder Zeile und in jedem 3x3-Feld genau einmal eingetragen. Das obere Sudoku ist von mittlerer Schwierigkeit, das Rätsel darunter etwas leichter.

6	1	8	3	2	9	5	4	7
9	3	7	4	5	8	6	1	2
5	2	4	6	1	7	9	8	3
4	7	6	1	9	3	8	2	5
3	8	2	7	4	5	1	6	9
7	9	1	2	6	4	3	5	8
8	6	5	9	7	1	4	3	2
2	4	3	8	5	6	7	9	1
1	5	9	6	3	2	8	7	4

1	9	6	3	7	5	8	2	4
8	3	7	1	2	4	6	9	5
2	4	5	6	8	9	3	1	7
9	8	1	2	5	6	7	4	3
3	5	4	9	7	1	2	6	8
6	7	3	8	4	2	9	5	1
4	1	9	5	6	3	4	8	2
7	2	8	4	3	7	5	1	6
5	6	2	7	9	8	1	3	9

Ich liebe diese Band



MENG CHRISTOPHE/ABACA/ PICTURE ALLIANCE

Manchmal singt er einfach nur: Steve Hogarth und Marillion

Irgendwann im vergangenen Jahr entschloss sich Steve Hogarth, der Sänger der Band Marillion, dass es nun wohl an der Zeit sei, sich die Haare nicht mehr zu färben. Das führte eine Zeit lang zu einem seltsamen halb schwarzen, halb weißen Scheitel, der bei den Fans im Internet zu Irritationen und heftigen Diskussionen führte. Denn man darf nicht vergessen: Nichts führt einem so sehr das eigene Alter vor Augen wie das Alter der Band, die man ein Leben lang verehrt, vielleicht sogar vergöttert hat. Marillion waren immer eine von diesen Bands, von den Kritikern kann man das nicht unbedingt sagen.

PETER HUTH

Seit ihrem Megahit „Kayleigh“, der ein Betriebsunfall war, hat sich die Band durch alle Stadien gekämpft, von kleinen Clubs bis in die Riesenarenen, zurück in die Clubs und heute wieder in die großen Hallen. Für die meisten blieb sie ein One-Hit-Wonder („Ach, die gibt es immer noch?“), für andere aber sind Marillion eine jener Offenbarungsgruppen, deren Anhängerschaft Bekenntnis und Schwur vereint. Die Konzerte, eine Selbstversicherung der Fans, in denen Lebensphasen durchlebt und durchlitten werden. 2002 hat die Band begonnen, ihre „Marillion Weekends“ zu zelebrieren. Diese zwei- bis dreitägigen Konzertreihen gibt es seit den Anfängen in Port Zélande in den Niederlanden nun weltweit – acht waren es in diesem Jahr. Man kann jetzt Worte wie „Hochämter“ oder „Messen“ bemühen, tatsächlich aber sind es Familientreffen. So auch in Berlin, wo die 2025er-Reihe zu Ende ging.

Schon am ersten Abend im Tempodrom war klar, dass man es hier nicht mit dem üblich reservierten bis gelangweilten Berliner Publikum zu tun hat, sondern mit einer eingeschworenen Gemeinschaft. Grob geschätzt waren vielleicht 20 Prozent des Publikums tatsächlich aus Berlin, der Großteil war aus aller Welt angereist: viele Polen, viele Briten, natürlich die Holländer, Italiener. Sogar aus Südamerika waren Fans nach Berlin gereist. Nicht wegen des Berghains, allein wegen Marillion. Was diese In-Residence-Konzerte von normalen Touren unterscheidet (und immer mehr Bands haben diese Art der Veranstaltung mittlerweile für sich entdeckt) ist die Tatsache, dass man sich entspannt und in Ruhe der ausgiebigen Repertoirepflege widmen kann. So steht bei jedem „Marillion Weekend“ immer ein Album aus der über 40-jährigen Geschichte im Vordergrund.

Am ersten Abend war es das ewig unterschätzte Meisterwerk „Marbels“ aus dem Jahr 2002. Fast das gesamte Doppelalbum wurde aufgeführt, schmerzlich vermisst wurde allein das hypnotische „Angelina“. Dazu einige der Songs, die sich in den vergangenen Jahrzehnten als Livehits herauskristallisiert haben. Beispielsweise das multimelodiöse „Men of a Thousand Faces“ und der Klassiker „King“, eine Hymne über den viel zu schnellen und viel zu komplizierten Ruhm, der Selbstzweifel und Identitätskrisen auslöst. Diese Auseinandersetzung mit dem Künstlertum ist tief in der DNA von Marillion verankert. Auch die beiden letzten Alben „Misplaced Childhood“ und „Clutching at Straws“, die mit dem ehemaligen Sänger der Band, Derek William Dick, aufgenommen worden waren, beschäftigten sich mit diesem Thema.

Seit 1989 aber ist Steve Hogarth das Gesicht von Marillion. Er ist der ideale, der perfekte Frontmann. Er singt nicht nur, er spielt. Nein: Er verkörpert jede einzelne Zeile der Texte, unterstrichen mit punktgenauen und doch oft erratischen Gesten, die das Publikum (auch ich) nachempfindet, als wären es die eigenen. Bei kaum einer anderen Band ist die Verbindung von dem, was auf der Bühne passiert und dem, was es im Publikum auslöst, so innig wie bei Marillion. Aber jetzt ist etwas anders, vielleicht hat es mit den schlohweißen Haaren von Hogarth zu tun. Er wirkt jetzt noch mehr wie eine seiner Bühnengestalten: der manische Voyeur, der Außenseiter, der Eindringling, der Verzweiflungstäter. Das ist unfassbar authentisch und fesselnd. Es macht immer ein bisschen Angst, ihm zuzusehen – weil er stets wie kurz vor dem Zusammenbruch wirkt. Und es macht Spaß, ihm zuzusehen – aus exakt dem gleichen Grund. Steve Hogarth lebte schon immer die Grandezza der großen Fast-Katastrophe. Vor 30 Jahren, als er (freude-)trunken auf die Riggs geklettert ist. Heute bleibt er am Boden und hebt trotzdem ab. Jeder Moment wirkt echt und durcherlebt und ist doch so übertrieben, dass es schon wieder eine eigene Kategorie ist.

> Als sie sich 1988 von ihrem Sänger Fish trennten, wäre unser Autor fast vom Glauben an Marillion abgefallen. Aber Steve Hogarth wurde am Ende sogar noch besser – wie er an zwei „Weekend“-Abenden in Berlin wieder beweist

Doch die Präsenz des Frontmanns geht automatisch auf Kosten der Band. Mark Kelly, der Ausnahme-Keyboarder, Steve Rothery, der Meistergitarrist, und Ian Mosley, das Rückgrat der Band am Schlagzeug, treten bis zur Unkenntlichkeit in den Hintergrund.

Allein Bassist Pete Trewavas, der sich im vergangenen Jahr einer schweren Herzoperation unterziehen musste, wird von den Fans frenetisch gefeiert und von Hogarth immer wieder in den Vordergrund gestellt. Dazu kommt, dass Hogarth, der immer schon gerne mitmusiziert hat, seinen Einsatz an eigenen Instrumenten weiter ausgebaut hat.

Am ersten Abend gibt es kaum mehr einen Song, in dem er nicht entweder am Keyboard sitzt, Gitarre spielt oder irgendwelche komplizierten Maschinen bedient, die er sich selbst ausgedacht hat. Als ich zuletzt mit ihm über die Chemie innerhalb der Band gesprochen habe, hat er gesagt, sie sei so gut wie nie zuvor. Anders kann man es sich nicht erklären, dass diese grandiosen Musiker, die mittlerweile 40 Jahren Musik auf absoluten Spitzenniveau produzieren, sich so geschmeidig damit abfinden, in die zweite Reihe gestellt zu werden.

Beim diesjährigen Weekend macht es Hogarth auch seinen Fans nicht leicht. Immer, wenn sie mitsingen wollen (und das wollen sie eigentlich immer), lockt er sie geschickt in die Falle. Er verändert seine Einsätze, seine Tonlagen, seine Intonation. Er zerlegt die Songs, dekonstruiert sie und setzt sie neu zusammen, teilweise so stark, dass sie kaum wiederzuerkennen sind. Hält er also das Mikrofon in die Menge, singt das Publikum Stücke wie „Sugar Mice“ oder „Neverland“, so wie es sie kennt – und Hogarth setzt seine eigene Interpretation darüber.

Das ist für uns lauthals Mitsingende irritierend, hebt sich aber grandios von den mittlerweile üblichen, präzise durchgetakteten und unter der Knute der auf riesigen LED-Wänden abgespielten Filme stehenden Shows anderer Bands ab. Darauf verzichten Marillion in diesem Zyklus ganz und setzen komplett auf die Präsenz von Hogarth und die kluge und irrsinnig effektvolle Lichtshow, die Maßstäbe setzt. Marillion sind heute wieder viel mehr Rockband – das funktioniert perfekt. Der zweite Abend war das freie, radikale Spiel. Eine Reise durch das Werk, die Setlist leicht angelehnt an die erste Tour mit Steve Hogarth von 1989. Die Überraschung des Abends (für alle, die sich dem Setlist-Spoilern verweigert hatten), war „Script for a Jester’s Tear“, das Titelstück des Debütalbums. Natürlich wurde der Song gefeiert, und selbstverständlich drückt Hogarth auch diesem Song, der so sehr mit Fish, dem ehemaligen Sänger der Band, verbunden ist, seinen eigenen Stempel auf.

Es folgte eine kleine Suite aus Stücken von „Misplaced Childhood“, dem Album, das die Band zum Weltruhm geführt hat, eröffnet von „Kayleigh“, dem Hit, der ein Missverständnis war, und dann aufgefangen durch die werkwichtige Weiterführung des Konzeptalbums mit dem großartigen „Bitter Suite“. Nur die letzten beiden Songs kamen vom neuesten Album der Band: „The Crow and the Nightingale“, die Hymne auf Leonard Cohen – und die Elegie „Care“, die den Krankenschwestern während der Covid-Pandemie gewidmet ist. So groß der erste Abend war – der zweite war einfach grandios. Eines der besten Konzerte, die ich jemals sehen durfte. 1989 ging ich mit meinem britischen Freund Neil zur Debüttour mit Hogarth, der Fish damals ersetzt hatte. Ich war skeptisch, doch mein Begleiter, der den Sänger mit seiner vorherigen Band gesehen hatte, versicherte mir, ich müsse mir überhaupt keine Sorgen machen. Nach nur drei Stücken schrien wir gegen die Buhrufe der unbelehrbaren Fish-Fanatiker an: „Hogarth’s my hero!“ Das gilt bis heute. Ich liebe diese Band.

Wo früher Kellermeister herrschten, regieren Kuratoren

Steinalt, malerisch gelegen und seit jeher auf Genuss spezialisiert: Französische Weingüter werden als Ausstellungsorte entdeckt

Philippe Austruy sammelt nicht nur Kunst, sondern auch Weingüter. Der Franzose, der sein Vermögen mit Altersheimen und Krippen verdient hat, besitzt eins in der Toskana, eins im portugiesischen Douro-Tal, eins im Médoc und eins in der Provence, die Commanderie de Peyrassol. Der Name sagt längst nicht nur Weinkennern etwas. In wenigen Jahren ist es dem 76-jährigen Unternehmer gelungen, Peyrassol erst zu einem Freiluftmuseum für zeitgenössische Kunst und schließlich zu einem Magneten für Kunstliebhaber aus aller Welt zu machen.

VON MARTINA MEISTER

Die Domäne in der Nähe von Flassons-sur-Issole geht auf die Tempelorden-Ritter zurück, die hier im 13. Jahrhundert mit dem Weinbau begonnen haben und deren Ordenssymbol, ein blutrotes Tatzenkreuz auf weißem Grund, bis heute die Flaschen schmückt. Der Weg schlängelt sich über Hügel bis sich vor den Augen des Besuchers eine riesige Wand von 35 bunten Fahnen auftut, die lautstark im Wind flattern. Es ist Daniel Burens schwebendes Schachbrett in Regenbogenfarben („Damier flottant arc-en-ciel“), das mit dem Tempelritterkreuz zum Erkennungszeichen von Peyrassol geworden ist. Auf dem fast 1000 Hektar umfassenden Gelände stehen gut sichtbar, andere Male in der Natur versteckt, Skulpturen von Weltklassekünstlern wie Anish Kapoor, Ulrich Rückriem, Lee Ufan, Ugo Rondinone und auch von Austruys fast Nachbarn Bernar Venet.

Die Commanderie de Peyrassol wurde vor zehn Jahren der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Nach und hat Austruy Teile der Gebäude in Ausstellungsräume verwandelt, die 2021 eingeweiht wurden und jedes Jahr neben Werken seiner Sammlung auch Themenausstellungen zeigen. In Erinnerung bleibt der ästhetische Clash von „Face au temps“ (Angesichts der Zeit), eine Ausstellung, die Arbeiten seiner Sammlung mit den Werken flämischer Meister des 15. und 16. Jahrhunderts des belgischen Galeristen Georges De Jonckheere konfrontierte. Jetzt ist eine weitere Lagerhalle umgewidmet worden, in der bis Anfang November „Die Kunst, nicht gefräßig zu sein“ zu sehen ist, die erste europäische Einzelausstellung des brasilianischen Künstlers Jonathas de Andrade.

Der 1982 im nordbrasilianischen Maceió geborenen Künstlers thematisiert die kollektive Erinnerung und Identität seines Landes. Mit Fotografie, Video und Installationen hinterfragt er die Utopie der Moderne, oft mit Mitteln, die Realität und Fiktion auf verstörende Weise verweben. Die zwölf Werke, die in Peyrassol zu sehen sind, kreisen um Fragen menschlicher Begierden, um die Beziehung des Menschen zur Natur, die in Gefräßigkeit umschlägt. Für eines der Werke hat de Andrade Kayapó-Frauen gebeten, die anzestrale Motive, die sie sich sonst direkt auf ihren Körper malen, auf Karten der Amazonas-Region zu zeichnen. Auf diese Weise ist ein rätselhaftes Geo-Abbild des brutalen Kampfes um Territorien entstanden, wo illegal Seltene Erden abgebaut werden.

Im Video „Nó na garganta (a knot in the throat)“ schneidet de Andrade Sequenzen von Mitarbeitern eines brasilianischen Privatzoos, die mit Schlangen hantieren, gegen Bilder von Naturkatastrophen. Auch das Video „O Peixe“ (Der Fisch), das schon 2016 auf der Biennale von Sao Paulo zu sehen und dann in der Pariser Fondation Pinault, ist ein verstörendes Werk über das Verhältnis von Mensch und Tier. Andrade hat Fischer aus seiner Heimatregion gebeten, ihre Beute in die Hand zu nehmen und an die Brust zu drücken. Die Szene war ihm im Traum erschienen. In den Gesichtern der Fischer drückt sich eine seltsame Mischung aus Zärtlichkeit und Gewalt aus. „Wir müssen gemeinsam über dieses Gefühl der Verunsicherung reden“, sagt de Andrade, der sich als Erbe von Jean Rouche sieht, dem Pionier des ethnografischen Films.

Den Titel der Ausstellung hat er der 1970 verstorbenen, brasilianischen Schriftstellerin Clarice Lispector (1922 bis 1970) entliehen, die wie er im Nordosten Brasiliens aufgewachsen ist, und die ihm als roter Faden dient. „Die Menschheit verhält sich gefräßig gegenüber der Natur, sie verschlingt mit Macht Land, und Ressourcen, das ist der Kern der menschlichen Widersprüche“, erklärt de Andrade beim Gang durch die Ausstellung.

Immer mehr Weingüter der Provence sind in den vergangenen Jahren von ihren immer reicheren Besitzern in Stiftungen, Museen, Ausstellungsorte verwandelt worden. Eine gute Autostunde Richtung Nordwesten, ganz in der Nähe von Aix-en-Provence, liegt Château La Coste, der Urtypus des Kunst-Weinguts, das jedes Jahr 250.000 Besucher anzieht. Der irische Unternehmer Paddy McKillen hat es 2004 gekauft. Dass es zum Selbstläufer geworden ist, liegt auch an den Stararchitekten, die er beauftragt hat. Jean Nouvel, Frank Gehry, Tadao Ando, Renzo Piano Richard Rogers und natürlich Oscar Niemeyer haben auf dem 200 Hektar großen Grundstück ihre Handschrift hinterlassen.

Wer es in diesen Tagen besucht hat, ist vielleicht Florian Monfrini begegnet, einem verschlossenen Künstler mit Strohhut auf dem Kopf, der einen Haufen weißer Steine in zwei Eimer packte, das Joch auf den Rücken lud und den schmalen Pfad in Richtung von Niemeyers Pavillon wortlos hochschuftete, um sie Tage später wieder zurückzutragen. „Petite architecture“ nennt Monfrini sein Werk, das dem Meister des Absurden, Samuel Beckett, sicher gefallen hätte. Es ist Teil der Ausstellung „Par Quatre Chemins“, eine französische Redewendung, die man mit „auf Umwegen“ übersetzen kann. Der Schlossherr hat POUSH, einer Art Inkubator für junge Künstler aus einem Pariser Vorort, carte blanche gegeben. Durfte letztes Jahr noch der Weltstar Damien Hirst die fünf Ausstellungsorte und den Park bespielen, hat der Schlossherr zum ersten Mal der junge Szene das Feld überlassen. Die beiden Kuratoren, Margaux Knight und Yvannoé Kruger, haben von den 270 Mitgliedern von POUSH, die in einer alten Parfümfabrik in Aubervilliers ihre Ateliers haben, 35 ausgewählt. Ihre 160 Arbeiten sind über das gesamte Anwesen verteilt, die interessantesten stehen draußen und verwickeln die Betrachter in einen Dialog mit der Natur.

Mit seinen „Sea of holes“ lädt Henri Frachon ein, die Landschaft durch in Stäbe gebohrte Löcher zu betrachten, was Kommissarin Margaux Knight als „Ökologie der Aufmerksamkeit“ umschreibt. Die Franko-Amerikanerin Sabine Mirlesse hat in einem Birkenhain eine Stange mit einer Glocke aufgehängt, dessen Klöppel durch ein winziges Wasserloch streift. Die Arbeit entstand in Südwestfrankreich, wo alte Leute ihr von der Tradition erzählten, dass Kirchenglocken vergraben wurden, um zu verhindern, dass sie in Kriegszeiten eingeschmolzen werden.



PICTURE ALLIANCE / AVALON/WOLFGANG KAEHLER

„Donegal (bridges)“ von Larry Neufeld im Chateau la Coste

„Auf Umwegen“ ist ein erfrischender Kontrapunkt zu den üblichen monografischen Präsentationen von Château La Coste. Höhepunkt der Ausstellung sind Dhewadi Hadjabs großformatige Ölbilder „Untiteld“, die unlängst neben Rubens „Emmausjünger“ in der Pariser Kirche Sainte-Eustache zu sehen waren. Der Franko-Algerier zeigt in fotorealistischer Manier Frauen in Jogginghosen, die kopfüber und in fast tänzerischen Positionen über einem Betstuhl hängen. Die über drei Meter hohen Ölbilder flankieren Justine Emards Video „Hyperphantasia“, das steinzeitliche Höhlenmalerei mit Hirnströmungen träumender Astronauten verknüpft, von einer KI in Echtzeit generiert.

Wie Wächter stehen drei textile Totems von Pauline Guerrier am Eingang, die sich von den beninischen Zangbeto-Wächtern hat inspirieren lassen und die böse Geister fernhalten sollen. Sie verabschieden erschöpfte Besucher, die an einem Tag kaum alles sehen können, was Château La Coste zu bieten hat.